

Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz informieren – diskutieren – mitgestalten

Prüfung einer möglichen Übertragbarkeit der als „Liquid Friesland“ bezeichneten Beteiligungsplattform des Landkreises Friesland sowie ggf. Vorstellung weiterer Alternativen der Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene



Herausgeber:

Landkreis Görlitz / Landratsamt
 Amt für Kreisentwicklung
 Bahnhofstraße 24
 02826 Görlitz

Telefon: 03581 663-3300
 E-Mail: kreisentwicklung@kreis-gr.de
 Internet: <http://www.kreis-goerlitz.de>
<http://www.strategie-lkgr.de>

Redaktion:

Holger Freymann (verantwortlich)
 Amtsleiter Kreisentwicklung

Mitarbeit:

Michael Winter (Kreisentwicklung/Strategie)

**Wissenschaftliche
Begleitung:**

Hochschule Zittau/Görlitz
 TRAWOS Institut für Transformation, Wohnen
 und soziale Raumentwicklung
 Direktor: Prof. Dr. Stefan Kofner

AutorInnen:

Susanne Schwarzbach
 Katrin Treffkorn

Stand:

Mai 2014

Druck:

Landratsamt Görlitz

Gestaltung:

Susanne Schwarzbach

Auflage:

20 Stück, 1. Auflage, Mai 2014

Copyright:

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz

informieren – diskutieren – mitgestalten

Resümee

Die Prüfung der Übertragbarkeit der Beteiligungsplattform LiquidFriesland auf den Landkreis Görlitz hat gezeigt, dass eine nachhaltige Auseinandersetzung mit den **Grundprinzipien politischer Beteiligungskultur** unabdingbar ist. Die unterschiedlichen Interviewaussagen der 17 politischen VertreterInnen bzw. MitarbeiterInnen des Landkreises Görlitz hinsichtlich ihrer Erfahrungen mit bestehenden Bürgerbeteiligungsformaten wie auch bezüglich der Einführung erweiterter Partizipationsmöglichkeiten im Landkreis Görlitz, betonen diese Notwendigkeit.

Als Voraussetzung für einen gelingenden Partizipationsprozess gilt die Bereitschaft, die BürgerInnen im Vorfeld politischer Entscheidungen in den Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einbeziehen zu **wollen**. Partizipation ist nicht möglich ohne Machtabgabe, was jedoch nicht bedeutet, dass die Grundzüge der repräsentativen Demokratie und die sich daraus ableitende ungeminderte Verantwortung der gewählten VertreterInnen für ihre politischen Entscheidungen in Frage gestellt werden. Vielmehr gilt es, transparente Strukturen, offene Kommunikationswege und ein verlässliches Informationssystem zu gewährleisten, wodurch der diskursive Austausch zwischen den BürgerInnen und der politisch-administrativen Ebene ermöglicht wird. Voraussetzung hierfür ist das klare politische Bekenntnis zu einer offenen Beteiligungskultur.

Mit der **gesamtgesellschaftlichen Digitalisierung** eröffnen sich neue Möglichkeiten der Behebung bestehender Kommunikationsdefizite, welche sich anhand einer um sich greifenden „Politikverdrossenheit“ von immer mehr BürgerInnen als notwendig zeigen. Dieses Desinteresse und diese Unzufriedenheit auf kommunaler Ebene zurückzudrängen und durch politische Teilhabe auf breiter Basis ein funktionierendes Gemeinwesen jenseits der allgegenwärtigen Protestkultur zu aktivieren, ist eine Chance bei der Einführung erweiterter Partizipationsformate. Dazu bedarf es aber des klaren politischen Willens, die politischen Ebenen des demokratischen Gesellschaftsgefüges nicht von der Entwicklung einer digitalen Gesellschaft zu entkoppeln. Das erfordert Lernbereitschaft bei allen Beteiligten.

Der Landkreis Friesland hat sich mit seinem Beteiligungsinstrument LiquidFriesland auf seinen Weg gemacht. Erst in der Erprobung dieses Instrumentes zeigen sich Schwachstellen, aus denen er selbst – aber auch andere Regionen – lernen können. Eine bloße 1:1 Übertragung des Instrumentes auf den Landkreis Görlitz oder auch auf eine andere Region ist nicht zu empfehlen, gilt es doch im Vorfeld, die regionalen Voraussetzungen für die Etablierung einer solchen Online-Plattform zu schaffen. Ein umfassendes Informationssystem, die Analyse bereits bestehender Beteiligungsformate hinsichtlich ihres Wirkungsgrades wie auch die Mitnahme und Qualifizierung der Bevölkerung bereits bei der Einführung eines solchen Instrumentes sind Bedingungen für den nachhaltigen Erfolg eines solchen Formats. Letztlich bietet der dauerhafte Betrieb einer solchen Kommunikationsplattform mit abgesicherten Zugangsregeln, verbindlichen Verfahrensabläufen und berechenbaren Verfahrensschritten sowie der notwendigen Verankerung in der Kommunalverfassung für die BürgerInnen und die politisch-administrative Ebene die Möglichkeit gleichberechtigter Austauschbeziehungen. Dies kann zu einem positiven Erfahrungsgewinn für alle Beteiligten werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Resümee	4
Handlungsempfehlungen	6
1 Einleitung	9
1.1 Hintergründe	9
1.2 Methoden	9
1.3 Interviewkonzept	10
2 Demokratie und Bürgerbeteiligung	11
2.1 Demokratie: Verhältnis zwischen BürgerInnen und Staat	11
2.2 Interviewaussagen: Demokratieverständnis und Bürgerbeteiligung	14
2.3. Interviewaussagen zum Verhältnis Politik – Bürger auf kommunaler Ebene	17
2.4 Handlungsempfehlungen	18
3 Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft	19
3.1 Digitalisierung und gesellschaftlicher Wandel	19
3.2 Interviewaussagen: Trends der Zeit	22
3.3 Interviewaussagen: Nutzen & Vorteile von Online-Beteiligungsformaten	23
3.4 Handlungsempfehlungen	24
4 Beteiligungsqualität	25
4.1 Beteiligungsmöglichkeiten und Wirkungsgrad	25
4.2 Interviewaussagen: Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung	27
4.3 Interviewaussagen: Änderungsnotwendigkeiten	28
4.4 Handlungsempfehlungen	31
5 Online-Beteiligung – das Beispiel LiquidFriesland	32
5.1 LiquidFriesland – das Modell	32
5.2 Einschätzung der InterviewpartnerInnen	35
5.3 Bewertung von LiquidFriesland	37
5.4 Handlungsempfehlungen	42
6 Schlussfolgerungen für den Landkreis Görlitz	43
6.1 Allgemein	43
6.2 Bürgerbeteiligung und -information auf Landkreisebene	43
6.3 Interviewaussagen: Umsetzungserfordernisse für den Landkreis Görlitz	46
6.4 Handlungsempfehlungen	51
Literatur- und Quellenverzeichnis	52
Weiterführende Informationen	53
Praxisbeispiele aus anderen Landkreisen	53
Anhang	54
A 1 Kreistagsbeschluss	54
A 2 Tagungsdokumentation	55
A 3 Interviewleitfaden	58

Handlungsempfehlungen

Für Grundlagen demokratischer Bürgerbeteiligung

- **Öffentliche Debatte führen über die zur Verfügung stehenden Informationskanäle und Kommunikationswege** zwischen BürgerInnen und kommunalen VolksvertreterInnen.
- **Kontinuierliches Informationssystem auf Kreisebene** als Grundlage für transparente Kommunikation und Information der BürgerInnen zur politischen Arbeit des Kreistages und seinen Ausschüssen einrichten.
- **Vernetzung und Austausch zwischen Politik, BürgerInnen und Verwaltung auf Kreisebene verstetigen**, durch Aufbau kontinuierlicher Beteiligungsstrukturen mit verbindlichem Regelwerk.
- **Ermittlung der vorhandenen Potenziale seitens der BürgerInnen für „mehr“ Beteiligung auf Kreisebene**, anhand eines konkreten Beispiels, dass durch die Bürgerschaft mit großem Interesse aufgenommen wird und dessen Ergebnisse von den politischen Entscheidungsträgern einbezogen werden.
- **Ausarbeitung erweiterbarer Beteiligungsfelder auf Kreisebene mit klar definiertem Beteiligungsrahmen** über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinausgehend.
- **Entwicklung eines verbindlichen mehrstufigen Aktionsplanes für „mehr“ Bürgerbeteiligungsprozesse im Landkreis Görlitz** unter Einbeziehung der BürgerInnen.
- **Kommunalrechtliche Prüfung der Handlungsspielräume für „mehr“ Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz.**

Für Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft

- **Umsetzung eines bürgernahen und verständlichen E-Governments auf Kreisebene**, als räumlich unabhängiges und zeitlich flexibel nutzbares digitales Informations- und Kommunikationssystem zwischen BürgerInnen und Landkreisverwaltung.
- **Einrichtung eines öffentlichen und internetbasierten Kreistagsinformationssystems**, welches über formale Tagesordnungen, die Dokumentation von Beschlüssen und Terminankündigungen hinausgehend, auch zur politischen Arbeit der gewählten Kreisräte, Ausschüsse und ihre aktuellen Themenschwerpunkte informiert.
- **Weiterentwicklung demokratischer Elemente zur Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft auf kommunaler Ebene**, sowohl als offline als auch online-Formate.
- **Breitbandausbau im gesamten Landkreis**, um gleichwertige Zugangsvoraussetzungen für alle BürgerInnen und somit die Grundvoraussetzungen zur digitalen Partizipation zu schaffen.
- **Gewährleistung von Datenschutz und sicherem Datenaustausch durch den Staat** ist zwingende Voraussetzung auch für die Weiterentwicklung der öffentlichen IT-Strukturen.

Für eine bessere Qualität in Bürgerbeteiligungsverfahren

- **Ausgestaltung transparenter Kommunikationskanäle zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen auf Kreisebene** innerhalb einer in Strukturen klar definierten und von Kontinuität geprägten Rahmengestaltung ("keine Einbahnstraße").
- **Detaillierte Information über bestehende formelle wie informelle Beteiligungsmöglichkeiten und Bürgerbeteiligungsverfahren im Kreis öffentlich machen**, Transparenz ihrer strukturellen Einbindung sowie ihrer definierter Zielstellungen und Handlungsspielräume verdeutlichen.
- **Evaluation der Qualität bestehender und hinzukommender Beteiligungsinstrumente** hinsichtlich Aufwand, Nutzen und Wirkungsgrad für BürgerInnen, die Administration und die politische Arbeit anhand von definierten Qualitätsstandards.

Handlungsempfehlungen

→ **Initiierung eines digitalen Entwicklungs- und demokratischen Lernprozesses auf regionaler Ebene** durch Einrichtung einer Strukturebene für politische Bürgerbeteiligungsverfahren im Landkreis Görlitz als sogenannten „demokratischen Lernhandlungsraum“ für alle Beteiligten.

→ **Beteiligungsverfahren entwickeln, die den BürgerInnen auch selbstinitiierte proaktive Partizipation ermöglicht**, für einen kontinuierlichen Austausch mit Verwaltungsinstitutionen und politischen Gremien im Landkreis (= „Neue Beteiligungskultur“).

Für eine Online-Beteiligungsplattform am Beispiel „LiquidFriesland“

→ **Online-Beteiligungsplattform als Ergänzung zu bisherigen Beteiligungsinstrumenten verstehen**, die in einem umfassenden Bürgerbeteiligungskonzept gebündelt werden sollten.

→ **Keine 1:1 Übertragung bestehender Formate**, sondern Anpassung an die regionalen Voraussetzungen und Besonderheiten unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Regionen.

→ **Regeln zu Kontinuität und Verbindlichkeiten für Online-Bürgerbeteiligung auf Kreisebene festlegen**: politische Legitimation, definierter rechtlicher Rahmen, berechenbare Strukturen, transparente Handlungsfolgen, u.a.m.

→ **Multiplikatoren für online- wie offline Bürgerbeteiligungsverfahren in verschiedenen gesellschaftlichen Schlüsselpositionen gewinnen**, um ein breites Teilnetzwerk und somit eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz und öffentliche Nutzung zu fördern.

→ **Zielgruppenspezifische Qualifizierungsangebote für alle Beteiligten schaffen**, um sicherzustellen, dass BürgerInnen unterschiedlicher Altersgruppen, sozialer Milieus, technischer Grundlagenkenntnisse usw. wie PolitikerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen über die erforderlichen methodischen, kommunikativen, organisatorischen und sachbezogenen Kompetenzen für die Teilnahme am Partizipationsvorhaben verfügen.

Für „mehr“ Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz

→ **Konkreten politischen Willen zu mehr Bürgerbeteiligung auf Kreisebene formulieren**.

→ **Klare Zielstellungen, Themenfelder, Rahmenbedingungen und Grenzen für „mehr“ Bürgerbeteiligung auf Kreisebene bestimmen**, um realisierbare Erwartungen für alle Beteiligten in Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu ermöglichen.

→ **Beauftragung einer zuständigen Struktureinheit für die Entwicklung eines Bürgerbeteiligungskonzeptes für den Landkreis Görlitz als Querschnittsaufgabe**, welche die regionalen, technischen, sozialen und rechtlichen Voraussetzungen berücksichtigen kann.

→ **„MultiplikatorInnen“ in allen Beteiligungsebenen gewinnen**, um alle politischen, administrativen und gesellschaftlichen Ebenen des Landkreises Görlitz bei der Entwicklung eines Konzeptes zu „mehr“ Bürgerbeteiligung integrieren zu können.

→ **Klassifizierung einzelner Zielgruppen für politische Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz** anhand ihrer Interessenslagen, Motivationen, Engagementbereitschaft und gegebenen Voraussetzungen für konkrete Beteiligungsverfahren.

→ **Kooperative Zusammenarbeit mit Kommunen im Landkreis Görlitz**, welche unterschiedliche Bürgerbeteiligungsverfahren bereits entwickeln bzw. umsetzen.

→ **Notwendige finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen**, um Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Vorbereitung, Organisation und Koordination konkreter Umsetzungen von Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene zu ermöglichen.

→ **Erfahrungsaustausch mit anderen Landkreisen hinsichtlich ihrer Entwicklungspraxis zu „mehr Bürgerbeteiligung“ suchen**.



1 Einleitung

1.1 Hintergründe

Der Kreistag des Landkreises Görlitz will die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung im Vorfeld seiner Entscheidungen und Beschlüsse erweitern. Im Rahmen dieses Anliegens wurde mit dem Beschluss des Kreistages¹ vom 03.07.2013 der Landrat des Landkreises Görlitz damit beauftragt, eine mögliche Übertragbarkeit der als „LiquidFriesland“ bezeichneten Beteiligungsplattform des Landkreises Friesland zu prüfen. Bei Zweckmäßigkeit wurde vom Kreistag auch die Vorstellung weiterer Alternativen der Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene gewünscht.

Das Amt für Kreisentwicklung des Landkreises Görlitz erhielt somit den Auftrag der Prüfung erweiterter Bürgerbeteiligungsverfahren, in erster Linie der Online-Beteiligungsplattform LiquidFriesland. Eingebettet in den Rahmen der Strategiearbeit des Amtes für Kreisentwicklung, die ihre Arbeit in einer interdisziplinären Redaktionsgruppe bündelt, wurde das Themenfeld Bürgerbeteiligung mit besonderem Fokus auf Online-Beteiligungsformen untersucht. Die regionalwissenschaftliche Forschungsgruppe am Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) der Hochschule Zittau/Görlitz begleitete diese Untersuchung wissenschaftlich. Die Ergebnisse sind in diesem Bericht zusammengefasst und dargestellt.

1.2 Methoden

Eine Recherche zu bereits vorhandenen und in der Praxis erprobten Online-Beteiligungsformaten bildet die Grundlage der wissenschaftlichen Untersuchung. Dabei wurde deutlich, dass mit der voranschreitenden Digitalisierung unserer Gesellschaft die Notwendigkeit besteht, bisherige Beteiligungsformate auf ihre Zeitmäßigkeit zu prüfen und diese gegebenenfalls anzupassen und weiterzuentwickeln. Mit der Einführung von Online-Instrumenten gilt es nicht nur, sich neuen technischen Herausforderungen zu stellen, sondern auch die Möglichkeit zu nutzen, das Kommunikationsverhältnis zwischen BürgerInnen, der administrativen wie auch der politischen Ebene neu zu gestalten.

Die theoretischen Grundlagen für die Beteiligung von BürgerInnen an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in Hinblick auf die gesamtgesellschaftlichen Umbrüche im digitalen Zeitalter, bilden demnach einen weiteren Schwerpunkt dieses Berichtes. Unter diesem Aspekt fand im November 2013 die regionalwissenschaftliche Novembertagung „Governance im gesellschaftlichen Transformationsprozess – Wandel gestalten vor Ort“² an der Hochschule Zittau/Görlitz statt. Anerkannte Experten der Transformationsforschung stellten verschiedene Aspekte einer Um- und Neugestaltung der Steuerungs- und Regelungssysteme zwischen Staat, Verwaltung und Gemeinwesen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation vor. AkteurInnen der Regionalentwicklung gaben anschließend Impulse aus der Praxis zu sich etablierenden Modellen neuer regionaler Governance-Formen. In einem der vier Tischgespräche am Tagungsnachmittag wurden anhand von Impulsvorträgen des ehrenamtlichen LiquidFriesland-Beauftragten, Herrn Djure Meinen, zum Beteiligungsformat LiquidFriesland sowie von Herrn Prof. Dr. Joachim Schulze zum Bürgerbeteiligungskonzept der Stadt Görlitz die Möglichkeiten regionaler politischer Partizipationsformate diskutiert.

Die Ergebnisse der Novembertagung 2013 sowie des Erfahrungsaustausches mit dem ehrenamtlichen LiquidFriesland-Beauftragten bildeten die Grundlage für die weitere Vorgehensweise der Untersuchung. Folgende Übersicht zeigt die einzelnen Vorgehensschritte in zeitlicher Reihenfolge.

¹ Siehe Anhang A1 (Kreistagsbeschluss)

² Siehe Anhang A2 (Tagungsdokumentation)

Wesentlich für den gesamten Prozess war die Rückkopplung der Untersuchung mit den bestehenden strategischen Schwerpunkten des Landkreises Görlitz. Die abgeleiteten Handlungsempfehlungen zur zukünftigen Ausgestaltung von regionalen Partizipationsprozessen sind Bestandteil der Strategiearbeit des Landkreises Görlitz und mit der „Redaktionsgruppe Strategie“ abgestimmt.



1.3 Interviewkonzept

Für die Einschätzung bisheriger Bürgerbeteiligungsinstrumente, deren Anwendungs- und Umsetzungserfahrungen in der politischen Arbeit im Landkreis Görlitz sowie für die Prüfung einer Erweiterung dieser Partizipationsformate wurde in Zusammenarbeit der Strategiegruppe des Landkreises Görlitz mit der Hochschule Zittau/Görlitz im Rahmen einer qualitativen Untersuchungsmethode ein Interviewleitfaden³ entwickelt. Insgesamt 18 Interviews mit politischen VertreterInnen und Verwaltungsangestellten des Landkreises waren geplant, 17 davon konnten realisiert werden. Aus den Interviewaussagen konnten nicht nur erforderliche Umsetzungsaspekte für Online-Beteiligungsformate abgeleitet werden, sondern deutlich wurde auch, dass die Auffassungen und Meinungen über die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diesem Thema unterschiedlich sind. Daraus resultiert der Rückgriff auf grundlegende theoretische Aspekte von politischer Beteiligungskultur in dem vorliegenden Bericht, die das regionale Meinungsbild mit wissenschaftlichen Grundlagen wie auch aktuellen bundesweiten Entwicklungen miteinander in Beziehung setzen.

Von Januar bis März 2014 wurden die Interviews durch Mitarbeiterinnen der Hochschule Zittau/Görlitz mit den ausgewählten InterviewpartnerInnen geführt. Nach der anschließenden Anonymisierung der Interviews erfolgte die Transkription, aus der sich über 200 Textseiten mit Interviewaussagen ergaben. Anhand des Interviewleitfadens konnten für die Auswertung bestimmte Kategorien abgeleitet werden, die dann durch die Interviewaussagen konkretisiert wurden. Die Ergebnisse aus den Interviewaussagen stehen nicht repräsentativ für alle politischen VertreterInnen des Landkreises Görlitz bzw. für die VerwaltungsmitarbeiterInnen der Landkreisverwaltung, sondern sie dienen der Erhebung eines allgemeinen Meinungsbildes zur Thematik. Mit den Interviews, der Codierung der Aussagen und der Ableitung konkreter Kategorien ergab sich die Struktur des Berichtes. Jedes Kapitel ist untergliedert in einen theoretischen Teil, den ausgewählte Zitate aus den Interviews untersetzen. Gleichberechtigt aus beiden Teilen folgte die Ableitung konkreter Handlungsmaßnahmen für den Landkreis Görlitz. Die Entscheidung, eine Vielzahl von Zitaten in den Bericht aufzunehmen, dient der Veranschaulichung, wie wichtig neben der theoretischen Einordnung der Themenstellung und dem Vergleich praxiserprobter Anwendungsbeispiele aus anderen Regionen der Bezug zu den regionalen Voraussetzungen und Gegebenheiten ist. Es gilt, einen eigenen Weg, angepasst an die Bedingungen und Notwendigkeiten im Landkreis Görlitz, zu entwickeln und zu realisieren.

³ Siehe Anhang A3 (Interviewleitfaden)

2 Demokratie und Bürgerbeteiligung

2.1 Demokratie: Verhältnis zwischen BürgerInnen und Staat

Demokratie bezeichnet heutzutage eine Staatsgewalt, die direkt oder indirekt vom Volk ausgeht. Kennzeichen moderner demokratischer Staaten sind Gewaltenteilung, freie Medien, freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatsprinzipien zur Wahrung von Menschen- und Minderheitenrechten sowie Volkssouveränität⁴, d.h., dass die „die von den Entscheidungen betroffen sind, auch am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt werden“⁵. Allen BürgerInnen sind dabei möglichst gleiche Partizipationsmöglichkeiten und Entscheidungsfreiheiten einzuräumen. Denn demokratisches Regieren beruht auf dem Einverständnis der BürgerInnen zu dieser politischen Ordnung und deren Verfahrensweisen in Entscheidungsprozessen. Insofern ist der demokratische Prozess als Kommunikations- und Aushandlungsprozess zu verstehen, demzufolge die Bedingungen und genutzten Verfahren zur Meinungs- und Willensbildung Konsequenzen haben für das Verständnis von Demokratie und die Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Der politischen Partizipation von BürgerInnen, als Kommunikation zwischen Staat und BürgerInnen verstanden⁶, kommt als Grundprämisse für die Wahrung demokratischer Verhältnisse somit eine wesentliche Bedeutung zu, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Gesellschaft und ihres Staatssystems im Zuge notwendiger Veränderungen durch den umfassenden technischen, ökonomischen, demografischen, sozialen und kulturellen Wandel.

Demokratische Verfahrensweisen: *repräsentativ – partizipativ – direkt*

Repräsentation, Partizipation und Volksabstimmungen sind drei Säulen einer stabilen Demokratie, wobei sich diese in fortwährender Veränderung mit vielseitigen Wechselwirkungen befinden. Eine Beschränkung auf die reine Funktionalität repräsentativer Demokratie, bei der gewählte RepräsentantInnen (Abgeordnete bzw. Parteien) den Auftrag haben, im Interesse des Volkes Entscheidungen im Staat zu treffen, greift dabei zu kurz, da Wahlentscheidungen über eine mehrjährige Legislaturperiode nicht immer deckungsgleich bleiben mit den ursprünglichen Wählerpräferenzen. Darüber hinaus wird der Politikprozess durch andere Interessen, wie bspw. die der PolitikerInnen wiedergewählt zu werden, modifiziert sowie in der politischen Praxis durch Lobbygruppen oder (außen)politische Rücksichtnahmen beschränkt.⁷

Um die entstehenden Diskrepanzen zwischen Themen und Entscheidungen seitens der VolksvertreterInnen und dem Willen der BürgerInnen zu überwinden, ergänzen partizipative Elemente den demokratischen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der politischen Praxis der Bundesrepublik. Das Grundgesetz erlaubt hierfür gewisse politische Teilhaberechte, wie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, das Petitionsrecht und die Möglichkeit, politische Parteien zu gründen und in diesen mitzuwirken.⁸ Sowohl die Landes- als auch die Kommunalpolitik erlauben darüber hinaus partizipationsfreundlichere Elemente sowie eine größere Vielfalt in ihren Verfassungen, wie z.B. Beiräte, Bürgerversammlungen, Bürgerforen, Bürgerhaushalte, Bürgerbegehren etc., durch die die BürgerInnen sich öffentlich beteiligen können.

4 Vgl. Schaller, C. (2002): Demokratie ist nicht Demokratie. In: Dachs, H./Fassmann, H.(2002): Politische Bildung. Grundlagen-Zugänge-Materialien. öbv& hpt Verlag, Wien, S. 14-21.

5 Martinsen, R. (2009): Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Marcinkowski, F./Pfetsch, B. (2009): Politik in der Mediendemokratie, PVS Sonderheft 42, Wiesbaden, S. 37-69.

6 Vgl. Habermas, Jürgen (1990): Faktizität und Geltung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

7 Vgl. Priddat, B. P. (2002) eGovernment/eDemocracy: Eine neue Dimension der Gemeinwohlermittlung in der Politik, in: Bluhm H./Münkler H. (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn, Berlin: Akademie Verlag, S. 289-310.

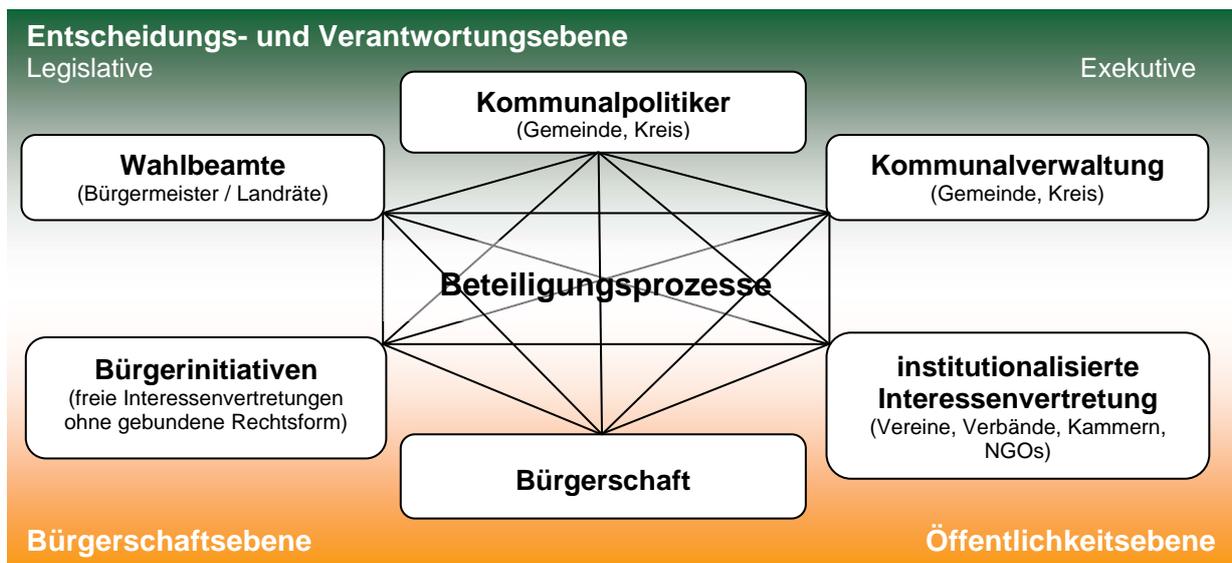
8 Gabriel, O. W. (2011): Funktionen politischer Beteiligung für das politische System. Verfügbar unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/5963/pdf/gab24.pdf>, [01.09.2013]

Die vielfältigen partizipativen Elemente politischer Bürgerbeteiligung stellen insbesondere in ihrer Informations- und Transparenzdimension einen ergänzenden Faktor zur formalen Funktionalität repräsentativer Demokratie dar.⁹ Hingegen können direkte demokratische Entscheidungen durch alle BürgerInnen (bspw. bei Bürgerbegehren und Volksentscheiden) repräsentative Strukturen bislang nur innerhalb eng gefasster rechtlicher Rahmen ersetzen.

Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

Bürgerbeteiligung bezeichnet die Beteiligung („Partizipation“) aller betroffenen und interessierten BürgerInnen an politischen Entscheidungen und administrativen Planungsprozessen. Zum Prozess der öffentlichen Meinungsbildung gehört darüber hinaus die Einbeziehung von Interessengruppen wie Kammern oder NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen, z.B. Umweltschutzorganisationen oder soziale Organisationen). In der Öffentlichkeit sollen dabei neben eigenen Interessen auch Vorstellungen von dem, was unter Gemeinwohl verstanden wird, in den politischen Prozess eingebracht werden.

Kommunale Beteiligungsprozesse zwischen der Ebene der EntscheidungsträgerInnen (Legislative) und administrativen Umsetzungsebene (Exekutive) und der Ebene der Bürgerschaft und allgemeinen Öffentlichkeit vernetzen dabei BürgerInnen und Interessengruppen mit PolitikerInnen, Wahlbeamten¹⁰ und den in der Verwaltung Beschäftigten und formieren in ihren formellen wie informellen Strukturen unterschiedlichste Governancebeziehungen¹¹ für die Koordination politischer und gesellschaftlicher Interaktionen in Gemeinden und Landkreisen.



Die einzelnen Vernetzungsbeziehungen politischer Partizipation auf kommunaler Ebene sind dabei in ihrer Art und Weise sowie im Verfahren unterschiedlich verfasst:

aktiv – passiv

Politische Beteiligung seitens der BürgerInnen kann passiv (bspw. das Verfolgen politischer Nachrichten in den Medien) wie aktiv erfolgen (bspw. die Auseinandersetzung mit politischen Themen im eigenen Umfeld, das Einbringen in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse).

⁹ Vgl. Priddat, B. P. (2002) eGovernment/eDemocracy: Eine neue Dimension der Gemeinwohlermittlung in der Politik, in: Bluhm H./Münkler H. (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn, Berlin: Akademie Verlag, S. 289-310.

¹⁰ „Wahlbeamte“ sind leitende Beamte einer Gemeinde, Stadt, eines Landkreises, die durch Wahl berufen sind. Zu den kommunalen Wahlbeamten zählen Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister sowie Beigeordnete und Kreisräte.

¹¹ „Governancebeziehungen“ zwischen politischer und gesellschaftlicher Ebene bezeichnen allgemein das Steuerungs- und Regelungssystem im Sinne von Strukturen (Aufbau- und Ablauforganisation) zwischen gesellschaftlichen Einheiten wie Staat, Verwaltung, Gemeinde, privater und öffentlicher Organisation durch Bürgerschaft oder Institutionen.

formell – informell

Formelle Beteiligungsverfahren der BürgerInnen an Planungen von Gebietskörperschaften (Kommunen, Ländern) sind in den letzten drei Jahrzehnten in vielen Bereichen gesetzlich verfasst worden und als solches verpflichtend. Das thematische Spektrum umfasst Umweltverträglichkeitsprüfungen, Planfeststellungsverfahren, die Bauleitplanung, immissionsschutzrechtliche Genehmigungen u.a.m. Zu unterscheiden ist zwischen der Beteiligung sogenannter Träger öffentlicher Belange, insbesondere anderer Behörden, Nichtregierungsorganisationen, und der Bürgerbeteiligung, die in die Betroffenenbeteiligung und die Beteiligung der allgemeinen Öffentlichkeit untergliedert werden kann¹² (vgl. eigene Abb. Beteiligungsprozesse).

Bei informellen Beteiligungsverfahren, die nicht rechtlich verfasst sind, stellen Politik und Verwaltung nicht nur Informationen bereit, sondern fordern zu freiwilliger Beteiligung in Form von Kommentaren, Stellungnahmen oder Bewertungen durch die BürgerInnen auf, um „lösungsrelevante Informationen“ zur Bewältigung eines Problems im frühen Planungsstadium zu gewinnen. Solche Konsultationen werden durchgeführt, um das Erfahrungswissen der Beteiligten in Planungen einzubeziehen sowie ein repräsentatives Meinungsbild zu bestimmten Alternativen oder zur Abschätzung der Akzeptanz für eine geplante Maßnahme zu gewinnen. Das Themenspektrum reicht von Leitbildern für ganze Politikfelder wie regionale Entwicklungsstrategien oder Aktionspläne für Bürgerbeteiligung über Einschätzungen zu unterschiedlichen Energietechnologien bis hin zu möglichen Maßnahmen vor Ort, etwa zur Verkehrsberuhigung oder zu konkreten Bauvorhaben.

Top down – Bottom up

Beteiligungsverfahren lassen sich hinsichtlich ihrer Initiierung und Verfahrensweisen kategorisieren: Beteiligungsinitiativen im Top-down-Verfahren gehen von administrativer und politischer Ebene aus, die über Thema, Zielstellung und Gruppe der Beteiligten entscheiden, ohne Möglichkeiten für die BürgerInnen, darauf Einfluss zu nehmen. Bottom-up-Beteiligung hingegen erwächst aus der Initiative der BürgerInnen, die ihrerseits politische Themen zum Meinungsaustausch in öffentliche Beteiligungsprozesse einbringen. Dazwischen fächert sich ein vielfältiges Spektrum an Verfahren, um beide Ansätze miteinander zu verbinden, denn Bürgerbeteiligung ist mehr als das Recht auf Mitsprache.

Beteiligung besteht aus *Teilhabe* und *Teilnahme*.

Teilhabe ist das Recht, das eine Gesellschaft ihren Mitgliedern zugesteht, an Prozessen der Meinungsbildung mitzuwirken und bei Entscheidungen mitzubestimmen.

Dabei geht Partizipation nicht ohne Machtübergabe.

Teilnahme ist die eigenaktive Seite des Prozesses, denn die BürgerInnen müssen selbst aktiv werden, um sich die Teilhabe auch anzueignen.

Das macht Motivation und Engagement notwendig.

So sind Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in einem Atemzug zu nennen. Gleichzeitig müssen die BürgerInnen seitens politischer EntscheidungsträgerInnen und administrativer Verwaltungsangestellter willkommen und eingeladen sein, sich zu engagieren und zu beteiligen. Voraussetzungen sind öffentliche Informationsmöglichkeiten, beiderseits offene Kommunikationskanäle und transparente Beteiligungsstrukturen, die Teilhabe und Teilnahme ermöglichen.

¹² Vgl. „Leitfaden Bürgerbeteiligung - barrierefrei erfolgreich“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales von Stiftung Digitale Chancen und Institut für Informationsmanagement Bremen, 2011.

Die **Betroffenheitsebene** spielt dabei eine wesentliche Rolle, denn die BürgerInnen sind auf der regionalen und lokalen Ebene am häufigsten von politischen Entscheidungen betroffen. Sie haben somit besonders hier ein größeres Bedürfnis nach Teilhabe, die über die Wahlen hinausgeht. Sie sind auf dieser Ebene eher interessiert und in der Lage, aufgrund der Überschaubarkeit lokaler und regionaler Entscheidungsstrukturen und der Nähe zu den politischen EntscheidungsträgerInnen selbst, formell und informell Einfluss auf politische Prozesse auszuüben, da diese Teil ihres unmittelbaren Lebensumfeldes sind. Darüber hinaus führen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu einer größeren Aufmerksamkeit der MandatsträgerInnen für Bürgerbefindlichkeiten und Meinungsströmungen. Damit sind gerade dort partizipative wie direktdemokratische Elemente geeignet, die Gleichgewichtsbedingungen zwischen Räten und Kreistagen mit ihrer Partei- und Verwaltungsorientierung gegenüber den Bürgerinteressen herzustellen.¹³

Von einer „**Beteiligungskultur**“ kann gesprochen werden, wenn Beteiligung nicht nur punktuell ermöglicht wird, sondern dauerhafter und verlässlicher Bestandteil kommunaler Entscheidungsprozesse ist. Dies als "demokratische Kultur" zu sehen, bedeutet, den Zusammenhang zwischen Regeln, Gewohnheiten und Haltungen aller beteiligten AkteurInnen in den Blick zu nehmen.¹⁴

Die digitale Vernetzung durch das Internet erreicht, trotz fehlender flächendeckender technischer Voraussetzungen in ländlichen Regionen, mittlerweile weite Teile der Bevölkerung. Dies bietet allen interessierten NutzerInnen ein wichtiges Instrument zur räumlich und zeitlich unabhängigen Informationsgewinnung, öffentlichen Meinungsäußerung und zum diskursiven Austausch. Dies auch für demokratische Prozesse politischer Willensbildung zu nutzen, lässt den politischen Alltag repräsentativer Strukturen in ihren Entscheidungsprozessen nicht unbeeinflusst und wirft die Frage auf, inwiefern veränderte Rahmenbestimmungen einer digitalen Gesellschaft ihre politische Ordnung in einer modernisierten Demokratie finden können.

2.2 Interviewaussagen: Demokratieverständnis und Bürgerbeteiligung

Die Aussagen der InterviewpartnerInnen dazu, was diese unter Bürgerbeteiligung verstehen, zeigen deutlich, dass bei den ausgewählten politischen VertreterInnen und Verwaltungsangestellten verschiedene Schwerpunkte hinsichtlich ihres Demokratieverständnisses gelegt werden. Dabei werden die Potenziale für Bürgerbeteiligung hinsichtlich Kompetenz und Engagementbereitschaft seitens der BürgerInnen durchaus unterschiedlich bewertet. Was die deutliche Mehrheit der Interviewten eint, ist die Ansicht, dass Bürgerbeteiligung ein wesentlicher Bestandteil der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaft ist. Wie weitreichend BürgerInnen allerdings an politischen Prozessen beteiligt werden sollten und inwieweit notwendige Voraussetzungen für Beteiligungsprozesse geschaffen werden können bzw. müssen, dazu gehen die Meinungen weit auseinander.

Demokratieverständnis

„Also ich schätze es als sehr notwendig ein für eine Demokratie, dass es Beteiligungsprozesse gibt.“
BBo_006

Aber in allen Verfahren halte ich die frühzeitige Beteiligung für wichtig. Zeitig den Leuten Bescheid zu sagen, sie mitzunehmen und mit ihnen das zusammen zu machen. Das ist vielleicht auch das Grundprinzip einer Demokratie. BBo_005

¹³ Vgl. <http://www.e-demokratie.org/definition/politische-beteiligung/>, Stand: 21.5.2014

¹⁴ Vgl. <http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Beteiligungskultur>, Stand: 21.5.2014.

„Man muss da vielleicht trennen zwischen Beteiligungsprozessen, die die Bürger einfach sich selber sozusagen schaffen als Raum, als eigenen politischen Raum und dem der da institutionell vorgegeben ist.“ [BBo_012](#)

„Insofern bin ich der Auffassung, dass es zwingend erforderlich ist für die Demokratie auch im Allgemeinen, dass sie sich weiterentwickelt, möglicherweise sogar neu erfindet. Demokratie 2.0 ist eine moderne Formulierung.“ [BBo_009](#)

„Ich sag' ganz einfach: Umso mehr sich daran beteiligen, umso eher sehen wir einen Querschnitt von dem, was der Bürger im Landkreis oder in der jeweiligen Kommune möchte.“ [BBo_007](#)

„Das die [BürgerInnen] mal bei sich anfangen müssen, dieses zu begreifen, macht man nur, indem man es tut. Nicht, indem ich denen da allen einen Vortrag halte, wie wichtig das ist, sondern die müssen es erleben. Es muss Teil ihres Lebensalltags sein. Und wenn sie merken, dass sie dadurch auch steuern und etwas verändern können, dann werden sich auch mehr Leute wieder einbinden. Und das ist substantiell für dieses Land. Weil Demokratie nur funktioniert, wenn das Volk auch mitwirkt.“ [BBo_017](#)

„Also aus meiner Sicht muss man differenzieren, was man da eigentlich macht. Ein Beteiligungsverfahren ist was anderes als die Abfrage von Meinungen. Ein Landkreis, der was Bestimmtes vorhat und sich sozusagen vergewissern will, wie die Bürger dazu stehen, der muss aufpassen, dass er daraus kein Bürgerbeteiligungsverfahren macht, wenn es gar nicht mehr darum geht, sich aktiv einzubringen, sondern eigentlich nur darum geht, zu fragen, seid ihr dafür oder dagegen? Das wird manchmal verwechselt.“ [BBo_006](#)

„Wir müssen erst einmal festlegen, wie weit die Bürgerbeteiligung geht. Ob sie nur zur Meinungsbildung oder auch zur Entscheidungsfindung dient.“ [BBo_015](#)

„Die Nachteile sind natürlich für denjenigen, der sich damit auseinandersetzen muss, dass er sich mit den unterschiedlichen Meinungen wirklich beschäftigen muss – ob das jetzt eine Person ist, die irgendwo in der Verwaltung sitzt und die das jetzt betrifft oder ob das jetzt die gewählten Vertreter sind in Ausschüssen. Und man muss es ja auch mal sagen: Nicht jede Äußerung, die gemacht worden ist von Bürgern, der man jetzt das Etikett Bürgerbeteiligung ankleben könnte, ist ja konstruktiv. Also da gibt es schon auch Partikularinteressen, die dann auch mal auftreten oder es gibt Dinge, die einfach nur unsinnig sind. Aber bitte schön, das sind nun mal die Spielregeln der Demokratie, dass jeder sagen kann, was er denkt und seine Meinung äußern kann.“ [BBo_018](#)

„Ich halte aber eben auch eine klare Grenze für notwendig. Wenn wir anfangen, alle Kreistagsbeschlüsse mit allen Bürgern zu diskutieren, dann ist das nicht leistbar. Dafür haben wir auch gewählte Mitglieder im Kreistag, das sind von den Bürgern gewählte Mandatsträger und die haben eben auch die Verantwortung. Ob das der Gemeinderat, der Stadtrat oder der Kreisrat ist – es ist ein gewähltes Gremium, in das man auch Vertrauen haben muss.“ [BBo_011](#)

„Was ich auch manchmal denke ist, dass man verlernt hat, mit Mehrheitsbeschlüssen zu leben. Also Demokratie bedeutet ja auch, dass man mit Mehrheitsbeschlüssen leben muss.“ [BBo_015](#)

Was ist für Sie persönlich Bürgerbeteiligung?

„Ein weites Feld, das man beackern kann, aber mit Sicherheit das Machbare, um die Informationen an den Bürger heranzutragen, was die Verwaltung zu leisten in der Lage ist, sprich also den Bürger so zu informieren, dass der Bürger in der Lage ist, bestimmte Dinge zu analysieren, zu begreifen und sich eine Meinung zu bilden, was unterm Strich dann zurückkommt, ist eine ganz andere Frage.“

BBö_007

„Was ich unter Bürgerbeteiligung verstehe ist einfach, dass die Bürger sich transparent in politische Prozesse einbringen können bzw. auch eigene Prozesse, die sie in ihrem Umfeld beschäftigen, selbst initiieren können.“

BBö_012

„Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis oder in einer Kommune an politischen Entscheidungen, dass man sie mitnimmt, dass man versucht, auch Transparenz herzustellen und dass man aber auch Entscheidungen letzten Endes auf die Stimme des Volkes herunterbricht und sagt, wie steht ihr dazu, habt ihr euch damit beschäftigt, gebt ihr ggf. Hinweise, die die Politik so nicht sieht? Das ist, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiges Instrument geworden.“

BBö_011

„Bürgerbeteiligung heißt ja zum einen erst einmal die Möglichkeit, dass es Instrumente gibt, damit sich Bürger in irgendeiner Art und Weise, wenn es jetzt um den Bereich der Öffentlichkeit, der Gemeinde oder des Kreises geht, überhaupt beteiligen können. Dass es Verfahren gibt, dass es ein Instrumentarium gibt, dass es Regularien gibt, wo man so etwas machen kann. Und zwar so unkompliziert, dass man nicht schon am Verfahren scheitert und die Leute die Lust verlieren, sondern dass sie sich in irgendeiner Art und Weise einbringen können.“

BBö_018

„Der Sinn der Bürgerbeteiligung ist, die Bürger einzubeziehen in die Entscheidungsfindung“

BBö_002

„Bürgerbeteiligung aus meiner Sicht ist so zu sehen, dass der Bürger ein grundsätzliches Recht hat, am kommunalpolitischen Leben teilzunehmen und insofern auch die Möglichkeit haben muss, seine Vorstellungen zu äußern. Es auch eine Plattformen geben sollte, für solche bürgerschaftlichen Ideen und Anmerkungen, vielleicht auch Proteste, das gehört auch dazu.“

BBö_016

„Also Bürgerbeteiligung ist für mich ein abgeschichteter Prozess, wo die Leute zu relevanten Themen, die auf ihr Leben und auf die zukünftigen Generationen Einfluss haben, tatsächlich gehört werden und sich einbringen können mit eigenem Vorschlag. Nie nach dem Prinzip, dass man sagt, also du hast jetzt hier A, B und C, mach mal ein Kreuz, sondern es heißt, sie in die Diskussion einzubinden.“

BBö_017

„Aus meiner Sicht ist Bürgerbeteiligung ein wichtiges Instrument. Aber es ist immer auch eine Frage, aus welcher Haltung heraus mache ich das. Wenn es einer Haltung entspricht, die in unserer Verfassung, unserer Gemeindeordnung auch festgelegt ist, dass ich als Abgeordneter, Bürgermeister oder als Landrat dem Gemeinwohl verpflichtet bin, dann leistet man ja auch einen Eid, der einen auf Werte verpflichtet. Und wenn man diese Werte ernst nimmt, dann muss man eigentlich immer auf Seiten der Bürgerbeteiligung stehen, weil man dann nämlich versteht, dass es bei Bürgerbeteiligung darum geht, die nicht-materiellen, also ideellen, Ressourcen abzurufen, die notwendig sind, um Gemeinwesen zu gestalten. Weil das Gemeinwesen eben nicht ausschließlich über das Zur-Verfügung-Stellen von gesetzlich geregelten Ressourcen besteht, sondern es braucht für ein gut erlebbares Gemeinwesen eben Ressourcen, die nur die einzelnen Mitglieder einbringen können.“

BBö_006

„Es ist ja auf jeden Fall ein zweiseitiges Projekt natürlich. Das heißt, Bürger müssen beteiligt werden und müssen sich beteiligen.“

BBö_009

„Die Erfahrungen der letzten Jahre sagen mir eigentlich, dass es fast keine Bereiche gibt, in denen man ohne Bürgerbeteiligung zukunftsträchtige Entscheidungen fällen kann. Aber ich halte nichts von einer Bürgerbeteiligung, die ins Uferlose geht, also indem man gerade fachlich eng gefasste Fragen ganz breit unter Volk schmeißt und sagt, jetzt sagt mal eure Meinung, und dann aus dem Bauch heraus eine Entscheidung gefällt wird. Ich denke, das ist eine falsch verstandene Wahrnehmung von Verantwortung.“

BBö_008

2.3. Interviewaussagen zum Verhältnis Politik – Bürger auf kommunaler Ebene

Die Notwendigkeit einer politischen und zivilgesellschaftlichen Debatte über die Ausgestaltung direkter Kommunikationsmöglichkeiten und interaktiver Austauschbeziehungen zwischen den BürgerInnen und der kommunalen Volksvertretung auf Ebene des Landkreise und der Kommunen zeigen die folgenden Interviewaussagen:

... zum Verhältnis Politik – Bürger

„Also ich denke schon, dass sich die Menschen einbringen wollen. Sie beginnen, sich mit dem Landkreis zu identifizieren und sich für die Themen zu interessieren.“ **BBö_015**

„Es ist ein Wandel da. Und der Bürger verlangt eigentlich, dass die Parteien für den Bürger da sind und nicht nur für die Parteiinteressen. Auch da geht eigentlich eine solche Plattform in die gleiche Richtung. Dass man sagt, Bürgerbeteiligung, der Bürger als mündiger Bürger kann sich einbringen mit seinen Vorstellungen, mit seinen Bedenken oder auch Ideen.“ **BBö_013**

„Das setzt erst einmal die Bereitschaft der Leute, der Bürger voraus, sich überhaupt beteiligen zu wollen. Ich kann die schönsten Instrumente haben, wenn die Leute satt und saturiert dasitzen und sagen, mir reicht's und ansonsten reicht mir auch das Meckern.“ **BBö_16**

„Einer besonderen Bedeutung kommt es in allen Bereichen zu, wo ich es kenne, ist es wichtig. Also ich würde nicht sagen, dass es nur so ein "Sahnehäubchen" ist, sondern es ist konstituierend für die Entscheidungen, die darauf gefällt werden. Diese Entscheidungen hätten eine andere Qualität, wenn diese Bürgerbeteiligungen nicht stattfinden würden.“ **BBö_006**

„Die Frage ist wirklich, was geschieht damit, das ist eine ganz wesentliche Voraussetzung, damit Bürger überhaupt bereit sind, sich kontinuierlich zu beteiligen.“ **BBö_09**

„Und die andere Seite [von Bürgerbeteiligung] ist natürlich die Bereitschaft der Leute, das überhaupt zu tun, wenn es diese Verfahren gibt. Eben zu sagen, ich will mich wirklich beteiligen, ich will etwas mitgestalten, ich will etwas mit verändern oder ich will, dass meine Meinung gehört wird. Ich will nicht nur am Stammtisch rumnölen, sondern ich will den nächsten Schritt gehen – aus einer Aufregung oder aus einer Freude heraus mich beteiligen und meine Meinung kundtun, die dann möglicherweise in einen demokratischen Meinungsbildungsprozess mit einfließen kann.“ **BBö_018**

„Es bedarf immer beider Parteien, also da ist halt aus Sicht der Verwaltung immer eine Bringschuld, aber der Bürger hat natürlich auch die Pflicht, sich die Informationen abzuholen.“ **BBö_004**

„Auf der anderen Seite möchte ich dem Bürger, der sich beteiligt, dann aber auch darauf festlegen, dass er die zur Verfügung gestellten Informationen auch nutzt, wenn er als ernsthafter Gesprächspartner akzeptiert werden möchte. Man sieht schon daran einen relativ komplexen Prozess des Gebens und Nehmens. Jeder muss etwas geben, jeder muss etwas nehmen.“ **BBö_009**

„Das ist jetzt allerdings keine Beteiligung im Entscheidungsprozess, das wird sich sicherlich auch schwer umsetzen lassen. Dafür haben wir ja die gewählten Gremien, die sind dafür verantwortlich. Die können jetzt nicht plötzlich die Verantwortung abgeben. Das funktioniert nicht. Es muss schon auch eine Struktur sein – dafür sind sie gewählt, da müssen sie am Ende auch die Verantwortung übernehmen.“ **BBö_016**

„Ich halte wenig von der Offenlegung aller Kreistagsbeschlüsse, da diese viel zu komplex sind. Diese komplexen Beschlüsse lassen sich auch nicht übersetzen und vereinfachen – das wäre viel zu zeitaufwendig und ist nicht leistbar. Letztlich hat jeder Bürger die Möglichkeit sich umfassend zu informieren – das wird bisher kaum wahrgenommen und wird sich sicherlich auch nicht mit der Veröffentlichung der Kreistagsbeschlüsse ändern.“ **BBö_011**

„Letztendlich ist es in der Umsetzung keine Beschleunigung, es ist für mich ein großer Nachteil, dass die Denk- und Entscheidungskompetenz der eigentlichen Entscheidungsträger zurückgenommen wird und eine für mich falsche Kultur der Rücksichtnahme auf die Meinung des Einzelnen erfolgt und man sich unter Druck gesetzt fühlt.“ **BBö_008**

„Wenn 90 % der Leute von allen für was sind, dann ist das überwältigend, sodass die 10 % vernachlässigbar sind. Wenn 90 % eines Rates für was sind, kann es passieren, dass die Mehrheit der Leute draußen immer noch dagegen ist. Allerdings ist eben gerade das der Inbegriff der repräsentativen Demokratie, dass das durchaus so sein kann.“ **BBö_002**

... zur Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

„Bürgerbeteiligung ist da vernünftig und gut und, ich denke, auch prioritär angesiedelt, wo es wirklich um die Belange der Bürger unmittelbar selbst geht. Weniger in der hohen Politik.“ BBo_018

„Für mich ist Bürgerbeteiligung etwas, was ich am liebsten auf der kommunalen Ebene sehe, wo die Leute über die Dinge, die sie in ihrem Lebensalltag betreffen, auch mitreden können. Wo nicht über irgendetwas Fernes, sondern über das, was ihren Lebensalltag betrifft, geredet wird.“ BBo_017

„Wir sind ja auf die Meinung und die Erfahrung der Bürger vor Ort angewiesen.“ BBo_005

„Wir könnten manches Projekt nicht machen, wenn wir die Unterstützung der Bürger nicht hätten. Es ist ja auch nicht so, dass die Verwaltung generell, ob das nun in der Kultur oder sonstwo ist, die Verwaltung alles machen kann. Die sind doch finanziell dazu gar nicht in der Lage. Wenn der Bürger mit seinem Engagement nicht mitwirkt, und da gibt es ja die vielfältigsten Formen, dann wären wir eine arme Region. Also was da geleistet wird ist enorm.“ BBo_016

„Der Vorteil ist, [...] sie erzeugen Möglichkeiten, es ist eine größere Vielfalt. Ich glaube, dass sich die Menschen auch wohler fühlen, sich mit ihrer Region identifizieren, weil sie dann auch gebraucht werden. Sie sind nicht abgestellt, sie können ihr Wissen, ihr Können weiterhin einbringen. Oder auch die Menschen, die Möglichkeiten sehen und motiviert sind, denen auch die Möglichkeit zu geben, sich zu engagieren und sich zu verwirklichen.“ BBo_016

„Die Frage ist ja, ob man sich bewusst ist, was da läuft. Die Bewusstseinswerdung spielt da auf jeden Fall eine große Rolle. Denn warum mache ich denn Bürgerbeteiligung: Ich schaffe Bewusstsein, ich setze Themen, ich kann auch aufmerksam machen und das meine ich insgesamt mit Ressourcen, zehn Augenpaare sehen doch mehr als sechs. Ich krieg' eben auch andere Perspektiven in die, aus meiner Sicht immer wieder als Notsituation begriffene, Politik mit rein. Das kann auch immer wieder auf neue Lösungen hinauslaufen, oder Lösungsideen produzieren.“ BBo_006

„Der Nutzen kann sein, dass einzelne Themen dadurch aufgegriffen werden, die sonst im Hintergrund sind. Darüberhinaus muss ich das sehr stark differenzieren: Zu welchem Zeitpunkt wird was behandelt und wer steuert den Prozess? Ich halte es für ganz gefährlich, wenn der Prozess von außen gesteuert wird, weil das die Umkehrung des Prinzips wäre. Anregungen auch von nicht-staatlicher Seite, ja, weil sonst eben auch einfach Themen durchrutschen.“ BBo_08

2.4 Handlungsempfehlungen

- ➔ **Öffentliche Debatte führen über die zur Verfügung stehenden Informationskanäle und Kommunikationswege** zwischen BürgerInnen und kommunalen VolksvertreterInnen.
- ➔ **Kontinuierliches Informationssystem auf Kreisebene** als Grundlage für transparente Kommunikation und Information der BürgerInnen zur politischen Arbeit des Kreistages und seinen Ausschüssen einrichten.
- ➔ **Vernetzung und Austausch zwischen Politik, BürgerInnen und Verwaltung auf Kreisebene verstetigen**, durch Aufbau kontinuierlicher Beteiligungsstrukturen mit verbindlichem Regelwerk.
- ➔ **Ermittlung der vorhandenen Potenziale seitens der BürgerInnen für „mehr“ Beteiligung auf Kreisebene**, anhand eines konkreten Beispiels, dass durch die Bürgerschaft mit großem Interesse aufgenommen wird und dessen Ergebnisse von den politischen Entscheidungsträgern einbezogen werden.
- ➔ **Ausarbeitung erweiterbarer Beteiligungsfelder auf Kreisebene mit klar definiertem Beteiligungsrahmen** über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinausgehend.
- ➔ **Entwicklung eines verbindlichen mehrstufigen Aktionsplanes für „mehr“ Bürgerbeteiligungsprozesse im Landkreis Görlitz** unter Einbeziehung der BürgerInnen.
- ➔ **Kommunalrechtliche Prüfung der Handlungsspielräume für „mehr“ Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz.**

3 Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft

3.1 Digitalisierung und gesellschaftlicher Wandel

Bedarf und Trends in Zeiten des Wandels

Der Bedeutungszuwachs des Internets als Informations- und Kommunikationsplattform für alle Lebensbereiche setzt sich auch in den politischen Bereichen der Gesellschaft und ihrer demokratischen Verfahrensweisen zunehmend durch. Dadurch wandeln sich die Beziehung des Staates, seiner RepräsentantInnen und die demokratische Rückbindung ihres Handelns zu den BürgerInnen. Die politische Kommunikation ist das Gerüst unseres Gemeinwesens. Mit der digitalen Durchdringung nahezu aller Lebensbereiche muss man sich die Frage stellen, inwieweit sich die politische Kommunikation der BürgerInnen verändert und wie sich das Verhältnis zwischen BürgerInnen, PolitikerInnen und der Verwaltung im digitalen Zeitalter gestalten lässt.

Neben parlamentarischen Institutionen sind auch Parteien als dauerhafte Vereinigungen von BürgerInnen und in ihrer verfassungsrechtlich geschützten Zwitterrolle zwischen Zivilgesellschaft und Staat¹⁵ durch die neuen vielfältigen Möglichkeiten der Internet-Kommunikation herausgefordert. Wenn es um die konkrete Ausgestaltung von politischen Kommunikationsprozessen in der digitalen Gesellschaft geht, findet man aber auch nach vielen Jahren der öffentlichen Diskussion über die Herausforderungen der heutigen Informationsgesellschaft noch keine Einigkeit zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Woran es fehlt, wenn über E-Government, Digitalisierung, Netzwerkgesellschaft und das Internet als gesamtgesellschaftliches Phänomen gesprochen wird, ist das Verständnis für das Zusammenspiel der strukturellen Logik und der Gestaltungsräume, die sich hiermit für alle Beteiligten auftun¹⁶.

Die in der folgenden Abbildung dargestellten Trends, auf denen die digitale Gesellschaft aufbaut und die gesamtgesellschaftliche Relevanz besitzen, verdeutlichen in ihrer Formulierung, dass die Gestaltungskompetenz zukünftig eher dezentralisiert als zentralisiert sein wird¹⁷.



¹⁵ Siehe GG Artikel 21 Abs. 1

¹⁶ Vgl. Müller, P.: Eine offene Bürgergesellschaft in: Kompetenzzentrum Öffentliche IT, Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS (Hrsg.): Menschen in der digitalen Gesellschaft, S. 6, 2014

¹⁷ Eigene Abbildung in Anlehnung an ebd., S. 6

Die Kommunikationsmöglichkeiten durch das Internet vergrößern sich stetig. BürgerInnen können sich über Onlinemedien sehr viel leichter und schneller vernetzen und austauschen als noch vor wenigen Jahren und nutzen die immer aktiver. Online-Verfahren ermöglichen dabei eine schnelle und unmittelbare Meinungsäußerung, welche zeitlich und räumlich flexibel möglich ist. Sie senken Beteiligungsbarrieren und können auf diese Weise die Heterogenität innerhalb der Gruppe der DiskussionsteilnehmerInnen sowie ihrer Meinungen erhöhen. Durch die Verschriftlichung von Standpunkten und reflektierte Abwägungsprozesse von Argumenten in Onlineverfahren können Diskussionsprozesse transparent dargestellt und klarer strukturiert werden. Die technischen Entwicklungen erlauben somit innovative Formen der Kommunikation, durch die der Meinungs austausch ortsunabhängig zwischen vielen Menschen ermöglicht wird.

Hier besteht die Chance eines neu zu bestimmenden Verhältnisses zwischen Staat und BürgerInnen, denn „eine digital vernetzte Demokratie ermöglicht die Erweiterung der Ausübung von Volkssouveränität durch eine stärkere substanzielle Verknüpfung politischer Institutionen mit dem öffentlichen Prozess der politischen Willensbildung. Eine solche Offenheit in einer E-Demokratie meint nicht vereinzelte formale Partizipation, sondern eine beständige inhaltliche Öffnung des politischen Prozesses an sich.“¹⁸ Mehr Offenheit und Transparenz, neue Formen der Beteiligung und Erhöhung der Responsivität¹⁹ von politischer Arbeit, die Erschließung neuer Potenziale politischer Öffentlichkeit und mit ihr eine größere politische Vielfalt, eine bessere soziale Inklusion und vor allen Dingen eine höhere Legitimität politischer Entscheidungen sind gerechtfertigte Erwartungen an Online-Beteiligungsformate. Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet voran. Die Auseinandersetzung und Prüfung von Onlineformaten im Zusammenhang mit Bürgerbeteiligung ist jetzt wichtig, denn die BürgerInnen werden ihrerseits digitale Kommunikationskanäle zur politischen Meinungsäußerung finden und sie nutzen, im besten Fall aber gemeinsam mit der administrativen und politischen Ebene umsetzen und entwickeln. Dies ist seitens der Politik und Verwaltung auf allen Ebenen als Chance zu verstehen, um die Potenziale der Bürgerschaft durch deren Beteiligung in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen aktiv einbeziehen zu können.

*»ES GEHT NICHT MEHR UM
DAS OB, SONDERN NUR
NOCH UM DAS WIE.«*

Online – Offline – gemischt

Bereits in der Vergangenheit haben sich vielfältige methodische Ausgestaltungen von Verfahren zur Bürgerbeteiligung in der politischen Praxis etabliert. Immer häufiger finden sich jetzt in Verknüpfung mit Online-Beteiligungsinstrumenten Mischformen repräsentativer und direkter bzw. partizipativer Demokratie wieder. „Die politische Kommunikation beschränkt sich [...] nicht mehr nur auf Diskurs und Öffentlichkeit, sondern hat sich auf eine informationstechnologische Struktur ausgeweitet, die eine eigene, multiple und diversifizierte Öffentlichkeit herstellt.“²⁰ Zunehmend setzt sich die Mischung von Offline- und Online-Elementen durch, bei denen Präsenzveranstaltungen durch internetgestützte Formate erweiterte Partizipationsmöglichkeiten bieten, um die Entfremdung zwischen BürgerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen zu verringern.

Vielfältige Beispiele verdeutlichen die Bandbreite von politisch motivierter Online-Beteiligung, wobei sie sich nach dem Grad der von ihnen angestrebten bürgerschaftlichen Einflussnahme unterteilen lässt: Von der Qualifizierung individueller Kompetenzen bis hin zur tatsächlichen

¹⁸ Siebenter Zwischenbericht der Enquete-Kommission des Bundes „Internet und digitale Gesellschaft. Demokratie und Staat“, Drucksache 17/12290 vom 6.2.2013. S.9.

¹⁹ Responsivität ist die Bereitschaft der gewählten Repräsentanten, Wünsche und Interessen der Bürger bei der Gesetzgebung zu berücksichtigen

²⁰ Vgl. Priddat, B. P. (2002) eGovernment/eDemocracy: Eine neue Dimension der Gemeinwohlermittlung in der Politik, in: Bluhm H./Münkler H. (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn, Berlin: Akademie Verlag, S. 289-310.

Übernahme von (politischer) Entscheidungsmacht durch bürgerschaftliche AkteurInnen.²¹ Dazwischen finden sich Abstufungen wie eine nicht festgelegte aber angestrebte Einflussnahme auf die Gesellschaft, ihre öffentlichen Meinungsbildungs- und politischen Entscheidungsprozesse oder das Konsultieren und Stellungnehmen durch BürgerInnen in beratender Funktion gegenüber politischen RepräsentantInnen oder VerwaltungsvertreterInnen. In der Praxis finden sich überwiegend Mischformen, die sich mehrere Ziele setzen, wobei die meisten Internetbeteiligungsverfahren derzeit als Online-Konsultationen und -stimmungen angelegt sind, bspw. zu baulichen Veränderungen im direkten Lebensumfeld von Betroffenen, als Dialogforum oder Ideenwettbewerb zur Entwicklung strategischer Zielrichtungen für politische Handlungsprogramme, als Konsultationen zu konkreten Gesetzgebungsprozessen oder als partizipative Haushaltplanungen. Seltener sind bisher Verfahren, bei denen von vornherein feststeht, dass Betroffene und Interessierte bei der Entwicklung eines Vorhabens oder seiner Ausführung mitentscheiden und damit die politische Entscheidung direkt beeinflussen.

Technische Kenntnisse und Kompetenzen im Umgang mit neuen Medien können bei BürgerInnen unterschiedlicher sozialer Gruppen und Alterskohorten nicht gleichermaßen vorausgesetzt werden. Bereits aus Präsenzbeteiligungsverfahren bekannte soziale Schiefen bei politischer Partizipation von BürgerInnen, bedingt durch unterschiedliche Bildungsniveaus und Haushaltseinkommen, setzen sich auch bei E-Partizipation ohne gezielte Gegensteuerungsmaßnahmen fort. Hemmnisse im Umgang mit Technik, Berührungsängste mit neuen Medien vor allem bei älteren Menschen und Sprachbarrieren bei Personen mit Migrationshintergrund erschweren es diesen Personengruppen Online-Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. Die sehr unterschiedlichen Standards technischer Internetanbindungen in der Fläche stellen in vielen Orten im ländlichen Raum ebenfalls noch eine gesonderte Anforderung an online-basierte Beteiligungsverfahren. Bisher existieren für die Durchführung und Organisation von Online-Beteiligung keine standardisierten Verfahrensweisen. Internetgestützte Beteiligungsverfahren variieren je nach Anlass, Dauer, Umfang, Zielgruppe, Aufwand, verantwortlichen Organisatoren und der Aufgabenstellung.

Technische wie soziale Innovationen kennzeichnen den sehr dynamischen Entwicklungsprozess von E-Partizipation, welcher als Lernprozess für alle Beteiligten in einem umfassenden gesellschaftlichen Wandel begriffen werden kann, der sich durch Erprobung und Verbesserung, Überarbeitung und Neuausrichtung über Jahre fortsetzt.

Grundsätzlich besitzen alle Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene, indem sie mit der steigenden Anzahl der zu Wort kommenden Stimmen öffentliche Diskussionen durch Anregungen und Alternativvorschläge erweitern, das Potenzial, in kontroversen Debatten vermittelnd zu wirken, Argumente zu differenzieren und die Entwicklung gemeinsamer Standpunkte als Grundlage für die gesellschaftliche Akzeptanz von Konsensentscheidungen unter den Beteiligten anzuregen. Dabei entscheidet die Qualität von Beteiligungsverfahren, ob soziale Zusammenhänge und interaktive Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Beteiligten ermöglicht werden, welche die Austauschbeziehungen und den Vernetzungsgrad zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen, Verwaltungen, NGOs und BürgerInnen zu Governancestrukturen prägen und damit das „soziale Kapital“ einer Gesellschaft ausmachen.

²¹ Zahlreiche Praxisbeispiele unterschiedlicher Online-Beteiligungen in verschiedenen politischen Bereichen in Deutschland, Europa und darüber hinaus beschreibt das „Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen“ herausgegeben 2012 von der Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 88-102.

3.2 Interviewaussagen: Trends der Zeit

Allen InterviewpartnerInnen gemeinsam war die Ansicht darüber, dass es an der aktuellen Entwicklung hin zu einer Digitalisierung der Gesellschaft kein Vorbeikommen gibt. Der Trend der Zeit wurde erkannt – wie dieser nun zu gestalten ist und welche Aufgabe dabei der politischen und administrativen Ebene zukommt, darüber gehen die Meinungen jedoch auseinander.

... Entwicklungen allgemein

„Heutzutage, denke ich, wird der Weg immer häufiger darüber führen, Bürger zu beteiligen, um auch möglichst schnell Prozesse in Gang setzen zu können.“ [BBo_009](#)

„Die [jungen Leute] wachsen anders auf. Klar, wenn man in dem Bereich älter wird und man die Bindung zu den jungen Leuten verliert, dann verliert man vielleicht auch die Bindung zur Entwicklung. Ich denke, die Verbindung zur Entwicklung kriege ich nur gehalten, indem ich auch im Kontakt zu den Menschen bin, die diese Entwicklung mit voranbringen.“ [BBo_0011](#)

... im Hinblick des Wandels zu einer digitalen Gesellschaft

„Vielleicht ist das, was wir momentan eigentlich leisten müssen, nichts anderes, als dass wir die Menschen mental einstellen müssen auf diese Demokratie 2.0. Und alles, was wir konkret machen an Bürgercafés und so weiter und so fort sind eigentlich nur mentale Übungen, die unsere innere Bereitschaft für ein neues Gesellschaftsverständnis entwickeln.“ [BBo_009](#)

„Es ist ja faktisch vielleicht nicht unbedingt das Liquid-Modell, aber bei anderen Plattformen gerade Richtung Bundestag und Europa ist so etwas ja schon aktiv. Da passiert ja schon einiges. Ich denke, das wird auf jeden Fall ein standardmäßiger Prozess werden. Aber es muss die Menschen da abholen, wo sie gerade sind.“ [BBo_012](#)

„Ich bin privat bei Facebook. Ich kann das jetzt nicht einschätzen, wie die Seite der Kreisentwicklung aufgerufen wird. Aber was ich merke, ist, da werden ja auch oftmals positive Sachen und Projekte vorgestellt, die vielleicht sonst in der Presse gar nicht wahrgenommen werden. Und damit identifizieren sich die Leute. Man sieht, dass denen das gefällt, sie kommentieren das auch alles. Und das denke ich schon, dass das so ein Schritt ist, der in die heutige Zeit gehört.“ [BBo_015](#)

„Aber für die Zukunft ist es richtig und sollte man es machen. Nutzung der vorhandenen technischen Möglichkeiten, um vielleicht auch an Leute ranzukommen, die sich sonst nicht äußern würden. Die eben wirklich hinter dem Bildschirm sitzen und dann sagen, ach da würde ich mich schon mal mit einbringen. Es hat eine gewisse Form von Anonymität, ich muss mich nicht zu sehr outen usw.“ [BBo_018](#)

„Ja, das Thema Internet bietet mittlerweile aufgrund der Durchdringung auch bei älteren Generationen sehr gute Möglichkeiten, um unabhängig von Ort und Zeit bestimmte Diskussionen laufen zu lassen und Entscheidungen auf eine breitere Basis zu stellen.“ [BBo_010](#)

„Ich denke, dass die Bürgerbeteiligungssachen im Kommen sind. Dass den Menschen die Wahlen viel zu wenig sind. Und dass dieses Themenspektrum, das jeden Tag auf die Menschen einprasselt, da auch die Notwendigkeit begründet, sich einbringen zu können. [...], aber wenn man einfach eine Plattform hat, wo man auch Anliegen und Themenschwerpunkte wichten kann. Man sieht es ja dann, was für Anfragen kommen, wo die Brennpunkte sind.“ [BBo_015](#)

„Stichwort: Facebook und ähnliches, wenn man sich da die Mühe machen könnte, das zu kanalisieren, da kämen sicherlich auch sehr interessante Fakten zutage. Leserbriefschreiber sind im weitesten Sinne auch Menschen, die sich über eine Plattform beteiligen. [...] Und was ja auch ganz groß in Mode ist aktuell, sind Onlinepetitionen.“ [BBo_010](#)

„Das, worauf wir aber abzielen, ist eine zusätzliche neue Qualität, nämlich mit Hilfe der neuen Medien und neuen Kommunikationsmöglichkeiten sich direkt am Meinungsbildungsprozess, letztlich auch nicht am Entscheidungsprozess, aber eben am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen.“ [BBo_006](#)

„Gleichwohl gibt es natürlich eine ganze Menge Leute, gerade die jüngere Generation, die ganz selbstverständlich mit diesem Medium aufgewachsen sind, für die gehört das zum Alltag, auch ihre Meinung über das Internet zu äußern.“ [BBo_018](#)

3.3 Interviewaussagen: Nutzen & Vorteile von Online-Beteiligungsformaten

Ein Großteil der Befragten sieht den Nutzen von Online-Instrumenten und verknüpft mit diesen die Erwartung an eine größere Legitimität von politischen Entscheidungsprozessen durch mehr Transparenz und Information im Vorfeld dieser Entscheidungen. Uneinig ist man sich jedoch darüber, ob bisher angewandte Instrumentarien wie bspw. die reine Internetpräsenz zu Informationszwecken ausreichend sind bzw. in welchem Ausmaß es diese zu erweitern oder neu zu entwickeln gilt. Es folgen Schlüsselaussagen zu den Vorteilen von Online-Beteiligungsformaten für die BürgerInnen, die Verwaltung und die Politik:

... für die BürgerInnen

„... wir merken es jetzt überall, es ist ein gewisser Frust oder Politikverdrossenheit da und wenn man dem Bürger sagt, hier kannst du mitreden, dann halte ich das für positiv.“ BBo_005

„Für die Bürger ist es ein Vorteil, wenn sie auch ehrlich gefordert sind, sich einzubringen und ihre Ideen mit zu benennen.“ BBo_006

„Es würde sich natürlich auch auf die Bürger im Landkreis auswirken. Die könnte man aktivieren, deren Identifikation würde wachsen und ein Heimatgewinn wäre es auf jeden Fall, denn Beteiligung heißt immer auch Verantwortung zu übernehmen für die eigene Heimat. Es ist also immer ein heimatschaffender Vorgang. Identitätsbildend, Selbstbewusstsein stärkend, denn wer Verantwortung übernimmt, steht auch ein für seine Heimat. Also die Perspektive wandelt sich dann vom halbleeren zum halbvollen Glas. Das Image der Region verändert sich, weil die Menschen dann ihre Region als eine selbst zu gestaltende und sich selbst als gestaltende Subjekte begreifen.“ BBo_006

„Vorteile sind auf alle Fälle, dass die Bürger das Gefühl haben, sie werden mitgenommen, sie werden einbezogen.“ BBo_015

„Das ist wichtig, dass man den Bürger vor Ort einfach besser, vielleicht auch schneller erreicht. Dann kommt das Straffen auch wieder dazu, ohne dass dann erst wieder jemand rausfährt.“ BBo_005

„Ich stelle eine stärkere Verbindung her zwischen den Menschen, die hier leben, und dem, was die Region ausmacht, weil die Menschen das einspeisen können, was sie wollen. Das sind ja auch keine Einbahnstraßen. Wer sich einmal anfängt zu beteiligen, der nimmt auch wahr, was andere machen, wie andere sich einbringen. Der beschäftigt sich auch mehr mit politischen Prozessen und bekommt mehr mit.“ BBo_006

„Für den Bürger: Ich würde denken, ich werde ernst genommen und meine Meinung ist was wert. Und auch dieses Wollen, ich kann auch Prozesse mit beeinflussen.“ BBo_014

„Für die Bürger des Landkreises ist es der Nutzen, dass sie sich einbringen können, dass sie gehört werden, mitgenommen werden, auf wichtige Themen hinweisen können.“ BBo_015

... für die Politik

„Die Verwaltungseinheiten werden immer größer. Sehen Sie sich diesen Landkreis an, [...] vieles erfolgt viel zu anonym in der Verwaltung oder vielleicht auch im Kreistag. [...] So gesehen ist es schon gut, die [Bürger] mit reinzuholen. Das ist wichtig, dass man den Bürgern vor Ort einfach besser und vielleicht auch schneller erreicht.“ BBo-005

„Ein Vorteil für die Politik und die Verwaltung selber ist, dass sie viele Meinungen und Positionen abfragen kann, um nicht über die Köpfe der Bürger hinweg zu entscheiden.“ BBo_006

„Im Grunde genommen geht es hier wirklich um die Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft. Die sind für die Beteiligungsprozesse entscheidender als die Verwaltung.“ BBo_012

„Uns ist es auch wichtig, dass Bürger selbst Bereiche benennen, wo sie meinen, dass darüber zu reden ist. Natürlich ist das nicht so zu verstehen, dass jeder dann einfach mal einen Brief schreibt, eine Mail oder einen Anruf macht und sagt, also darüber muss geredet werden und wenn du nicht darüber redest, ist es keine Bürgerbeteiligung, dann meinen die das nicht ernst. Es muss schon ein Format der Verifizierung von Interessen geben. Die Relevanz muss schon irgendwo nachvollziehbar sein.“ BBo_009

„Wie gesagt, die Möglichkeit, selber Themen zu setzen, wo man dann möglicherweise auch sagen muss, es ist toll, aber das ist nicht unsere Entscheidungsverantwortung, da können wir gar nichts machen, würde ja aber auch mehr Verständnis erzeugen. Denn wofür wird ein Landrat oder auch ein Kreistag alles beschimpft, was er leider überhaupt nicht verändern kann. Und wenn solche Angriffe kämen und man hätte eine effektive Art zu antworten, dann wäre das ja auch gut.“ BBo_003

„Für die politische Arbeit im Landkreis kann das auf jeden Fall eine Bereicherung sein an neuen Ideen, Lösungsansätze für politische Themen, die wir im Landkreis zu lösen haben. Zum Beispiel auch solche Fragen wie Klimawandel, demografischer Wandel, Mobilität. [...]. Da kann so ein Online-Verfahren einfach mehr Ideen auf den Tisch bringen.“ BBo_006

„In dem Moment, wo eine politisch gewählte Gruppe eine Entscheidung treffen kann in dem Bewusstsein, ich habe alles mir Mögliche getan, um Stimmung und Stimmungen einzuholen von den Menschen, die es betrifft, ist das natürlich immer von Vorteil. Das heißt, ich nehme Politik raus aus Hinterzimmern und mache die Entscheidungsprozesse transparent und hab' dann natürlich auch den großen Vorteil, wenn die Umsetzung ansteht, dass ich deutlich besser legitimiert bin für die Entscheidung, die ich einmal getroffen habe.“ BBo_010

... für die Verwaltung

„Also ich hab' ganz gute Erfahrungen gemacht, dass wenn Themen anstehen man das in die Öffentlichkeit bringt aus Sicht der Verwaltung. Dann kann man das gut untersetzen a) mit den gesetzlichen Grundlagen, was ist denn überhaupt machbar und was ist dann am Schluss noch der Ermessensspielraum.“ BBo_007

„Richtung Kreisentwicklung ist da schon ein Vorteil da, wenn man sagt, man kann dadurch mal so ein paar Stimmungen und Argumente aufnehmen, wenn man in die Richtung Regionalplanung geht. Da sehe ich schon auch Vorteile für die Verwaltung.“ BBo_012

„Ich könnte mir vorstellen, wenn man Vieles online macht, dass man etwas schneller vorankäme. Es ist ja bekannt, es in Deutschland alles sehr formal zu machen, wir haben für alles ein Gesetz, eine Vorschrift oder ein Statut, und da denke ich, dass man die Verfahren etwas straffen könnte.“ BBo_005

„Transparenz wird geschaffen – Verwaltung und Bürger rücken näher zusammen.“ BBo_011

„Für die Verwaltungsebene ist es eben das, dass es da ein gewisses Bindeglied gibt zur Gesellschaft. Dass die Verwaltung nicht abgetrennt von der Gesellschaft oder von den Bürgern ist, sondern für die Bürger arbeitet und das auch in gewisser Weise reflektiert bekommt. Also diese Bürgernähe, dieser Servicegedanke. Der Dienstleistungsgedanke.“ BBo_015

3.4 Handlungsempfehlungen

- ➔ **Umsetzung eines bürgernahen und verständlichen E-Governments auf Kreisebene**, als räumlich unabhängiges und zeitlich flexibel nutzbares digitales Informations- und Kommunikationssystem zwischen BürgerInnen und Landkreisverwaltung.
- ➔ **Einrichtung eines öffentlichen und internetbasierten Kreistagsinformationssystems**, welches über formale Tagesordnungen, die Dokumentation von Beschlüssen und Terminankündigungen hinausgehend, auch zur politischen Arbeit der gewählten Kreisräte, Ausschüsse und ihre aktuellen Themenschwerpunkte informiert.
- ➔ **Weiterentwicklung demokratischer Elemente zur Bürgerbeteiligung in einer digitalen Gesellschaft auf kommunaler Ebene**, sowohl als offline als auch online-Formate.
- ➔ **Breitbandausbau im gesamten Landkreis**, um gleichwertige Zugangsvoraussetzungen für alle BürgerInnen und somit die Grundvoraussetzungen zur digitalen Partizipation zu schaffen.
- ➔ **Gewährleistung von Datenschutz und sicherem Datenaustausch durch den Staat** ist zwingende Voraussetzung auch für die Weiterentwicklung der öffentlichen IT-Strukturen.

4 Beteiligungsqualität

4.1 Beteiligungsmöglichkeiten und Wirkungsgrad

Die Qualität von Offline- und/oder Online-Beteiligungsprozessen von BürgerInnen an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen kann auf den jeweiligen **Stufen der Partizipation** im Wesentlichen hinsichtlich Beteiligungsmöglichkeit und Wirkungsgrad unterschieden werden²²:



Information

Auf der Vorstufe politischer Partizipation teilen die EntscheidungsträgerInnen zwar den BürgerInnen mit, über welche Themen verhandelt wird und begründen, welche politischen Handlungsmöglichkeiten zum Tragen kommen, jedoch werden die BürgerInnen selbst dabei nicht einbezogen. Diese können lediglich formale Widerspruchsverfahren oder informelle Proteste nutzen, um ihre gegensätzliche Meinung öffentlich zu machen. Die Beschränkung auf rein informative Verfahrensweisen und Protesthaltungen aber erzeugen oftmals Antipathien in der Wahrnehmung der jeweilig anderen Seite („Wutbürger“ vs. „die da oben“) und vergrößern die Kluft zwischen dem Handeln politischer EntscheidungsträgerInnen und der Bürgergesellschaft.

Konsultation

Auf der Stufe der Konsultation interessieren sich EntscheidungsträgerInnen zwar für die Sichtweisen der beteiligten BürgerInnen und laden diese oder auch nur ausgewählte Vertreter zur Anhörung ein. Jedoch haben die „Beratenden“ keine Kontrolle darüber, ob ihre Sichtweisen in den Meinungsbildungsprozessen und bei der Entscheidungsfindung durch die gewählten politischen VertreterInnen Berücksichtigung finden. Zudem legen politische Gremien und administrative Einheiten selbst fest, zu welchen Themen und Fragestellungen sie wen konsultieren. Die BürgerInnen haben selbst keine Möglichkeit, eigene Themenfelder für politisches Handeln vorzuschlagen oder sich aktiv an der Entwicklung von Lösungen zu beteiligen.

Kooperation

Bei politischen Partizipationsprozessen auf der Stufe der Kooperation gewähren die EntscheidungsträgerInnen BürgerInnen Mitspracherechte in politischen Prozessen, die letztendliche Entscheidungsgewalt obliegt aber den gewählten RepräsentantInnen oder zuständigen

²² Eigene Abbildung in Anlehnung an: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großprojekten im Verkehrssektor, 2012, S. 13.

Verwaltungsgremien. BürgerInnen werden dabei aktiv bei der „Problemdefinition“ als auch der Entwicklung politischer Lösungen einbezogen. Dies setzt Kenntnisse und Motivation seitens der Bürgerschaft voraus, die nicht zuletzt mit der Qualität der Beteiligungsverfahren selbst sowie auch der Qualität der Mitwirkung einhergehen.

Mitentscheidung

Entscheidungsmacht gewinnen BürgerInnen im politischen Prozess erst, wenn sie einerseits ihre demokratischen Vertretungen durch die Wahl von RepräsentantInnen bestimmen oder aber, wenn sie im Rahmen von bspw. Volksentscheiden aufgerufen sind, direkt-demokratische Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus ist das Mitentscheiden von BürgerInnen abhängig von der Mitarbeit in politischen Organisationen wie Parteien oder Ausschüssen und Gremien bzw. Beiräten etc..

»BEI PARTIZIPATION IST QUALITÄT WICHTIGER ALS QUANTITÄT.«

Mehr BürgerInnen in die politische Praxis auf Landkreis- und kommunaler Ebene einbeziehen zu wollen, heißt demzufolge, einerseits zu überprüfen, welche der bisherigen Instrumente zur Beteiligung bisher wie genutzt werden, welche nicht und warum? Und andererseits: Wie können neue technische Möglichkeiten einer digitalen Gesellschaft genutzt werden, um Beteiligung von BürgerInnen an Meinungsbildungsprozessen und politischen Entscheidungen anders zu motivieren und auf neue Art und Weise zu befördern?

Was Beteiligung bewirkt, ist dabei von entscheidender Relevanz für alle Beteiligten!

Erfolgsfaktoren für Qualität und Wirkungsgrad von Offline- wie Online-Beteiligungsprozessen lassen sich in fünf verschiedenen Dimensionen erfassen:²³

- **Konzeptqualität** richtet sich auf Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien.
- **Prozessqualität** beschreibt die Gestaltung der Interaktion zwischen allen Beteiligten.
- **Strukturqualität** umfasst die Rahmenbedingungen wie Finanzen und Personal, Entscheidungsstrukturen, Qualifizierung und den zeitlichen Verlauf des Prozesses.
- **Ergebnisqualität** betrachtet wie mit den Ergebnissen umgegangen wird (Umsetzung von Arbeitsergebnissen und Beschlüssen, Einfluss auf politische Entscheidungen, Nachnutzung von Anregungen, usw.).
- **Zugewinnqualität** bezieht sich darauf, welchen persönlichen Nutzen bzw. individuellen Ertrag das Engagement in einem Beteiligungsmodell für jede(n) einzelne(n) Beteiligte(n) bringt (Qualifizierung und Kompetenzerweiterung, Erfahrungen, Anerkennung, Sinngebung, bereichernde Begegnungen, neue Austauschbeziehungen, usw.). Dieser Zugewinn muss im persönlichen „Aufwand-Nutzen-Abgleich“ größer sein als die Investitionen (Zeit, Energie, Kreativität, Engagement etc.).

Zu den **Kriterien erfolgreicher Partizipationsprozesse** gehören: Transparenz und Offenheit zwischen allen Beteiligten, Einfachheit des Zugangs für Zielgruppen, Sicherheit von Daten und Verlässlichkeit im Verfahren, Verbindung von E-Partizipation und Partizipation, Wirtschaftlichkeit und Aufwand, gemachte Erfahrungen und Bereitschaft zu Experimenten, Attraktivität von Partizipationsmethoden und Interesse aller Beteiligten am Prozess und seinen Ergebnissen.²⁴

²³ In Anlehnung an die „Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2012.

²⁴ Identifizierung durch eine Umfrage der Hochschule Harz und der Unternehmensberatung Materna bei 118 Verwaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, Vgl. „Leitfaden Bürgerbeteiligung - barrierefrei erfolgreich der Stiftung Digitale Chancen und des Instituts für Informationsmanagement im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales“, Bremen, 2011, S. 45 ff.

4.2 Interviewaussagen: Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung ...

Die Schilderungen der Erfahrungen aller InterviewpartnerInnen mit Bürgerbeteiligung, vor allem auf Initiative politischer und administrativer Ebenen macht vielfältige Stärken und Schwächen der bisher eher einseitig ausgeprägten Top-Down-Praxis bei der Beteiligung von BürgerInnen an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen im Landkreis Görlitz deutlich. Die Benennung klarer Änderungsnotwendigkeiten lässt auf das Bewusstsein schließen, dass transparentere Strukturen, öffentliche Informationskanäle und allgemein verständliche Kommunikation grundlegend notwendig sind für eine Verständigung zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft auf kommunaler Ebene, wenn die vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten im erwarteten oder gewünschten Maß genutzt werden sollen. Bisher außer Acht gelassen wird aber von der Mehrheit der Interviewten, dass außer der Betroffenheit auch Qualität und Wirkungsgrad von Beteiligung ausschlaggebend sind für Motivation und Engagementbereitschaft seitens der BürgerInnen. Partizipation ist mehr als Mitsprache, denn sie erlaubt auch proaktive und eigeninitiierte Beteiligungsprozesse zu Themen der Kreisebene auf Initiative der BürgerInnen. Solche Bottom-Up-Beteiligungsmöglichkeiten zwischen Bürgerschaft und Politik wie Administration werden bislang aber nur in sehr begrenzten Maßen von den Interviewten als entwicklungsrelevant für den Kreis auf politischer Handlungsebene empfunden.

... auf der politischen Ebene im Landkreis

„Bei Politik und Beteiligung – dort ist ein Nachholbedarf, aber ich denke, da ist in unserer Gesellschaft noch nicht der Umschwung da. Wir haben zwar 20 Jahre jetzt Demokratie, aber die Altvorderen sind noch in anderen Systemen groß geworden und das muss sich erst noch einpendeln. Also wenn ich so sehe, wie das in anderen Bundesländern im westlichen Teil Deutschlands ist, da ist dieses Verfahren einfach schon mehr in Fleisch und Blut übergegangen.“ BBo_012

„Man muss da vielleicht trennen zwischen Beteiligungsprozessen, die die Bürger einfach sich selber sozusagen schaffen als Raum, als eigenen politischen Raum, und dem, der da institutionell vorgegeben ist.“ BBo_012

„Wir haben bisher wie gesagt immer diese Befragungen gemacht. Wir haben jetzt noch keine institutionalisierte Form, so dass man sagt, das läuft dauerhaft. Sondern wir haben es ja bisher immer nur punktuell für bestimmte Themen angewendet. Und das hat funktioniert – dieses Instrument der Befragung, dieses Verfahren für einen gewissen Zeitpunkt, zu einem bestimmten Thema, das hat gut funktioniert.“ BBo_015

„Es gibt auch welche, die haben diese Bürgerbeteiligung gar nicht gern, die wollen das vielleicht gar nicht. Die sagen, mein Gott, jetzt reden die alle mit, wir wollen das doch politisch durchsetzen. Was, wenn dann die andere Gruppierung sagt, das wollen wir überhaupt nicht?“ BBo_005

„Die ältere Bevölkerung hält mich auf der Straße an und sagt, wir haben gehört, das und das soll sein. Die kennen mich einfach, [...] oder nehmen den Telefonhörer in die Hand oder kommen in die Sprechstunde und reden mit mir. Aber die Geschichte mit dem Netz, also online Mails schreiben, nimmt zu, die Tendenz ist da, dass viele sich schnell abends noch mal hinsetzen und ein paar Zeilen dazu schreiben, ihre Meinung dazu äußern oder mich daran erinnern, das und das hätten wir gerne.“ BBo_005

„Wenn man die Wahlbeteiligung sieht und andere Dinge, die Bürger fühlen sich nicht eingebunden. [...] und wenn, melden sich dann immer dieselben. Die Wortführer. Das sind ja auch die, die gehen wirklich mal in den Kreistag oder in den Ortschaftsrat oder in den Stadtrat und stellen Anfragen. Die schreiben auch Zeitungsartikel, die schreiben auch Beschwerdebriefe. Das sind genau diejenigen, die jetzt noch ein zusätzliches Instrument haben. Und eigentlich brauchen wir ja die anderen. Die Stimmlosen, die wieder Lust haben müssen, ihr Land als theirs zu begreifen und es mitzugestalten und nicht bloß alle ein paar Jahre mal einen Stimmzettel einzuwerfen.“ BBo_017

... auf der Betroffenheitsebene im Landkreis

„Das ist ja auch das Interessante, dass sich die einen für dieses und die anderen für jenes entscheiden und sich dann auch dafür einsetzen.“ BBo_018

„Ein Phänomen, das wir immer wieder feststellen, dass wir die Bürger immer besonders dann erreichen, wenn sie ganz von Maßnahmen betroffen sind, wenn sich das finanziell auswirkt.“ BBo_004

„Aber derjenige, der gerade betroffen ist, muss genauso die Fähigkeit mitbringen bzw. das Bewusstsein haben, ich kann jetzt nicht alles auf Biegen und Brechen durchsetzen, weil das jetzt gerade mein Thema ist, sondern muss weiter schauen. Im Prinzip, die Thematik mit Weitblick angehen für vorhergehende, jetzige wie nachhergehende Generationen, das muss also stimmig sein. ... sprich Nachhaltigkeit.“ BBo_007

„Ja, wenn mich jetzt etwas betreffen würde und wenn das dann die beste Möglichkeit ist, meine Meinung und vielleicht meine Erfahrungen und Hinweise kundzutun, dann würde ich schon sagen, da klicke ich mich doch mal ein und schreibe mal etwas auf. Wenn ich weiß, es lohnt sich und es kommt dann auch richtig an.“ BBo_013

„Im Gemeinderat wird es schon angenommen, also die Leute bringen ihre Sorgen in die Sitzungen ein. Das funktioniert. Auf Kreisebene, hab' ich das Gefühl, wird es schon auch gesteuert von Parteien. Nicht nur, aber immer mal wieder auch. Also Parteien nutzen das sozusagen, um Themen in den öffentlichen Raum zu bringen. Das ist letztlich legitim und o.k. Aber für den einfachen Bürger ist der Landkreis schon so eine komplexe Ebene, dass er schon sehr betroffen sein muss, um sich aufzumachen, in die Sitzungen zu kommen. Zumal wir die Bürgerfragestunde auch nur einmal im Quartal haben.“ BBo_006

„Ich kenne noch den alten Kreistag Löbau und ich erlebe in größeren Abständen den des Görlitzer Kreises. Und die Erkenntnis ist, dass in den Themen kaum noch in der Sache diskutiert wird, sondern politische Statements ausgetauscht werden, umso größer der Kreis geworden ist. Und dass es immer dann wichtig ist, wenn eine Teilregion betroffen ist, dann melden sich auch die Vertreter dieser Teilregion. Wenn es also Niesky besonders betrifft oder Görlitz, dann wird man mobil, aber es gibt ganz wenige Schnittmengen, wo sich alle angesprochen fühlen. Und im Ergebnis finden sehr wenige inhaltliche Diskussionen statt, es wird sehr viel Formales gemacht, was die Rechtsprechung und das Gesetz vorschreibt, und die eigentlichen Dinge finden dann mitunter in den Ausschüssen, aber nicht mehr im Kreistag statt. Aber für den Bürger – der erlebt das nicht mehr, weil in die Ausschüsse geht er kaum. Für ihn ist das Fenster der Kreistag und da findet das kaum noch statt. Und da merkt man, da sind auch kaum noch Bürger.“ BBo_017

„Dort halte ich ganz viel von der Bürgerbeteiligung, weil wir den Bürger brauchen als Informator, der dann zugleich auch Empfänger der Leistung ist.“ BBo_008

4.3 Interviewaussagen: Änderungsnotwendigkeiten

Die InterviewpartnerInnen haben in Bezug auf ihre bisherigen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung immer wieder Änderungsnotwendigkeiten genannt, die nicht nur für Beteiligungsprozesse allein von Bedeutung sind, sondern gesamtgesellschaftliche Aspekte aufnehmen. Anhand der Aussagen konnten Kategorien gebildet werden, die zukünftig Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen und denen hier ausgewählte Zitate einzelner InterviewpartnerInnen, die als Schlüsselaussagen gelten, zugeordnet wurden:

Stärkung der repräsentativen Demokratie (Wahlen)

„Also ich meine, die Rolle, die Wahlen und Demokratie heutzutage haben, das wird meiner Meinung nach absolut unterbelichtet, überall, in allen Ebenen.“ BBo_002

Aktivierung politischer VerantwortungsträgerInnen („MitmacherInnen“)

„Wir stehen ja jetzt vor Kommunalwahlen und die Aufstellung der Kandidatenlisten für Gemeinde-, Stadträte, Kreistag. Es ist tatsächlich so, dass man Leute suchen muss. Es ist nicht mehr so, dass Leute Schlange stehen und sagen, wir würden gerne bei euch mitarbeiten.“ BBo_002

Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung politischer Arbeit

„Das heißt auf der Metaebene, wenn man irgendetwas verbessern will, müsste man das Wissen um die Prozesse selber stärken, diese qualifizieren und die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren. Eine bessere Verzahnung zwischen Politik und Verwaltung und dem, was da draußen passiert, schaffen.“ BBo_012

Transparenz schaffen für politische Strukturen und administrative Zuständigkeiten

„[...] im Zuge dieser ganzen Kreisreform: Gehen Sie mal in die Landschaft und fragen Sie mal die Leute, ob die wissen, wer überhaupt für was zuständig ist. Über ein Portal, das die gemeindliche und die kreisliche Ebene zusammenfasst, kann man dann am Ende auch besser filtern, wer ist denn eigentlich wofür zuständig.“ BBo_018

Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung herkömmlicher Bürgerbeteiligungsinstrumente und deren bessere Nutzung

„Ich stelle einmal die Gegenfrage: Brauchen wir das? Oder haben wir nicht genug und wenden es bloß nicht richtig an? [...] Wir haben ein umfassendes Instrumentarium. Das, was uns fehlt, ist, dass wir freiwillige Beteiligungsprozesse frühzeitig anschieben an verschiedenen Stellen.“ BBo_008

„Wir sehen an ganz vielen Stellen, auch über das Thema der Beteiligung hinaus, [Möglichkeiten], die einfach nicht genutzt werden. Weil sie nicht bekannt sind, weil der Weg dahin nicht genommen wird und so weiter. Das heißt, wir können mit dem Thema der Beteiligung, der Bürgerbeteiligung und den damit verbundenen Formaten noch mehr Angebote machen. Das heißt aber nicht, dass eines davon in Anspruch genommen wird. Das ist ein Thema, was damit nicht originär verbunden ist.“ BBo_009

„Dass da Instrumente vorhanden sind, die aber nicht genutzt werden, das liegt irgendwie auch an der Routine, mit der damit umgegangen wird. Also die Floskel, die wahrscheinlich jeder Kommunalpolitiker auswendig kennt, ist 'der Beschluss so und so hat vom so und sovielten bis zum so und sovielten ausgelegen, es hat sich kein Bürger beteiligt oder es gab keine Einwendungen'.“ BBo_006

Bessere Zusammenarbeit mit lokalen/regionalen Medien

„Das ist eine ziemliche Herausforderung für die gesamte Gesellschaft und da spielen natürlich unsere Medien auch eine wichtige Rolle, ob sie Vorgänge sachgerecht oder verkürzt wiedergeben.“ BBo_004

„Das ist für mich immer weniger die Presse, hängt aber vielleicht auch mit der Presselandschaft der Region zusammen. Also so lange wie eben bei der Presse ein Organ das Zentralorgan spielt, ist das immer etwas kompliziert. Das ist zu tendenziös. [...] Ich denke, dass das nicht hilfreich ist, gerade in der Bürgerdiskussion, und da gibt es auch die Erfahrung, dass durch die Presse Themen angestoßen und hochgespielt werden als das Wesentliche, die aber eigentlich Randthemen sind. Das finde ich sehr schwierig.“ BBo_008

„Als Kreisrat nehme ich mir natürlich den Kreisanzeiger. Das ist a) die Information und b) wo die Volksseele hoch und runter kocht, sind natürlich die öffentlichen Medien, sprich was in der Zeitung steht. Wobei man davon ja auch immer bloß die Hälfte glauben kann. Man muss also zwischen den Zeilen lesen, weil darin ja auch immer die Meinung des Redakteurs oder Journalisten steckt und nicht der Hintergrund. Das muss man sich dann natürlich immer wieder erfragen in der Form, dass man sich mit den jeweilig zuständigen Mitarbeitern im Landratsamt auseinandersetzt. Aber das ist nur begrenzt möglich, weil die Zeit dafür einfach oft fehlt.“ BBo_07

frühzeitige Kommunikation und Einbeziehung der BürgerInnen

„Der Bürger hat auch die Möglichkeit, sich einzubringen, aber der Unterschied zum dem, was wir vorher besprochen haben, ist, dass in gesetzlich normierten Verfahren die Beteiligung erst zu einem Zeitpunkt einsetzt, wo die Willensbildung und die Entscheidung auf der administrativen Ebene abgeschlossen ist und der Bürger sozusagen erst beim fertigen Ergebnis einbezogen wird.“ BBo_009

„Es müsste ein Schwerpunkt darin liegen, den Bürger viel mehr in die Angelegenheiten der Gemeinschaft mit einzubeziehen, ihn wirklich zu befähigen zu partizipieren und nicht nur am Rande zu stehen und unzufrieden zu sein und zu meckern, sondern ihm auch Einsichten zu geben, warum dieses oder jenes eben jetzt aus diesen oder jenen Erwägungen eben auch mal nicht geht.“ BBo_018

„Ja, das könnte ich mir vorstellen, dass die [BürgerInnen] einfach nur mitgenommen werden wollen. Man kann Widersprüche nie verhindern, denn man kann Entscheidungen nicht so treffen, dass sie der ganzen Gesellschaft gefallen. Man wird das nie ausblenden können. Aber man kann es vielleicht verständlicher machen.“ BBo_15

Mehr Transparenz und bessere Verständlichkeit von Beschlüssen und politischen EntscheidungsträgerInnen in der Kommunikation mit den BürgerInnen

„Das Planungsverfahren bedeutet nicht automatisch, dass die Bürger [...], also in den standardisierten und routinierten Beteiligungsverfahren findet eigentlich keine echte Bürgerbeteiligung statt, weil eigentlich keine Vermittlung stattfindet zwischen dem, wo Bürgerbeteiligung möglich ist und dem, was der Gegenstand des Ganzen ist.“ BBo_006

„Wenn sich jetzt wirklich viele beteiligen würden, würde ich das schon so als neue Herausforderung sehen. Denn die Verwaltungsarbeit muss transparenter werden, was natürlich auch eine Mehrverantwortung ist. Also ich muss schon, bevor ich eine Entscheidung treffe, eine Entscheidung vorbereiten, dass die Leute auch verstehen, nicht nur ein Kreisrat, [...] denn da entscheide ich ja schon ein bisschen über das Ergebnis [...] erkläre ich viel, schreibe ich es so, dass es auch verständlich ist oder in so einem Bürokratendeutsch.“ BBo_014

„Das Eine ist die Komplexität, die zum Beispiel so ein Haushalt mit sich bringt. Ich würde da auch nicht hingehen und mir das angucken [...] die sind irgendwie [...] also ich zeige jetzt so 10 cm ungefähr dick. Wie soll ich mich als Bürger da durcharbeiten? Das kann immer nur punktuell erfolgen, indem ich zum Beispiel in einem Bereich über Kenntnisse verfüge und weiß, ich kenne mich mit Heizkosten aus und schaue mal, was wird denn in so einem Haushalt an Heizkosten veranschlagt. Da könnte ich punktuell nachschauen und sagen, okay, da ist ein bisschen was versteckt wahrscheinlich. Das ist das eine Thema. Und da geht es aber dann auch schon um Bürgerbeteiligung, muss ich bestimmte Themen permanent verkomplizieren? Wie sehen Beschlussvorlagen denn aus? Versteht die der Normalsterbliche noch?“ BBo_10

Beteiligungsformen zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Verwaltung, Politik und BürgerInnen

„Das heißt, beide Seiten müssen voneinander wissen. Beide Seiten müssen wissen, welche Formen der Bürgerbeteiligung bereitstehen, und aus meiner Sicht ist es auch natürlich sinnvoll, dass es nicht nur so ist, dass von Verwaltungsgnaden entschieden wird, wann Bürger beteiligt werden sollen, sondern dass auch Bürger Beteiligung einfordern können. Es ist eine Kommunikation, eine beidseitige Kommunikation.“ BBo_009

„Dann ist bei den herkömmlichen Formen, wo ein Haushalt ausgelegt wird oder eine Bauplanung ausgelegt wird, natürlich immer dieses David- gegen Goliath-Prinzip. Da bin ich einzelner Bürger, gehe in die große Verwaltung herein, das erschlägt mich schon mal; sitze dann irgendwie an einem Tisch und bin allein mit mir in der Verwaltung. Und was bewirkt jetzt mein Einspruch zum Beispiel gegen eine Bauplanung?“ BBo_10

„Eins merke ich immer wieder: Wenn Sie als Verwaltung etwas umsetzen, da sitzen wir zwischen den Stühlen, wir müssen es letztlich umsetzen und der Bürger weiß von gar nichts und der hätte sich darauf einstellen können, wenn er davon schon mal etwas erfahren hätte, vielleicht sich sogar dazu

hätte äußern können, dann hat er eine andere Haltung dazu. Das sind immer wieder auch meine Erfahrungen in der Verwaltungstätigkeit, wenn ich politische Entscheidungen an den Bürger vermitteln muss. Wenn es unvermittelt kommt, auch die Begründungen, sage ich Ihnen, die sind enorm wichtig, was Sie den Leuten sagen, warum die Entscheidung getroffen ist. Die wollen das genau wissen, die wollen ernst genommen werden. Die wollen nicht irgendeine fadenscheinige Begründung haben. Und ich glaube auch, die Plausibilität wird größer, wenn eine Sache in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist. Weil der Sachstand von verschiedenen Seiten geprüft worden ist. Und dadurch erhöht sich aus meiner Sicht auch die Glaubwürdigkeit. Das ist ein Vorteil.“ BBo_016

Weiterentwicklung der Demokratie und Lernen in einer digitalen Gesellschaft

„Eine ganz wesentliche Erfahrung, die wir gemacht haben – denke, dass das auch in anderen Städten so ist – ist, dass, wenn dieses Format Bürgerbeteiligung nicht bekannt ist, wenn Formen der Bürgerbeteiligung auch nicht geübt werden zwischen Verwaltung und Bürgern, dann bleibt es auf einer sehr unbefriedigenden Ebene stehen.“ BBo_009

„Ich glaube, das ist den wenigsten, die darüber verhandeln bewusst, dass zu einer solchen Methode ein gewisses "Lernverfahren" dazu gehört.“ BBo_006

»NIEMAND WIRD ALS DEMOKRAT GEBOREN. DEMOKRATIE KANN GELERNT, ABER NICHT GELEHRT WERDEN.«

4.4 Handlungsempfehlungen

- ➔ **Ausgestaltung transparenter Kommunikationskanäle zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen auf Kreisebene** innerhalb einer in Strukturen klar definierten und von Kontinuität geprägten Rahmengestaltung (“keine Einbahnstraße”).
- ➔ **Detaillierte Information über bestehende formelle wie informelle Beteiligungsmöglichkeiten und Bürgerbeteiligungsverfahren im Kreis öffentlich machen**, Transparenz ihrer strukturellen Einbindung sowie ihrer definierter Zielstellungen und Handlungsspielräume verdeutlichen.
- ➔ **Evaluation der Qualität bestehender und hinzukommender Beteiligungsinstrumente** hinsichtlich Aufwand, Nutzen und Wirkungsgrad für BürgerInnen, die Administration und die politische Arbeit anhand von definierten Qualitätsstandards.
- ➔ **Initiierung eines digitalen Entwicklungs- und demokratischen Lernprozesses auf regionaler Ebene** durch Einrichtung einer Strukturebene für politische Bürgerbeteiligungsverfahren im Landkreis Görlitz als sogenannten „demokratischen Lernhandlungsraum“ für alle Beteiligten aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft.
- ➔ **Beteiligungsverfahren entwickeln, die den BürgerInnen auch selbstinitiierte proaktive Partizipation ermöglicht**, für einen kontinuierlichen Austausch mit Verwaltungsinstitutionen und politischen Gremien im Landkreis (= „Neue Beteiligungskultur“).

5 Online-Beteiligung – das Beispiel LiquidFriesland

5.1 LiquidFriesland – das Modell

Basisinformation

Der Landkreis Friesland hat mit der Einführung von LiquidFriesland eine bundesweit bisher einmalige Neugestaltung der Beziehung zwischen den BürgerInnen und dem politisch-administrativen System auf kreislicher Ebene ermöglicht. Damit wurde ein Innovationsprozess begonnen, dessen Verlauf die praktische Erprobung und damit verbunden das Sammeln von Erfahrungswerten und die Möglichkeit des gemeinsamen Lernens in Bezug auf die Weiterentwicklung der demokratischen Praxis in einer digitalisierten Gesellschaft überhaupt erst möglich macht.

Dass das Beispiel mittlerweile für zahlreiche andere Landkreise²⁵ Anregung und Grundlage zur Prüfung erweiterter Partizipationsformen ist, liegt weniger daran, dass es insbesondere hinsichtlich der Anzahl der beteiligten BürgerInnen im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl die Erwartungen bisher erfüllen würde, als vielmehr an dem wachsenden Bewusstsein unter PolitikerInnen wie BürgerInnen, sich gemeinsam auf den Weg machen zu wollen, um die politischen Sphären unseres demokratischen Systems nicht von den Entwicklungen einer digitalen Gesellschaft zu entkoppeln und die neuen technischen Möglichkeiten für mehr politische Teilhabe und Teilnahme nutzen zu wollen. So liegt das Aktivitätsniveau der Beteiligten bei LiquidFriesland über der von Jakob Nielson aufgestellten sogenannten „Ein-Prozent-Regel“ für Online-Communities, demnach ein Prozent der NutzerInnen selbst Anträge initiieren, neun Prozent aktiv an diesen mitarbeiten und sie diskutieren und 90 Prozent den Verlauf beobachten, ohne selbst aktiv zu werden.²⁶ Den Beschluss zum dauerhaften Betrieb der Plattform mit einer jährlichen Evaluation durch die Verwaltung des Landkreises verbindet der Landkreis Friesland mit dem Ziel, den nur beobachtenden TeilnehmerInnen durch einen guten und vielfältigen Zugang über LiquidFriesland die Möglichkeit zu mehr Bürgerbeteiligung zu geben, „die sie nutzen können, wenn sie wollen“²⁷. Das Wesen der Demokratie sei es, Rechte einzuräumen, die man ausübt oder nicht ausübt.²⁸ LiquidFriesland erweitert diese Rechte und gibt den BürgerInnen „eine zusätzliche, technisch bequeme Methode an die Hand, deren Nutzung ihnen frei stehe.“²⁹ Neu an LiquidFriesland ist insbesondere die Verknüpfung von Formen der Online-Demokratie mit der durch Landesrecht vorgegebenen Kommunalverfassung.

Einführung im Landkreis Friesland

Die Berichterstattung über die LiquidFeedback-Software im Frühjahr 2012 brachte den Landrat des Landkreises Friesland Sven Ambrosy (SPD) auf die Idee der Einführung einer Beteiligungsplattform auf Landkreisebene. Die Software basiert auf dem Konzept der LiquidDemocracy, welche Ansätze der repräsentativen wie auch der direkten Demokratie miteinander vereint.

²⁵ z.B. Landkreis Rotenburg (Wümme/Niedersachsen) / Der Beschluss über die Einrichtung des Portals fiel in der Kreistagssitzung am 18. Dezember 2013 einstimmig. Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern jeder Fraktion legt derzeit konkrete Verfahren und Regeln fest, mit denen die Online-Beteiligung noch im Jahr 2014 umgesetzt wird.

²⁶ Zwar wurden seit dem 9. November 2012 von 83.817 möglichen (Stand 12.2012) erst 761 Zugangscodes versandt und davon 503 Zugänge aktiviert, jedoch zeigt die Auswertung des Aktivitätsniveaus vom 10.3.2013, das von den 485 zu diesem Zeitpunkt registrierten NutzerInnen 291 Personen bei mindestens einem Thema aktiv waren, was einem hohen Aktivitätsniveau von 63,5 Prozent entspricht. Vgl. Diefenbach, I: „Mehr Bürgerbeteiligung? Eine empirische Studie zur Online-Plattform Liquid Friesland“, Masterarbeit an der Hochschule Emden/Leer, 2013, S. 36.

²⁷ Landkreis Friesland: LiquidFriesland. Evaluierungsbericht – Juni 2013, S. 6

²⁸ Vgl. Landkreis Friesland: Niederschrift über die 8. - öffentliche - Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am Dienstag, 25. Juni 2013, S. 13, Download unter <http://buengerinfo.friesland.de/getfile.php?id=19699&type=do>, Stand 19.05.2014.

²⁹ Ebd. S. 13.

LiquidDemocracy bezeichnet eine „neue Form der Demokratie, in der verschiedene ‚starre‘ Begrenzungen ‚verflüssigt‘ werden.“³⁰ In Deutschland wurde die Idee der LiquidDemocracy zuerst von Teilen der Piratenpartei diskutiert. Diese Diskussion war 2009 Anlass für die partei-unabhängige Entwicklung der Software „LiquidFeedback“ durch den Public Software Group e.V..

Die Erarbeitung einer Projektskizze war im Landkreis Friesland der Beginn für eine schnelle Einführung des neuen Beteiligungsinstrumentes³¹:

- 16.05.2012: öffentliche Vorstellung von LiquidFeedback
- 11.07.2012: einstimmiger Kreistagsbeschluss über eine Testphase von einem Jahr
- 09.11.2012: Plattform geht online
- 05.06.2013: das Projekt wird mit dem Sonderpreis 2013 des vom dbb – Beamtenbund und Tarifunion jährlich verliehenen Innovationspreises ausgezeichnet
- 25.06.2013: Entscheidung des Kreistages für den Dauerbetrieb

Verfahren

Seit November 2012 können alle im Landkreis Friesland gemeldeten BürgerInnen ab dem Alter von 16 Jahren (mit Name, Ort und Geburtsdatum) einen Zugang für die Nutzung der Software LiquidFriesland beim Landkreis beantragen. Nach der Registrierung erhalten sie per Post einen Zugangscode, um sich an den politischen Meinungsbildungsprozessen auf Kreisebene beteiligen und eigene Themen einzubringen zu können. Für sogenannte „weiße Flecken“ ohne Internetzugang bietet die Verwaltung drei Alternativen, sich an LiquidFriesland zu beteiligen: a) per Post Eingaben schicken, b) öffentliche Internetzugänge nutzen oder c) seine Stimme delegieren. PolitikerInnen erfahren durch diese neuartige politische Kommunikationsplattform mehr über den Willen und die Ideen der BürgerInnen und können dadurch ihre Meinungsbildung bereichern. Bei der Gestaltung der LiquidFriesland-Plattform wurden die Auflagen des Landesdatenschutzbeauftragten berücksichtigt.

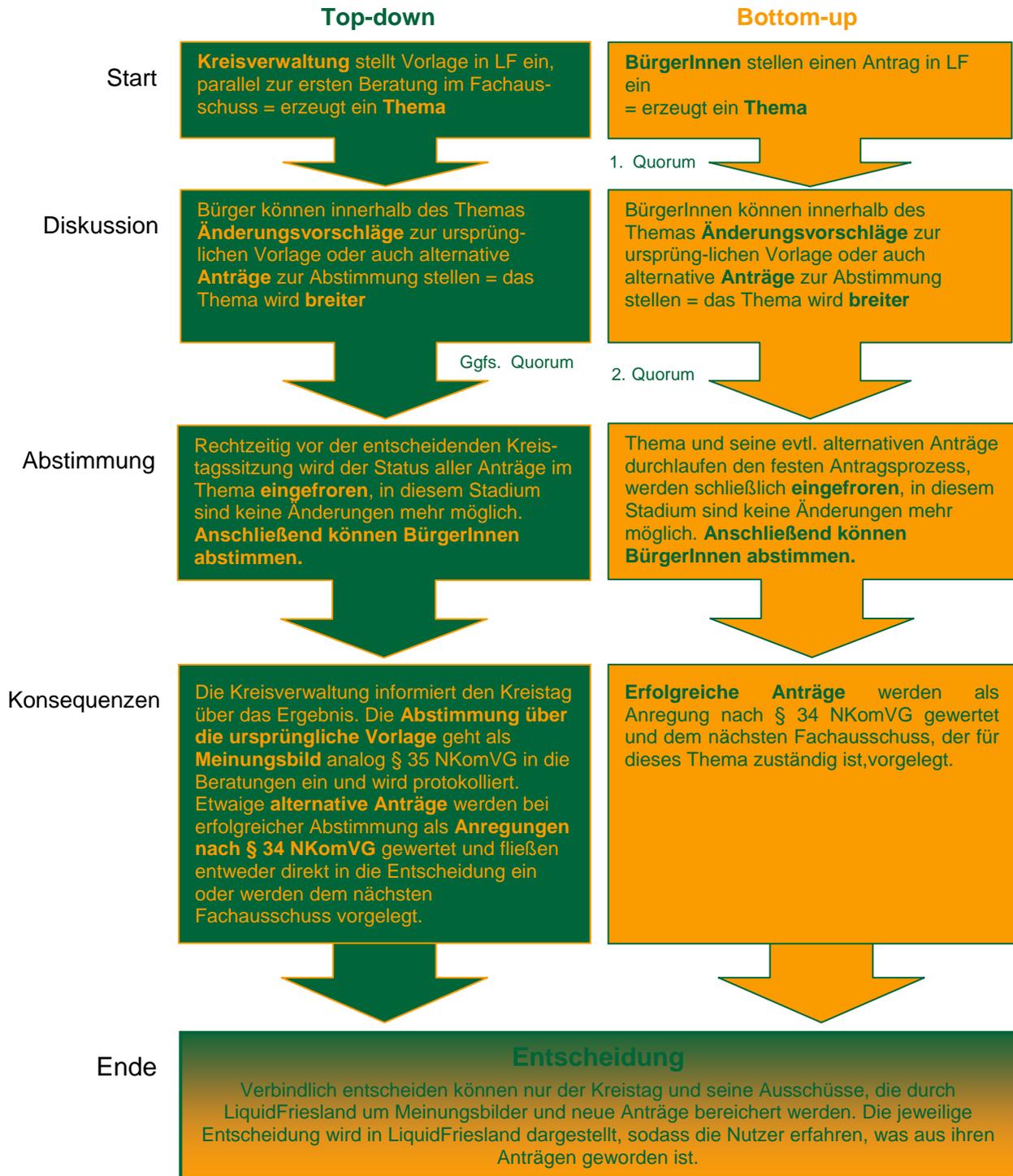
Gegenstand der Beteiligung sind Themen, für die der Landkreis zuständig ist. Hierfür bietet LiquidFriesland zwei Wege zur Themenbehandlung an. Einerseits werden Vorlagen durch die Kreisverwaltung auf der Plattform zur Diskussion gestellt, die durch die BürgerInnen kommentiert und vor der Behandlung im Kreistag per Abstimmung befürwortet oder abgelehnt werden können. Dies wird rechtlich als Bürgerbefragung entsprechend § 35 NKomVG eingeordnet. Andererseits können BürgerInnen Themen in eigener Initiative einbringen. Im Austausch der Beteiligten können diese verändert und bewertet werden. Dieser Prozess durchläuft innerhalb von sechs Wochen mehrere Phasen und beginnt damit, dass eine Initiative von zehn Prozent der am Thema Interessierten als diskussionswürdig bewertet wird. In der anschließenden Diskussionsphase können dann Änderungsvorschläge bei den jeweiligen InitiatorInnen eingebracht werden, welche diese einarbeiten können. Ist diese Phase abgeschlossen, wird der endgültige Entwurf „eingefroren“ – nun sind keine Änderungen mehr möglich und er wird zur Abstimmung gebracht. Erreicht dieser wiederum ein Quorum von zehn Prozent derer, die für das Thema Interesse oder Beteiligung angemeldet haben, hat der Kreistag sich verpflichtet, die Ergebnisse aus der Diskussion als Meinungsbild zu behandeln und entsprechend seiner Kommunalverfassung (§ 35 NKomVG) rechtlich als Anregungen und Beschwerden zur Kenntnis zu nehmen und im Protokoll festzuhalten. Für die kommunalrechtliche

³⁰ <https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy/>, Stand 20.05.2014.

³¹ Vgl. <http://kommunalwiki.boell.de/index.php/LiquidFriesland>, Stand 20.05.2014

Einordnung der verschiedenen Beteiligungsverfahren hat der Landkreis die Zustimmung der Kommunalaufsicht eingeholt.

Beteiligungsinitiativen auf LiquidFriesland: Verfahrens- und Ablaufschema³²



Kosten und Betreuung

Die Kosten für die technische Umsetzung bzw. die Einführung der Software sind verhältnismäßig gering. Laut Evaluierungsbericht fiel im Landkreis Friesland für die Einrichtung und das erste Jahr

³² Vgl. Landkreis Friesland : Projektbeschreibung: Liquid Friesland. Landkreis Friesland, Jever, 2012.

des laufenden Betriebes eine Summe in Höhe von 11.400 Euro an. Zusätzliche Kosten für öffentliche Veranstaltungen, den Druck von Informationsmaterialien oder die Versendung von Zugangscodes sind überschaubar. Mit der Aufnahme des Dauerbetriebes kalkuliert der Landkreis Friesland jährliche Betreuungskosten in Höhe von 7.140 Euro³³. Der zeitliche Betreuungsaufwand ist jedoch stark abhängig von der Nutzung des Portals. In erster Linie besteht die Aufgabe des Managements von LiquidFriesland darin, neue Nutzer zu akkreditieren sowie Verwaltungsvorlagen und Bürgerinitiativen in das Portal einzuspeisen. Wesentlich für den Erfolg eines solchen Beteiligungsinstrumentes sind internetaffine MultiplikatorInnen unter den BürgerInnen, die als Bindeglied zwischen LiquidFriesland, der breiten Öffentlichkeit sowie auch der Fachöffentlichkeit dienen. Der Landkreis Friesland hat für diese Aufgabe einen ehrenamtlich Beauftragten für LiquidFriesland ernannt.

Relevanz und Bewertung

Die Plattform LiquidFriesland ist eines von zahlreichen in der Praxis erprobten Online-Werkzeugen der Bürgerbeteiligung. Medial erfolgreich geworden ist das Projekt durch die glückliche zeitliche und räumliche Verknüpfung der Tatsachen des

„LiquidFriesland bleibt in seiner Relevanz aufgrund der nichtbindenden Wirkung der Abstimmungsergebnisse begrenzt. Die obligatorische Anmeldung mit Klarnamen ist jedoch als vorausdenkend zu bewerten – ebnet dies doch den Weg hin zu einer Vertrauensbasis für verbindliche Abstimmungsprozesse. Diese wiederum sind Voraussetzung dafür, dass Liquid Democracy aus dem Status einer Spielwiese herauskommt. Keine Ergänzung der Politik, sondern Medium der Politik selbst soll sie werden.“⁴¹

Einzugs der Berliner „Piratenpartei“ in den dortigen Senat und die „piratenaffine“ Nordseelage des Landkreises Friesland.

Ein Erfolgsfaktor des Projektes ist der nachhaltige Einsatz des Landrats des Kreises Friesland, der durch sein Engagement und seine Begeisterung für die Online-Beteiligung die Umsetzung des Projektes aktiv befördert hat. Die breite Beteiligung der Bevölkerung blieb jedoch bislang deutlich hinter den Erwartungen zurück. Eine Bewertung von LiquidFriesland lässt sich jedoch nicht an der Beteiligungsquote allein vornehmen. Vielmehr ist LiquidFriesland ein erweitertes Instrument der Bürgerbeteiligung, dessen Nutzung jedem(r) Bürger(in) des Landkreises freisteht und das sich als Ergänzung zu den herkömmlichen Instrumentarien versteht. Repräsentativität wird mit diesem Beteiligungsinstrument genauso wenig in erster Linie angestrebt wie mit herkömmlichen Instrumenten, bei denen keine höhere Beteiligung als bei LiquidFriesland festzustellen ist. LiquidFriesland ist ein zusätzlicher Kanal für Anregungen und Vorschläge sowie Rahmen für einen kontinuierlichen Dialog zwischen BürgerInnen und Verwaltung.

5.2 Einschätzung der InterviewpartnerInnen

Auf die Interviewfrage „Kennen Sie das Verfahren von "Liquid Feedback" oder ein anderes Online-Beteiligungsverfahren bzw. haben Sie ein solches schon einmal im Zusammenhang mit politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung genutzt?“ antworteten elf InterviewpartnerInnen mit „Nein“. Von den sechs anderen Interviewten haben sich vier näher mit LiquidFriesland beschäftigt, zwei nur in Vorbereitung auf das Interview. Selbst genutzt hat bislang keiner der InterviewpartnerInnen eine LiquidFeedback-Plattform. Jedoch wurden einzelne andere Online-Beteiligungsverfahren zur politischen Partizipation, wie z.B. Abgeordneten-Watch, Online-Konsultation zu Gesetzgebungsverfahren, Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin, Online-Petitionen und weitere auf überregionaler Ebene, bereits durch einzelne Personen schon einmal genutzt.

³³ Landkreis Friesland: LiquidFriesland. Evaluierungsbericht – Juni 2013, S. 9.

→ positive Einschätzung von Online-Beteiligungsformaten

„Die Internetseite ist da eben nicht mehr unbedingt der letzte Schrei. Und deshalb ist es gut, wenn man tatsächlich neue Wege einschlägt und vielleicht findet man tatsächlich auch in diesem Verfahren etwas Geeignetes, wo man sagt, technisch machbar in unserem Hause, unsere Techniker sagen auch, das finden wir auch gut, das können wir leisten, die Finanzen und die Möglichkeiten sind da, um solche Dinge zu initiieren.“ BBo_016

„Das ist nicht viel, genau. Und deswegen wäre so eine Online-Form die Möglichkeit, dass man da mehr Themen reinbringen kann, die Leute da informieren kann und die Leute selber auch sagen können, hier, das ist ein Thema und da würden wir gerne.“ BBo_015

„Das glaube ich, ich glaube es auch deshalb, weil der Charakter der Nutzung von Medien sich verschiebt. Innerhalb von Altersgruppen, aber natürlich auch mit Altersgruppen. Und wer schon heute sagt, ich käme nicht auf die Idee, mir einen Haufen Papier in den Briefkasten stecken zu lassen, es gibt genug, wo ich das auf mein Display kriege, die neigen dann natürlich auch eher zu solchen Dingen, wo sie rückkoppeln können, wo sie Stellung nehmen können. Und deswegen glaube ich, sind die Bereitschaft und die Fähigkeit mit so etwas umzugehen sowieso ein Prozess, in dem wir uns befinden.“ BBo_003

„Wie gesagt, in diesem Falle habe ich mich dafür ausgesprochen, dass man das versucht. [...] Und bei dem hier wird es auch einen Anfang geben und irgendwann möglicherweise mal Stellungnahmen öffentlich, dass Abgeordnete sagen, hier hat uns wirklich interessiert und bewegt, was Bürger dazu gesagt haben. Was vielleicht dann anregt, dass sich mehr Leute damit beschäftigen.“ BBo_003

„Das ist Bürgertransparenz. Absolut.“ BBo_016

„Liquid Feedback ist erst mal nix anderes als das, was es ist, nämlich eine Form, sich online-basiert am Meinungsbildungsprozess im Landkreis Görlitz zu beteiligen. Und das reicht mir als politische Motivation völlig aus, um zu sagen, wir machen's.“ BBo_006

→ negative Einschätzung von Online-Beteiligungsformaten

„Also für mich wären die gewählten Gremien ausgehöhlt. Die sind dann reine Beschlussorgane. Die Diskussion läuft online. Der Kreistag, Gemeinde-, Stadtrat muss diese Hinweise bis zu einem gewissen Grade diskutieren und muss das einbeziehen in seine Arbeit und dann den Beschluss treffen. Und für mich ist es der falsche Weg. Für mich müssten die Mandatsträger gestärkt werden. Also für mich müssten die Gemeinderäte, Stadträte, Kreisräte wieder mehr Bedeutung erlangen, also auch mehr Akzeptanz, mehr Respekt unter der Bevölkerung, dass diejenigen das sind, die die Entscheidungen herausarbeiten müssen und dann tatsächlich die Verantwortung übernehmen, um zu beschließen.“ BBo_002

„Also es sind viele Dinge, die untersucht werden müssten und wo ich mich gerne überzeugen lasse, aber ich bin da noch sehr skeptisch.“ BBo_002

„Zu der ganzen Geschichte [L.F.]: Es ist ein Versuch, dem Bürger näher zu sein, den Anschein zu geben, ich bin jetzt bürgerfreundlich. Da stellt sich für mich im ersten Augenblick die Frage: Wen erreich' ich denn damit und wer ist derjenige, der da schreibt?“ BBo_007

5.3 Bewertung von LiquidFriesland

LiquidFriesland ist eine von mittlerweile vielen Möglichkeiten der Online-Beteiligung, unterscheidet sich jedoch insofern von anderen bundesweiten Instrumenten, als dass es in der Verknüpfung von Formen der Online-Beteiligung mit der im Landesrecht verankerten Kommunalverfassung einen rechtlichen Anspruch der BürgerInnen auf die Behandlung ihrer Anliegen beinhaltet. Jeder Vorschlag, der während der Abstimmungsphase positiv beschieden wurde, muss vom Kreistag auch behandelt werden. Durch die dauerhafte Präsenz der Beteiligungsplattform werden BürgerInnen nicht nur zu bestimmten Themen um Beteiligung im Meinungsbildungsprozess gebeten, sondern können jederzeit eigene Anliegen formulieren. LiquidFriesland gewährleistet demnach Kontinuität im gegenseitigen Informations- und Austauschprozess zwischen BürgerInnen, der Verwaltung und der Politik und vereinigt dabei das Bottom-Up-Prinzip mit dem Top-Down-Prinzip von Bürgerbeteiligung in einem Instrument.

Im öffentlichen Meinungsbild hat LiquidFriesland, wie auch andere Online-Beteiligungsformate, BefürworterInnen sowie GegnerInnen. Folgende Tabelle gibt einen Überblick über das Grundsätzliche Für und Wider von Online-Beteiligung³⁴:

PRO <i>„Wunderwaffe“</i>	CONTRA <i>„Image-Placebo für netzaffine Nutzergruppen“</i>
<ul style="list-style-type: none"> • Online-Beteiligung ist Teil der sich verändernden Gesellschaft und Schlüssel für mehr Beteiligung. • Online-Beteiligung ist eine neue Qualität zur Erreichung von gesellschaftlicher Partizipation. • Neue kommunikative Optionen können Verstärker für politische Veränderungen sein. • Online-Beteiligung ist ein Experimentierfeld mit den sozialen Medien und der Mehrweg-Kommunikation. • Online-Beteiligung ermöglicht eine höhere Transparenz der Verfahren. • Online-Beteiligung schafft zugängliche Quelldaten von Informationen (Open Data). • Online-Beteiligung öffnet die Verwaltung für Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse (Open Government). • Beteiligung ist Teil des Bildungsprozesses und nicht primär eine Frage der Software. • Online-Beteiligung stärkt die Rolle der Erklärenden und der anderen Übersetzer, die Inhalte barrierefrei und für jedermann verständlich machen. • Ein verlässlicher rechtlicher Rahmen ist notwendig, genauso wie unabhängige Plattformen für E-Partizipation. • Voraussetzung für den Erfolg von Online-Beteiligungsinstrumenten sind der politische Wille, eine erfüllbare Wirkung (Verbindlichkeit) und ein verhandelbarer Grund für die Meinungsfindung. <p>Als Diskussionsforum bereichert das Internet mit seiner Ausweitung der Informations- und Meinungsfreiheit die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, als repräsentatives Entscheidungsforum eignet es sich nicht.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Grundsätzlich werden die partizipativen Möglichkeiten der Online-Beteiligung überschätzt. • Technikfaszination ohne Demokratiekompetenz führt in die Sackgasse. • Erst 38 % der Bürger sind in der digitalen Alltagswelt angekommen. ((N)Onliner Atlas 2012)³⁵ • Das Internet privilegiert die „Zeitreichen“ und schafft strukturelle und soziale Ungleichheiten. • Das Internet weckt und mobilisiert kein neues Politikinteresse. • Das Internet zerfällt in fragmentierte Echogesellschaften. Ein gemeinsamer Ort reflektierter Meinungsbildung geht bei abgeschotteter Individual-kommunikation ebenso verloren wie bei der völligen Entgrenzung des Kommunikationsraumes. • Der schnelle Klick als gültige Internetwährung ist kein Ausweis von Demokratiesteigerung. Keine Chance für Reflektionen, Reife, integrierende Kommunikation. • Nur weil sie im Netz sind, sind Informationen nicht gleichzeitig auch transparent und seriös. • Sehr niedrige Beteiligung, weniger als Mitglieder in den Parteien und Interessengruppen. <p>Online-Bürgerbeteiligung ist nur ein Mosaikstein und keine Wunderwaffe.</p>

³⁴ Vgl. Pro-Standpunkt von Jürgen Ertelt (Medienpädagoge) und Contra-Standpunkt von Dr. Stephan Eisel (Autor des Buchs „Internet und Demokratie“), <http://politik-digital.de/online-buergerbeteiligung-als-wunderwaffe-gegen-politikverdrossenheit/>, Stand 21.05.2014

³⁵ <http://www.initiatives21.de/portfolio/nonliner-atlas/>, Stand 20.05.2014

Übertragbarkeit von LiquidFriesland auf den Landkreis Görlitz

Vergleicht man die beiden Landkreise miteinander, so werden die unterschiedlichen geografischen und strukturellen Voraussetzungen sehr deutlich. Der Landkreis Friesland ist flächenmäßig ein sehr kleiner Landkreis mit einer viel geringeren Bevölkerung als der Landkreis Görlitz. Dessen Siedlungsstruktur auf großer Fläche erschwert aber die Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten an Präsenzveranstaltungen zusätzlich und macht Online-Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen hier besonders wichtig:

	Landkreis Friesland	Landkreis Görlitz
Bundesland:	Niedersachsen	Sachsen
Verwaltungssitz:	Jever	Görlitz
Fläche:	607,85 km ² der zweitkleinste unter den niedersächsischen Landkreisen	2.106,07 km ² mit 11% der Fläche Sachsens der drittgrößte Landkreis im Freistaat
Einwohner:	97.327 (31. Dez. 2012) ^[1]	264.673 (31. Dez. 2012) ^[1]
Bevölkerungsdichte:	160 Einwohner je km ²	126 Einwohner je km ²
Kreisgliederung:	5 Gemeinden und 3 Städte	39 Gemeinden und 14 Städte

Diese Punkte allein sprechen jedoch nicht für oder gegen eine Übertragbarkeit von LiquidFriesland auf den Landkreis Görlitz, sondern verdeutlichen nur die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen. Orientiert man sich an den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Online-Beteiligung, so sind dafür neben dem klaren politischen Willen auch die technischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu betrachten. Auch der Landkreis Friesland stößt mit seinem Modell an Grenzen. Oft kritisiert, wird die zu geringe Beteiligung an dem Online-Verfahren und damit verbunden die Gefahr, dass nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe wie die „Zeitreichen“ oder die „Digital Natives“ dieses Beteiligungselement nutzen. Die Form der Online-Beteiligung stehe demnach nur einer dafür qualifizierten Minderheit zur Verfügung. Hier gilt es anzusetzen – auch im Landkreis Friesland. Neben einer stabilen Medienpartnerschaft zur Bekanntmachung der Beteiligungsmöglichkeit ist insbesondere die Qualifizierung der Bevölkerung zur Teilnahme ein wesentlicher Faktor. Im Evaluierungsbericht von LiquidFriesland wird bspw. vorgeschlagen, dass die Beschäftigung mit dem Modell LiquidFriesland Bestandteil des Politikunterrichts an den Schulen im Landkreis wird und LehrerInnen somit als MultiplikatorInnen das Modell vorstellen, diskutieren und auch bekannt machen.³⁶

Es bedarf also mehr als der bloßen Übertragbarkeit eines Modells auf einen anderen Landkreis – die Voraussetzungen dafür müssen gegeben sein oder geschaffen werden. Das zeigen auch die Zitate der InterviewpartnerInnen. Eine Grundvoraussetzung, die im Landkreis Friesland bereits mit einem allumfassenden Kreistagsinformationssystem gegeben ist, besteht in einer transparenten und kontinuierlichen Informationsbasis seitens der politischen MandatsträgerInnen und der Verwaltung.

LiquidFriesland ist eine komplexe Weiterentwicklung verschiedener Formen der Beteiligung aus dem großen Kanon von On- und Offline-Beteiligungsmethoden, dessen alleinige Umsetzung für die Meisterung der Zukunftsaufgaben des Landkreises Görlitz nicht ausreichend sein wird. Erforderlich ist ein Bündel von unterschiedlichsten Maßnahmen und Instrumentarien, welche sich in Zielstellung und Beteiligungsspielraum an den Herausforderungen und verschiedensten Zielgruppen orientieren und eingebunden sind in den dauerhaften Prozess gesellschaftlicher Erprobungs- und Lernmöglichkeiten aller Beteiligten in einer digitalen Gesellschaft.

³⁶ Landkreis Friesland: LiquidFriesland. Evaluierungsbericht – Juni 2013, S. 10.

→ LiquidFriesland: Übertragbarkeit auf den Landkreis Görlitz

„Mir ist jetzt kein vergleichbares Produkt bekannt, was in der Breite auch schon ausprobiert ist und akzeptiert ist, wie dieses LiquidFeedback, was jetzt LiquidFriesland genannt wird. Die Friesen haben sicherlich eine ähnliche Ausgangslage, was die Strukturen des Landkreises angeht, das heißt, es ist sehr ländlich geprägt, eher dünn besiedelt, kaum Ballungszentren. Da habe ich also auch bestimmte Wegstrecken zu überbrücken, um mich zum Beispiel in eine Diskussionsrunde zu begeben, insofern ist das schon vergleichbar und soweit ich das jetzt richtig verfolgt habe, sind auch die Kosten überschaubar, die dort der Landkreis zu tragen hat.“ BBo_010

„Das kann man natürlich nur durch mehr Öffentlichkeitsarbeit, durch mehr Transparenz, da sind die Medien mit dran, im Internet kann das genauso laufen. Das kann auch auf sozialen Netzwerken erfolgen, von mir aus. Also ich bin kein Gegner vom Internet. Nicht, dass Sie das falsch verstehen. Ich nutze auch soziale Netzwerke und E-Mail und alles, aber irgendwo ist es dann doch die tatsächliche Diskussion, Entscheidungsfindung muss dann in einem bestimmten Rahmen erfolgen, den das Gesetz ja vorsieht.“ BBo_002

„Das ist ja auch der Inbegriff des föderativen Systems: [zu LiquidFriesland] Wir werden das aus Norddeutschland nicht eins zu eins übernehmen können. Das sind ganz andere Probleme [...]“ BBo_005

„Nein. Der Punkt ist, die Jüngeren nutzen einfach schon Kanäle. Warum sollte man nicht die nutzen, die bereits da sind? Wir kennen ja die Kommunikationsplattformen für Görlitz, Facebook usw. Da läuft die Diskussion. Also man braucht nicht ein Mehr. Von mir aus kann man noch einen extra Channel aufmachen, aber da wäre eher die Frage: Wie könnte ich jemanden einsetzen, der das befördert, der das aktiv betreibt? Vom Kreistag z.B. aus oder der das einfach moderiert, wenn das nötig ist. Also ich würde es erst einmal testen, ob das über solche Kanäle funktioniert.“ BBO_012

Hier geht es auch darum, sich als Kommune zur Verfügung zu stellen, um Erfahrungen zu sammeln. Weil das, was wir jetzt in Friesland haben, das ist nicht ausreichend, um es wirklich zu bewerten. BBo_006

„Erstens hat Friesland ganz andere Voraussetzungen als zum Beispiel der Landkreis Görlitz.[...]. Also ich weiß gerade nicht, wie es in Friesland aussieht, aber die erste Auswertung, die sie gemacht haben, sieht ja nicht besonders rosig aus. Also von der Anzahl der Beteiligungen usw.. Aber sie haben sich auf der Grundlage entschieden weiterzumachen, das ist das Entscheidende. Und deshalb sage ich, wir sollten uns verstehen darin, neben den Friesländern mit Erfahrungen für solche Formen für Beteiligung zur Verfügung zu stehen. Das also auch als Experiment zu bergreifen und nicht zu sehr zu überfrachten mit das und das und das wollen wir noch erreichen.“ BBO_006

Risiken, Gefahren und derzeitige Umsetzungshindernisse

Während der Interviews kamen auch immer wieder Bedenken zum Tragen, die mit der Einführung einer Online-Beteiligungsplattform verbunden sind. Wichtig ist, sich die aus den genannten Gefahren und Risiken ergebenden Umsetzungshindernisse bewusst zu machen. Sie bilden die Grundlage zur Ableitung der Umsetzungserfordernisse und damit den Rahmen für konkrete Handlungsmaßnahmen in Vorbereitung auf die Einführung einer Online-Beteiligungsplattform.

... für die technische Umsetzung

„Für mich ist ganz wichtig, dass, bevor so etwas überhaupt beredet wird, erst einmal die Grundlage geschaffen wird. Und die Grundlage ist für mich Breitband-Internet in allen Orten. Ansonsten fange ich damit nicht an.“ [BBo_2](#)

„Naja, kein Kontrollsystem. Aber irgendetwas, dass es nur Bürger sind, die hier in diesem Landkreis wohnen und die es wirklich betrifft.“ [BBo_015](#)

„Dann ist es natürlich so, dass sie mit einer ganzen Menge juristischer Fragen zu tun haben. Auch, wenn Sie eine Internetseite betreiben, müssen Sie darauf achten, dass derjenige, der die Seite betreibt, die Verantwortung für die Inhalte hat. Wie macht man das, wenn das öffentlich ist? Wenn es sich um Inhalte handelt, die gegen das Demokratieprinzip verstoßen? Geht nicht. Das sind Dinge, die müssen dann mit kalkuliert werden. Doch da wird es aus der Umsetzung bereits Erfahrungen geben.“ [BBo_16](#)

... für die Verwaltung

„Administrativ ist die Frage sicherlich, wie oft solche Verfahren in Gang sind, ob da am Ende ein riesen Verwaltungsaufwand anschließt. Gut, das trifft aber auf alles zu, und ob es dann stimmungsgeleitet ist, verwaltet wird oder gestaltet, das ist auch von der Tagesform abhängig.“ [BBo_004](#)

„Aber dafür muss jemand da sein, der es auswertet. Und dann braucht man den Hintergrund dafür, man braucht die gesetzlichen Grundlagen dazu.“ [BBo_007](#)

„Die Nachteile sehe ich darin, dass es ein Mehr an Arbeit ist, dass es eine Zunahme von Geschwindigkeit in der Arbeit ist, ob die gut tut, das weiß ich nicht, da habe ich meine Bedenken. Es ist auch die Frage einer eventuell notwendigen Umstrukturierung in den Verwaltungen. Wir haben in den letzten Jahren massive Umstrukturierungen gehabt.“ [BBo_008](#)

„Ein solches Tool erfordert einen enorm hohen Betreuungs- und demnach Kostenaufwand. Prinzipiell müsste permanent ein Redakteur das Tool betreuen (Vermeidung von Shitstorm). Das wird vorerst nicht leistbar sein.“ [BBo_11](#)

„Die Verwaltung wird erst einmal immer dagegen sein, weil es Mehrarbeit ist. Es stört den bisherigen Rhythmus der Arbeit und es fordert ein anderes Denken und Herangehen. Also die Verwaltung an sich wird die Bewegung vermeiden. Na klar haben die Vorteile, weil sie tatsächlich nicht nur aus eigener Erfahrung und Anschauung vermuten, was gut und richtig ist, sondern man könnte sich eine Basis dafür schaffen. Aber eine Verwaltung wird immer eher bremsen. Es ist ein starres System.“ [BBo_017](#)

... für die gesellschaftliche Akzeptanz

„Ob das dann auch so angenommen wird, muss man abwarten.“ [BBo_005](#)

„Ich kann mir allerdings vorstellen, dass wir da eine Übergangsphase haben, in meiner Generation, die in der Wendezeit um die Zwanzig war und dann den Computer kennen gelernt hat und für die das alles mittlerweile selbstverständlich ist, während meine Elterngeneration damit überhaupt nichts anfangen kann. Und dazwischen die Generation, die ist so eine Übergangsphase.“ [BBo_006](#)

„Aber ich sehe nicht so diese Akzeptanz der Menschen draußen. Also, dass die das so auch nutzen würden. Ja, dieses Online ...“ [BBo_014](#)

„Aber der Knackpunkt ist insgesamt bei der Frage von Bürgerbeteiligung, wen erreicht sie, wer macht mit. Das heißt, die kritische Masse für eine Bürgerbeteiligung ist sicherlich eine der entscheidenden Fragen. Wenn am Ende ein Instrument geschaffen wird, das dann ohnehin nur die nutzen, die auch ansonsten bei Diskussionen beteiligt sind.“ [BBo_010](#)

... für die politische Akzeptanz

„Wir machen das ehrenamtlich, wir opfern einen Teil unserer Freizeit, indem wir zu Sitzungen fahren. Da kriegen wir zwar eine Entschädigung dafür, aber verbringen etliche Stunden in Ausschüssen, in Kreistagssitzungen, haben vorbereitende Fraktionssitzungen. Wenn man dann noch ein Amt ausübt,

wie ich [in einer Führungsposition], kommt massiv Arbeit dazu. Das ist alles ehrenamtlich. Und wenn das also dadurch ausgehöhlt wird, indem einige Leute zufrieden und satt vorm Computer sitzen und dann uns Themen vorgeben über die wir diskutieren und sich beteiligen und so weiter, also, das ist dann irgendwie, für mich ist das der falsche Weg.“ BBo_002

„Das ist ein Risiko, aber ich denke, dann brauche ich nicht in die Politik gehen und nach Kompromissen und Entscheidungen zu suchen und mitzuwirken, wenn ich damit nicht leben will. Insofern... ja, Risiko ist ja auch immer, wenn etwas anderes rauskommt, als wofür man sich angestrengt hat. Also das Gegenteil von Erfolg.“ BBo_003

„Ich gehe prinzipiell nur so ran, was ist nachhaltig. Das versuch ich in meinem Gemeinderat und auch im Landkreis. Aber dort sind wir 94 Kreisräte und die müssen Sie erst mal überzeugen.“ BBo_007

„Die Resonanz eines solchen Formats steigt natürlich auch mit dem Vertrauen, einmal in das Format als solches und in die Bereitschaft, dass Bürgerbeteiligung wirklich ernst genommen wird und auch Sinn macht. Ja. Und wenn man so was jetzt anfängt, das war uns auch von Anfang an klar und es war ja gar nicht sicher, ob es überhaupt funktioniert. Und das muss man alles wissen. Das ist auch was, was ich den eher konservativen und da reservierten Kreisräten sagen würde. Wenn man versucht, das Thema "Bürgerbeteiligung" aus der Welt zu schaffen indem man organisatorische Probleme kritisiert im Sinne "Bürgerbeteiligung macht keinen Sinn", dann muss man sich unterstellen lassen, dass man das eigentlich nicht will.“ BBo-009

Datenmissbrauch

„Ist das Internet auch sicher, das muss man ja auch sehen. Sind die Meinungen dann auch wieder manipulierbar, weil da irgendwelche Hacker drinnen rumsurfen, das kann ich nicht einschätzen, da bin ich nicht der Fachmann für.“ BBo_005

„Das ist das zweite Risiko, das ich sehe: Dass dieses ganze Kapitel Datenmissbrauch sich hier abspielen kann. Also das geht los von NSA bis zu dem, dass man sicherlich in solchen technischen Verfahren Missbrauch eben immer auch möglich macht. Angenommen, ich habe eine Thema, und dann find' ich Möglichkeiten der Manipulation, um zu erreichen, dass dieses Thema möglichst weit hoch kommt oder dass die notwendigen Quoren erreicht werden, damit der Kreistag sich damit beschäftigt.“ BBo_006

„Die Frage des Missbrauchs: Flashmobs oder Ähnliches. Die halte ich für überhaupt nicht ausschließbar. Und ich sehe darin den Rückgang der möglichen Freude an politischer Diskussionskultur. Es ist eine andere Form der Diskussion.“ BBo_008

„Meine persönliche Meinung zum Thema Datenschutz – ich muss halt irgendwo einen Mittelweg finden. Ansonsten ist der Datenschutz ein per se Totschlagargument. Damit könnte ich jegliche Bewegung verhindern.“ BBo_010

Soziale Chancengleichheit

„Ich wage es, zu bezweifeln, dass sich wirklich alle gesellschaftlichen Gruppen dort einbringen. Egal, wie niederschwellig der Zugang zu dieser Plattform sein sollte.“ BBo_014

„Soziale Chancengleichheit bedeutet ja, wenn ich das erreichen will, das es jetzt noch nicht gegeben ist. Dann soll mir erst einmal jemand sagen, dass es Leute, Personengruppen gibt, die davon ausgenommen sind. Also ich sehe das nicht so. Wer will, kann sich eigentlich beteiligen. Ob mehr oder weniger.“ BBo_002

„Es gibt Leute, die sind ausgegrenzt, weil sie keinen Computer haben oder weil sie sich nicht damit beschäftigen wollen [...]. Die ältere Generation, die sagt, damit fang ich gar nicht mehr an. Ist das dann eine repräsentative Art und Weise, sind dann die Interessenslagen derer vertreten?“ BBo_007

„Wie gesagt, das ist schwierig. Unser Landkreis wird ja älter. Die Bürgerbeteiligung mittels solcher Plattformen werden wahrscheinlich eher von jüngeren Leuten genutzt. Also grenze ich da ja schon einmal, naja ich grenze nicht aus, aber ich erreiche bestimmte Gruppen nicht. Das ist schwierig.“ BBo_015

Medienkompetenz

„Ich denke, es gibt auch eine Informationspflicht für den Einzelnen. Wenn er es verstehen will, selbstverständlich, dann muss er sich aber selber auf das Niveau hochbringen. Das kann kein Dritter tun, das geht nicht. Und das kann eben die Schule auch nicht vermitteln.“ **BBö_008**

„Auf alle Fälle. Keine Frage, dass es ein Lernprozess ist. Aber ich weiß nicht, ob man des Lernens dann irgendwann mal müde wird und sagt "es bringt eh nichts und gut ist". Also die Gefahr ist ganz, ganz groß. Man muss es immer wieder [...]. Also die Leute immer wieder neu motivieren. Beteiligt euch, macht mit.“ **BBö_014**

Manipulationsgefahr

„Also die Gefahr sehe ich, dass es missbraucht wird. Dass insbesondere von denen, die es nicht wollen, dann gesagt wird, das ist getürkt oder das ist gefälscht.“ **BBö_002**

„Angst hätte ich jetzt keine, es ist natürlich dann die Frage, dass man dann natürlich auch mit irgendwelchen populistischen Themen umgehen muss oder dass man dann auch erklären muss, dass man nicht zuständig ist. Und das kommt in der Regel auch nicht so gut an.“ **BBö_004**

„Man muss immer im Blick haben, dass sich auch diejenigen an Beteiligungsverfahren beteiligen, die ein eigenes Interesse haben, das nicht nur allgemeinwohlgeleitet ist. Das finde ich aber nicht kritisch. Ich finde, das muss man nur wissen. Dann kann man das auch einordnen.“ **BBö_006**

„Ja, ich sehe Missbrauch, wenn es dazu kommt, dass Minderheiten Mehrheitsentscheidungen treffen.“ **BBö_012**

„Man muss schon genau gucken, ob es wirklich eine Beteiligung der Bürger ist oder ob dieses Instrument von einigen Wenigen gekapert wird, um die Interessen ihrer Politik durchzusetzen. Das ist die Gefahr bei so etwas immer.“ **BBö_017**

5.4 Handlungsempfehlungen

- ➔ **Online-Beteiligungsplattform als Ergänzung zu bisherigen Beteiligungsinstrumenten verstehen**, die in einem umfassenden Bürgerbeteiligungskonzept gebündelt werden sollten.
- ➔ **Keine 1:1 Übertragung bestehender Formate**, sondern Anpassung an die regionalen Voraussetzungen und Besonderheiten unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Regionen.
- ➔ **Regeln zu Kontinuität und Verbindlichkeiten für Online-Bürgerbeteiligung auf Kreisebene festlegen**: politische Legitimation, definierter rechtlicher Rahmen, berechenbare Strukturen, transparente Handlungsfolgen, u.a.m.
- ➔ **Multiplikatoren für online- wie offline Bürgerbeteiligungsverfahren in verschiedenen gesellschaftlichen Schlüsselpositionen gewinnen**, um ein breites Beteiligungsnetzwerk und somit eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz und öffentliche Nutzung zu fördern.
- ➔ **Zielgruppenspezifische Qualifizierungsangebote für alle Beteiligten schaffen**, um sicherzustellen, dass BürgerInnen unterschiedlicher Altersgruppen, sozialer Milieus, technischer Grundlagenkenntnisse usw. wie PolitikerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen über die erforderlichen methodischen, kommunikativen, organisatorischen und sachbezogenen Kompetenzen für die Teilnahme am Partizipationsvorhaben verfügen.

6 Schlussfolgerungen für den Landkreis Görlitz

6.1 Allgemein

Der Landkreis und seine Kommunen brauchen engagierte BürgerInnen, um den gesellschaftlichen und strukturellen Wandel tragfähig zu gestalten. Mit seinen Überlegungen zu Aspekten erweiterter Informations- und Beteiligungsformate für BürgerInnen im Hinblick auf eine digitalisierte Gesellschaft liegt der Landkreis Görlitz im Trend der Zeit. Unter Rückgriff auf Erfahrungen anderer Regionen sowie unterschiedlichster Beteiligungsmodelle gilt es jetzt für den Landkreis, einen eigenen Weg zu beschreiten. Hierbei sollten der Landkreis und seine Kommunen an einem Strang ziehen und das Thema Bürgerbeteiligung zu einem gemeinsamen Zukunftsthema machen. Denn auch Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement sind zentrale Schlüsselinstrumente zur Sicherung der Daseinsvorsorge, vor allem im ländlichen Raum. Die Aktivierung des Bürgerengagements, die Etablierung einer Beteiligungskultur und damit einhergehend die strukturelle Schaffung einer kontinuierlichen Infrastruktur für Informations- und Kommunikationsprozesse zwischen BürgerInnen, VolksvertreterInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen sind wesentliche Erfolgsfaktoren für die Meisterung der Zukunftsherausforderungen, mit denen der Landkreis Görlitz in den nächsten Dekaden konfrontiert werden wird. Erforderlich hierfür ist ein echter und nachhaltiger politischer Wille zu einem langfristigen Lernprozess, welcher Zeit, Geduld, Geld und weitere Ressourcen beansprucht.

6.2 Bürgerbeteiligung und -information auf Landkreisebene

Bürgerbeteiligung ist Teil einer Mitmach- und Engagementkultur, die wichtig ist für die Zukunft eines demokratischen Gemeinwesens in den Regionen. Dabei ist Online-Bürgerbeteiligung nur ein kleines Segment, eine von vielen Möglichkeiten, Menschen einzubinden und mitwirken zu lassen. Erforderlich ist eine Strategie, in der die Politik, die Verwaltung, die BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen AkteureInnen eingebettet und miteinander verzahnt sind.

Die Landkreisverwaltung kann bereits auf verschiedene Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsprozessen zurückblicken. Zu nennen ist hier bspw. die erfolgreiche Einbindung von BürgerInnen in die Strategiearbeit des Landkreises. Über 1.000 BürgerInnen beteiligten sich 2011 bei einer Umfrage, anhand derer strategische Entwicklungsziele für den Landkreis herausgefiltert worden sind. Die interkommunale Zusammenarbeit und Kooperation, das bürgerschaftliche Engagement, die Identifikation mit dem Lebensraum und die Willkommenskultur stellen vier der insgesamt 17 strategischen Schwerpunkte der Kreisentwicklung dar, die sich aus diesem intensiven Bürgerbeteiligungsprozess ergeben haben. Bereits hier bediente sich die Landkreisverwaltung einer Mischform aus Offline- und Online-Beteiligung. Im Landkreisjournal wurde der Fragebogen veröffentlicht und konnte postalisch an das Landratsamt gesandt werden. Die andere Möglichkeit bestand in der Teilnahme an der Online-Befragung.³⁷

Eine weitere reine Online-Befragung war die Erfassung der Funklöcher (Mobilfunk) im Landkreis. Hierbei wurde die Ergebnisdarstellung erst durch die aktive Einbindung der Betroffenen auf breiter Basis (2.000 Meldungen) möglich.³⁸ Ähnlich gute Erfahrungen machte die Landkreisverwaltung mit thematisch begrenzten Beteiligungsaufrufen. So war es bisher bspw. möglich, Stellungnahmen und persönliche Positionen zum Landesentwicklungsplan,³⁹ zur Radverkehrskonzeption⁴⁰ oder zur Verkehrsnetzplanung⁴¹ zu formulieren. Zudem stellt sich der Landkreis

³⁷ Weitere Informationen unter <http://strategie-lkgr.de/>, Stand 28.05.2014

³⁸ Weiter Informationen unter <http://mobilfunk.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014

³⁹ <http://lep.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014

⁴⁰ <http://rvk.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014

⁴¹ <http://lvp.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014

auch themenorientierten Problemlagen, wie z.B. der „Blualgen-Problematik“ der Talsperre Quitzdorf. Im Rahmen eines Bürgerforums und mehrerer Informationsveranstaltungen konnte über das Thema informiert und Fragen im Dialog beantwortet werden. Dies wurde öffentlich online begleitet.⁴² Grundlage für solche Beteiligungsformate ist eine transparente Informationsphilosophie. Online-Beteiligung wäre dann ein ergänzendes Instrument, wenn sie auf einer durchgängigen und allen zugänglichen Informationsbasis aufbaut.

In der Pflicht ist hier aber nicht nur die Verwaltung, sondern sind auch die politischen MandatsträgerInnen. Neben einem umfassenden Kreistagsinformationssystem, das über die Arbeit des Kreistages informiert sowie Anfragen, Vorlagen und Beschlüsse veröffentlicht, sind die einzelnen Fraktionen und Gruppen des Kreistages zu besserer Transparenz durch mehr Information angehalten. Im Folgenden ist anhand ausgewählter Kriterien ein Überblick über die derzeitige Informationsbasis der Kreistagsfraktionen und -gruppen im Landkreis Görlitz zusammengefasst⁴³:

LK Görlitz	Internet- auftritt Zugang		Informationen über Kreisräte ✓ namentlich genannt ✓✓ namentlich mit Kontakt Daten genannt ✓✓✓ namentlich mit Kontakt Daten u. Foto genannt	Informationen über Kreistagsarbeit (✓ – ja)		
	für Bürger	für Kreis- räte		keine eigenen Anfragen, Redebeiträge oder Anträge eingestellt -	eigene Anträge, Redebeiträge oder Anfragen eingestellt ✓✓✓	Infos über die Kreistags- arbeit allgemein
CDU- Fraktion	✓	-	✓(✓)✓ Foto, Geburtsdatum, allgemeine Kontaktadresse	- wenig Infos aus der Kreistagsarbeit, http://www.cdu-kreistagsfraktion-goerlitz.de	-	-
Fraktion Die LINKE	✓	✓	✓(✓)✓ gute Vorstellung mit Bildern, aber tw. unvollständige einzelne Kontaktdaten,	✓✓✓ aktuell und umfangreich, http://www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de/kreistag/berichte/	✓	✓
Fraktion Freie Wähler	✓	✓	✓(✓)✓ Vorstellung mit Bildern, Kontakt Daten zu den einzelnen Kreisräten tw. über Publikationen	✓✓✓ aktuell und umfangreich www.fw-kreistag-goerlitz.de	✓	✓
SPD- Fraktion	✓	-	✓ nur namentliche Nennung, Kontaktadresse über das Regionalbüro in Görlitz	- aktuelle Termine zum Wahlkampf, http://www.spd-neisse.de/index.php?mod=content&menu=5&page_id=1693	-	-
FDP- Fraktion	✓	✓	✓ namentliche Nennung, nur teilweise Bilder und direkte Kontakt Daten	- aktuell, Termine zum Wahlkampf http://www.fdp-goerlitz.info/fraktion_kreistag.php	-	-
Gruppe NPD	✓ eingeschränkt	-	-	- keine Infos zum Thema Kreistag Görlitz www.npd-goerlitz.de	-	-
Gruppe Bd. 90 / Grüne	✓	✓	✓(-)✓ Fotos und Beschreibungen, keine individuelle Kontakt Daten	- aktuell, umfangreiche Infos www.gruene-goerlitz.de	(✓)	(✓)
Wähler- gemein- schaft KJiK	✓	-	✓-✓ nur für Wahlvorschläge	- http://www.kjik.de/	-	-
Gruppe DSU	✓	✓	✓(✓)✓ Fotos sowohl Gruppe als auch einmal individuell, keine individuellen Kontakt Daten	- http://dsu-kreistag-goerlitz.npage.de/index.html	-	-

⁴² <http://tsq.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014

⁴³ Stand 21.05.2014

Die Informationsbasis der einzelnen Fraktionen und Gruppen des Kreistages des Landkreises Görlitz ist derzeit sehr unterschiedlich. Empfohlen wird die Einführung eines öffentlichen und grundlegend informierenden Kreistagsinformationssystems für den gesamten Kreistag. Die folgende Tabelle zeigt, inwieweit die anderen Landkreise in Sachsen bereits über ein umfassendes und öffentlich zugängliches Kreistagsinformationssystem verfügen⁴⁴.

Landkreise Freistaat Sachsen	Kreistags- informations- system		Informationen über Kreisträte ✓ namentlich genannt ✓✓ namentlich mit Kontakt Daten genannt ✓✓✓ namentlich mit Kontakt Daten u. Foto genannt	Veröffentlichung von (x – ja)		
	Zugang für Bürger	Zugang für Kreisträte		Tagesord- nung der Kreistags- sitzung	Vorlagen	Beschlüssen
Bautzen	✓	✓	✓✓ http://www.landkreis-bautzen.de/4463.html	✓	✓	✓
Erzgebirgs- kreis	✓	✓	✓✓✓ (nicht vollständig) http://www.ris-erzgebirgskreis.de/	✓	✓	✓
Görlitz	-	-	✓ (tw. mit Bild) http://kreistag.landkreis.gr/	✓	-	-
Leipzig	✓	✓	✓ http://www.landkreisleipzig.de/kreistag.html / http://www.lk-l.info/	x (mit An- meldung)	x (mit An- meldung)	x (mit Anmeldung)
Meißen	✓	✓	✓✓ http://www.kreis-meissen.org/72.html • Gruppenfoto aller Kreistagsmitglieder • pdf Dok. mit den Infos zu den Fraktionen und den Gruppierungen ohne Kontakt Daten und Fotos • Link zu den Homepages der Fraktionen • Ratsinformationssystem als Datenbank https://ira-meissen.more-rubin1.de/recherche.php	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit Anmeldung)
Mittelsachsen	✓	✓	✓✓ • Vorstellung der Kreisträte mit Foto, Text, aber ohne Kontakt Daten (pdf Dok.) http://landkreis-mittelsachsen.de/1764.html	-	-	✓
Nordsachsen	✓	✓	✓✓✓ http://info.landkreis-nordsachsen.de/sessionnet/bi/info/bi.php (Bürgerinformationssystem)	✓	✓	✓
Sächsische Schweiz- Osterz- gebirge	✓	✓	✓✓✓ http://www.landratsamt-pirna.de/kreistag.html https://landratsamt-pirna.more-rubin1.de/ (Bürger- und Ratsinfosystem)	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit An- meldung)	✓ (mit Anmeldung)
Vogtlandkreis	-	-	✓ nur Auflistung der Namen mit E- Mail Kontakt http://www.vogtlandkreis.de/shownews.php?id=2256	-	-	-
Zwickau	-	-	✓✓ • nur Auflistung der Namen und Fotos, keine individuellen Kontakt Daten, nur über Fraktionen bzw. Gruppierungen www.landkreis-zwickau.de/5598.html	✓	-	✓

⁴⁴ Stand 21.05.2014

6.3 Interviewaussagen: Umsetzungserfordernisse für den Landkreis Görlitz

In fast allen Interviews wiesen die Befragten auf entscheidende Umsetzungserfordernisse hinsichtlich der strukturellen Anbindungsmöglichkeiten, der technischen Realisierung sowie der Akzeptanzgewinnung auf politischer, administrativer und gesellschaftlicher Ebene für die Einführung eines Online-Beteiligungsformates hin. Die hier aufgeführten und mit Zitaten der InterviewpartnerInnen hinterlegten Umsetzungserfordernisse sind als Schlussfolgerungen für den Landkreis Görlitz zu verstehen, die es in einem weiteren Schritt ermöglichen, konkrete Handlungsmaßnahmen für „mehr“ (auch online-gestützte) Bürgerbeteiligung zu entwickeln:

Verfahren für „mehr“ Bürgerbeteiligung initiieren!

„Nicht die Suche nach einem Verfahren, was der Landkreis so bald wie möglich einsetzt, sondern eine ernsthafte Diskussion über das, was ist Bürgerbeteiligung eigentlich, was kann es uns bringen, ist wichtig, weil ohne die Überzeugung, dass uns das weiterbringt, wird das nicht funktionieren. Es muss wirklich von allen Seiten aktiv als ein Instrument angesehen und genutzt werden, von dem man überzeugt ist, dass es zu besseren Entscheidungen führt.“ BBo_009

„Ein Online-Beteiligungstool kann nur ein Baustein in einem Gesamtkonzept für Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz sein, wobei die Qualifizierung der Bürger notwendig ist, um das demokratische Verständnis zu stärken und die Nutzung der Instrumente der Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Dafür sollten die bisherigen Instrumente stärker bekannt gemacht werden. Über einen Pilotversuch [einer Online-Plattform] in Kooperation mit einzelnen Gemeinden könnte und sollte man nachdenken, zu welchen Themen aber, ist dann entscheidend für die Mitwirkung und Beteiligung der Bürger.“ BBo_011

„Nur Online-Beteiligung ist eindeutig zu einseitig. Es [Bürgerbeteiligung] muss auf mehrere Plattformen gestellt werden, es muss mehrere Möglichkeiten [zur Beteiligung] geben, von der Anwohnerversammlung bis hin zur schriftlichen Meinungsäußerung über Brief und natürlich die Online-Plattform. Das muss ordentlich ausgewertet werden, denke, dann kann man einen einigermaßen vernünftigen Querschnitt erreichen, wenn sich die Bürger daran beteiligen.“ BBo_005

„Also Bürgerbeteiligung um der Bürgerbeteiligung wegen, so dem Aktionismus nach, halte ich für nicht sinnvoll, sondern entweder als dauerhaften Prozess oder mit Themenschwerpunkten angelegt.“ BBo_017

„Ich denke, man sollte Ziele und Inhalte bestimmen. Da ist erst einmal die Frage, was will ich damit? Und dann Stück für Stück, weil man im konkreten Kontext eher mal eine Rückkopplung hat, wo man sagt, welche Themen sind denn überhaupt dafür geeignet? Wenn man das jetzt ganz groß aufzieht, befürchte ich, dass das Scheitern vorprogrammiert ist. Weil es entweder von Aktionisten besetzt wird, bei den Bürgern gar nicht ankommt oder es schwierig wird, für diese Größe des Kreises Themen zu finden, die alle bewegen.“ BBo_017

„Es würde sicher helfen, wenn der Landkreis einen ähnlichen Weg [wie Görlitz bei der Bürgerbeteiligung] geht. Denn es sind dieselben Menschen, um die es geht. Und wenn deutlich wird, hier scheint es doch einen politischen Aufbruch zu geben, mehr gemeinsam mit den Bürgern zu machen, das kann doch beiden Seiten nur helfen.“ BBo_009

Rahmenbedingungen schaffen und Ressourcen zur Verfügung stellen!

„Naja, das ist erst einmal wieder Beschäftigung. Also wenn die administrative Ebene das gestaltet, ist es wieder Zeit, die eingeplant werden muss, um diesen Prozess zu gestalten und umzusetzen. Und die haben dann eben weniger Zeit für ihre eigenen Aufgaben. Das ist eine freiwillige Leistung, die man wollen muss. Und es braucht jemanden der sozusagen Kommunikation ermöglicht bzw. versucht, Kommunikation zu ermöglichen. Das wird aber schwierig zu kommunizieren sein, denn das ist ein sehr mühsames Geschäft und kostet Geld. In Zeiten von knappen Haushaltskassen muss man sehen, wo die Reise hingehet. Aber prinzipiell sollten solche Geschichten zum Kreistag marschieren, es ist nicht die Aufgabe der Verwaltung.“ BBo_012

„Man müsste es wirklich versuchen. Aber dann wäre meine Herangehensweise, dass man es auf einen bestimmten Themenkreis reduziert, erst einmal so eine Startversion macht und dann so eine kritische Nachlese oder Begleitung macht, um zu gucken, entspricht der betriebene Aufwand (es kostet ja auch alles Geld, eine Software muss da sein, installiert und betreut werden) auch wirklich dem erzielten Effekt.“ BBo_018

„Das weiß natürlich der Bürger nicht. Irgendwelche Planungsverfahren, wer hat die Hoheit darüber? Errichtung von Windparks, neues Straßenkreuz, das gebaut werden soll, und wir sind aus ökologischen oder landschaftsgestalterischen Gründen dagegen [...]. Insofern würde es schon sinnvoll sein, wenn man so eine die gemeindliche Ebene des Kreises mit einbeziehende Form der Bürgerbeteiligung macht. Wo am Ende jemand sitzt und sagt, wissen Sie was, wir haben das jetzt mal an die Stadt weitergegeben, weil das in diesem Zuständigkeitsbereich liegt. Oder aber eben an den Landkreis, weil der dafür zuständig ist.“ BBo_018

Technische Voraussetzung schaffen und Moderation gewährleisten!

„Ich denke auch, dass man einen Schritt nach dem anderen gehen sollte. Und bevor wir jetzt Schritt 3 machen, Online-Beteiligung zu erzeugen, sollte tatsächlich erst mal der Schritt 1 gemacht werden: Das Breitband-Internet zu etablieren. [...] Und wenn das die private Industrie nicht schafft, also die Telekom sich da bitten und betteln lässt, dann muss eben die öffentliche Hand eingreifen. [...] Denn für mich ist Breitband-Internet auch eine Frage, wie man an Informationen gelangt. Wenn ich wo sitze mit einem Modem und eine Nachrichten-Seite eine halbe Stunde braucht, eh sie sich aufbaut, sterbe ich dabei ab. Also ist eine Sache, dass man sich Informationen ziehen kann, das interessiert den Bürger. Und wenn man das nicht kann, wenn man das gar nicht hat, dann läuft auch diese Beteiligung ins Leere.“ BBo_002

„Wichtig wäre es, den Zugang, vielleicht auch über öffentliche Stellen, zu ermöglichen.“ BBo_005

„Dann braucht es noch ein deutliches Controlling, aus meiner Sicht in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit und Wirksamkeit. Also dass man immer wieder überprüft, macht das Sinn, beteiligen sich die Leute, wie kann man das besser umsetzen.“ BBo_06

„Ich mach mal ein Beispiel, denn man könnte das ja provozieren. Wir haben ein Liquid Feedback und ich stelle die Idee rein, egal ob das gesetzlich möglich ist [...] es bräuchte also zumindest eine Instanz, die erst mal darüber entscheidet, ob das freigeschaltet werden kann oder nicht, weil es bspw. gegen Gesetze verstößt.“ BBo_006

Verwaltung: Akzeptanz fördern und Qualifizierung garantieren!

„Wenn es ein echtes Bürgerbeteiligungsverfahren ist, dann hat der Landkreis oder so noch keine Position, dann ist auch die Neutralität gewahrt und dann ist die Verwaltung auch die richtige Ebene, also die Ebene, die das in Gang bringt. [...] Ich kann's aber nicht machen gegen den Willen einer Verwaltung, ich kann auch nicht als Kreistag beschließen, setzt das ein, und die sagen, ne wir wollen eigentlich, aber jetzt hat der Kreistag das beschlossen, jetzt müssen wir es machen. Es braucht auch einen gewissen Grad an Begeisterung beim Landrat, der muss schon davon überzeugt sein. In Friesland ist das ja auch der Fall.“ BBo_006

„Also rein persönlich würde ich sagen, müsste man das immer ad hoc entscheiden. Ist das jetzt etwas? Wie weit geht man jetzt? Das ist natürlich schwierig, wenn man in einer formalen Situation wie in einer Verwaltung ist, da kann ich nicht ad hoc entscheiden. Da muss ich einen Rahmen vorgeben.“ BBo_012

„Und was ich für wichtig halte, die [BürgerInnen] müssen eine Rückmeldung kriegen, also es darf nicht einseitig sein. Die wollen eine Antwort haben – ist das berücksichtigt worden oder nicht, warum ist es nicht berücksichtigt?“ BBo_008

„Die ist für Verwaltung extrem lästig und aufwendig. Das ist ohne Frage der Fall, weil das ist ein großer Arbeitsaufwand, der dahinter steht. Der ist überhaupt nicht zu unterschätzen. Es fängt schon damit an, Informationen so bereitzustellen, dass die Bürger sich nicht 100 Seiten am Wochenende und in ihrer Freizeit durchlesen müssen. Also die Informationen so bereitzustellen, dass sie mit überschaubarem Aufwand auch eben rezipiert werden können. Da fängt es an. Und da geht es weiter

in der Organisation von Veranstaltungen, in der Auswertung, auch im Feedback nachher, was ist mit den Ergebnissen, was waren die Ergebnisse, wie bewertet man sie, welchen Charakter haben sie, wie ist man damit umgegangen. Dass also auch deutlich wird, hier hat es eine Veranstaltung gegeben, Verwaltung hat informiert, Bürger haben was dazu gesagt. Also frage wirklich, was geschieht damit, das ist eine ganz wesentliche Voraussetzung, damit Bürger überhaupt bereit sind, sich kontinuierlich zu beteiligen.“ BBo_009

Gesellschaftliche Akzeptanz: den langfristigen Prozess begleiten und Vertrauen durch Qualität bilden!

„Das wird wachsen.“ BBo_013

„Das ist ein langwieriger Prozess. Da reden wir nicht über eine Zeitspanne von einem Jahr oder zwei, sondern das ist eine Aufgabe für eine ganze Generation.“ BBo_010

„Was ich mir darüber hinaus noch wünschen würde, wenn es praktisch möglich wäre und das dann auch jemand begleitet. Denn das muss auch fachlich begleitet werden, sonst wird diese Seite eine Ruine und schafft eher eine Negativwirkung, also wenn ein Impuls gegeben wird, wenn ein Input kommt, dann muss es auch ein Feedback geben, es muss eine Resonanz geben.“ BBo_016

„Dann müsste ja jederzeit der Nachweis erbracht werden, wie das gelaufen ist. Also man kommt immer in diese Beweislast rein, ob das dann wirklich so gewesen ist. Weil das Misstrauen ist ja gewachsen in den letzten Jahren gegenüber solchen Sachen. Und wird es immer mehr Leute geben, die sagen, ist das so, stimmen jetzt die Zahlen, wer ist hier beteiligt?“ BBo_002

„Und Sie müssen das auch in der Bevölkerung verwirklichen, dass die das gut finden, da könnte man auch mal irgendwas initiieren, um herauszufinden, ob das die Bevölkerung überhaupt will, ob die das gut finden. Damit ist die Legitimation auch viel größer, zu sagen, ok, ja, die Bevölkerung will das auch. Das ist nicht so, dass die sagen, ach lass' die Politiker da mal entscheiden, die entscheiden ja immer gut und es ist alles richtig, was die tun. Könnte ja sein, es kommt zu so einem Ergebnis. Dann brauchen Sie den Aufwand vielleicht nicht zu betreiben.“ BBo_016

Formulierung eines klaren politischen Bekenntnisses!

„Was es braucht, ist eigentlich mehr als ein knappe Mehrheit im Kreistag, die die Verwaltung damit beauftragt, das umzusetzen. Es braucht eigentlich ein gemeinsames Vorgehen von Verwaltung und Kreistag, um gesellschaftliche Akzeptanz zu symbolisieren oder zu präsentieren.[...] Das heißt, dass ist auch eine Entscheidung für die Zukunft, weil die mit uns und nach uns kommen, haben damit überhaupt kein Problem. Die brauchen so was sogar. Die verstehen Bürgerbeteiligung dann auch besser, wenn sie so etwas zur Verfügung haben.“ BBo_06

„Das sind wiederum die Bürgermeister vor allen Dingen, gewählte Vertretungen, z.T. auch die Verwaltung, aber wie gesagt, die Verwaltung muss gesagt bekommen, dass sie das machen soll, vom Landrat, Bürgermeister oder wie auch immer.“ BBo_012

„Ich denke mal auch, dass es in der Verantwortung der Politik, der einzelnen Fraktionen ist, sich eben mit diesen Interessenvertretern stärker auch zur Gestaltung ihres eigenen politischen Handlungsrahmens auseinanderzusetzen. Da ist noch eine ganze Menge zu tun.“ BBo_018

Informationen zugänglich machen und Datenschutz garantieren!

„Da haben wir die Technik vom Bürger aus gesehen, die Technik von uns aus gesehen. Frage: Da werden ja Meinungen vertreten. Was passiert mit den Daten, wer speichert sie, wer hat Zugriff, wer verarbeitet sie? Wie vertrauensvoll ist das Ganze? Dinge, die zu bedenken sind.“ BBo_016

„Meine persönliche Meinung zum Thema Datenschutz – ich muss halt irgendwo einen Mittelweg finden. Ansonsten ist der Datenschutz ein per se Totschlagargument. Damit könnte ich jegliche Bewegung verhindern. Es hat ja seine Berechtigung, dass ich in so einem System einen Zugang beantragen muss mit meinem Namen und tatsächlichen Klar-Daten. So, dass auch gesichert ist,

dieses System wird jetzt nicht missbraucht. Sondern ich kann das zurückverfolgen. Maxi Müller, Irmchen Schulze aus Niesky haben zu dem und dem Thema abgestimmt und die gibt es auch tatsächlich. Also da sehe ich eher keine Gefahr, wo man abwägen muss zwischen dem Datenschutz der Persönlichkeit und der Frage, dass ich so ein System so gestalte, dass ich keine Schmutzkampagnen darüber laufen lasse, die natürlich eher passieren, wenn ich dann anonymisiert, mit Avatar, verkehre. Dann würde ich mich in der Frage für das System entscheiden, was ja immer noch dem Einzelnen die Möglichkeit lässt, zu sagen, nein, unter den Bedingungen mache ich dort nicht mit. Aber es ist ja bei einem Bürgerentscheid auch nicht anders. Dort muss ich auch mit Adresse und Namen und Unterschrift in ein Rathaus gehen und mich verewigen. Da ist auch rückverfolgbar. Also dort sehe ich eher weniger Gefahren.“ BBo_010

Soziale Chancengleichheit: Zugang für alle sichern!

„Man muss natürlich auch beachten, wer hat alles Zugang zu Internet? Die ältere Bevölkerung, obwohl, die wird auch ganz schön fit in letzter Zeit, aber dass die das auch so nutzen können, dass man eine Chancengleichheit herstellt. Das ist für mich der erste Gedanke, wenn man sagt, man macht das.“ BBo_005

„Soziale Chancengleichheit: Da haben solche elektronischen Verfahren natürlich schon eine Bedeutung. Also Lieschen Müller bekommt vielleicht nicht so schnell beim Landrat oder beim Oberbürgermeister oder beim Bürgermeister einen Termin, um ihre Angelegenheit vorzutragen wie der Geschäftsführer vom ortsansässig größten Unternehmen. Und sie hätte eben dann die Möglichkeit, sich über so eine Ebene in die Kommunikation mit einzuschalten.“ BBo_018

„Man könnte auch die integrierte Sozialplanung des Landkreises dafür nutzen, um solche Beteiligungsverfahren auch denjenigen zur Verfügung zu stellen die a) nicht wissen wie man mit dem Computer umgeht und b) auch gar keinen Computer haben. Also in der allgemeinen integrierten Sozialplanung wird ja Altenhilfe, Jugendhilfe, Psychiatrieplanung und so weiter gemacht. D.h., da geht's auch immer um Anbieter, freie Träger und die müsste man bspw. sensibilisieren oder sogar beauftragen, sich an diesen Prozessen zu beteiligen oder dafür gewinnen.“ BBo_006

„Es gibt keine soziale Chancengleichheit bei der Frage von Beteiligung, sondern es ist immer eine Kompetenzfrage, und das werde ich allein mit dem Instrument natürlich nicht erreichen. Dazu ist es dann tatsächlich nötig, langfristig das Bewusstsein zu verändern, die Handlungskompetenz von Klein auf in dem Bereich zu stärken, das zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen, und die Einführung allein wird nicht ausreichen, das muss flankiert werden mit einer sehr intensiven Öffentlichkeitsarbeit, gerade in der Anfangszeit, um möglichst viele Menschen zu erreichen zu dieser Thematik. [...] Flankieren, um kurzfristig auch die Chancengleichheit zumindest zu erhöhen, muss ich natürlich den Menschen, wo ich glaube, die sind momentan noch überfordert oder benachteiligt, die Möglichkeit geben, das System auch zu nutzen, das heißt Bildungsangebote kreieren, soweit ich weiß, ist das in Friesland versucht worden mit Volkshochschulkursen, die dann nicht stattgefunden haben, weil sich niemand eingeschrieben hat. Das sind ja alles Erfahrungswerte, aus denen man lernen kann. Okay, dann müssen wir andere Wege finden, müssen wir zu den Menschen hingehen und eher mit dezentralen Veranstaltungen beginnen. Wir beginnen bei denen, wo wir glauben, das sind erste Nutzergruppen, die sind generell interessiert an allem, was in unserem Landstrich passiert, die sind politisch aktiv, haben aber möglicherweise bestimmte Hemmschwellen, Ängste, Befürchtungen. Sie sind möglicherweise in der Altersgruppe, wo diese Nutzung des Internets noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Und die versuche ich auch als Multiplikatoren zu nutzen. Das heißt, ein intelligentes System einzurichten, um tatsächlich auch eine Nutzung zu ermöglichen, indem ich das bedienen kann und keine Angst mehr davor habe.“ BBo_010

„Ich denke, man muss es kleinteilig anfangen und nicht, indem man es plakatiert, Apelle loslässt und große Reden hält. Sondern im Kleinen angefangen, den Leuten zeigen, dass ihre Meinung auch ankommt und dass es Wirkung hat. Wenn das glaubhaft ist, dann sind die bereit, auch mehr zu machen. Und da wirkt Mund-zu-Mund-Propaganda. Das ist eine ganz kleinteilige, mühselige Arbeit. Und wenn ich so ein Demokratieverständnis wie hier im Osten ändern will oder eine andere Beteiligung haben will und mehr bürgerschaftliches Engagement, dann reden wir von einer Generationsaufgabe. Da muss ich bei den Kleinen anfangen, im Kindergarten und davor.“ BBo_017

Lernen in einer digitalen Gesellschaft: Demokratie- und Medienkompetenz vermitteln!

„Also Bürgerbeteiligung versteht noch jeder, aber Liquid? Da geht es schon los. Das ist ein völlig sperriger Begriff, unter dem sich niemand etwas vorstellen kann. Es scheitert schon daran, dass niemand weiß, was es ist. Und dann kommt noch hinzu, dass wir eine ältere Bevölkerung haben. Online-Beteiligung ist schon praktisch, aber ich habe so meine Bedenken, dass das überhaupt angenommen wird, weil die nicht wissen, wo es ist, was es ist.“ [BBo_012](#)

„Das bedeutet die Befähigung, das heißt Qualifikation und auch Aktivierung von Bürger. Ihnen müssen deutlich die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wo der Bürger sich beteiligen kann und da haben wir im bisherigen System der Bürgerbeteiligung so viele nicht hinreichend genutzte Möglichkeiten. Wenn wir die erst mal alle nutzen würden, da wäre schon eine ganze Menge getan.“ [BBO_018](#)

„Man hat ja gesagt, das machen nur die Kids und die Jugendlichen. Aber es gibt so viele so genannte Silver Surfer, also auch Ältere, die so Internet-Lehrgänge machen oder sich informieren über kulturelle Angebote oder sowas. Warum dann nicht auch politisch sich beteiligen.“ [BBo_002](#)

„Mitnehmen ist wichtig, aber das kann nur bis zu einer bestimmten Phase sein, dann muss jeder selbständig, in Eigeninitiative, eigenverantwortlich, eigenes Engagement entwickeln, sonst wird es nichts.“ [BBo_005](#)

„An Instrumenten gibt es eine relativ breite Bandbreite. Ich sehe zum einen, dass wir Qualifizierung schaffen müssen – wenn sich jemand mit einmisch, positiv besetzt, dann muss er auch qualifiziert in der Lage dazu sein. Ich glaube, dass wir da Nachholbedarf haben. Da muss man weg von dem Prinzip "Jeder weiß alles". Als Bürger habe ich die Pflicht, mich fit zu machen, um mich einmischen zu können [...], auch wenn ich mir bewusst bin, dass Qualifizierungsangebote im Landkreis geschaffen werden müssen, an Volkshochschulen, Schulen, usw.“ [BBo_011](#)

„Wenn Sie die mündigen Bürger ab 18 nehmen, dann sollten sie auch gleichzeitig schon die Jugendlichen darauf vorbereiten, dass sie in solchen Prozessen nicht außen vor bleiben. Es gibt ja auch die Idee, das Wahlalter zu senken. Warum sollen Kinder und Jugendliche keine Möglichkeiten haben, sich zu äußern? Es gibt ja solche Modellprojekte, wo Kinder so etwas mal tun können. Das kann man vielleicht auch als Idee mit aufnehmen. Und in diesem Prozess kann dann auch der Politiker mal sehen, was denken die Kinder dazu. Als eigene Sparte, oder wie auch immer man das bezeichnen will.“ [BBo_016](#)

Manipulationsgefahr bewusst begegnen!

„Es gibt ja auch Tendenzen, wo die sagen, das ist noch ein Mittel der Meinungsbeeinflussung, der Informationsbeschaffung, der Steuerung. Das ist immer da. Das ist wie mit jeder Maschine. Die Axt können Sie immer zu zweierlei Dingen nehmen. Maschinenstürmermentalität auf hohem Niveau wird es auch immer geben.“ [BBo_017](#)

„Aber lassen wir mal, denen fällt eine Formulierung ein, die irgendwie gesetzlich konform geht, aber die zum Ausdruck bringt, wir wollen einfach keine Fremden hier. Dann hast Du wahrscheinlich in diesem Landkreis eine riesen Beteiligung, weil die alle sagen, jawohl das wollen sie auch. Das ist so, Schneeberg war jetzt gerade noch mal sehr eindrücklich, was dort passiert ist. [...] Damit will ich sagen, man hätte plötzlich ein Mobilisierungsinstrument. Denn es ist ja was anderes, ob wir zur Demo aufrufen oder sagen, wir können mit dem Bürgerbeteiligungsverfahren Einfluss nehmen, wir können den Kreistag zwingen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Da kann man auch wieder sagen, o.k., wenn es die Meinung ist, dann muss sich der Kreistag damit beschäftigen und da eine eindeutige Antwort geben. Dann ist es auch im Sinne der demokratischen Meinungsbildung, dann bin ich eher ein Freund davon. Ich stehe dem gar nicht so ängstlich gegenüber, will damit aber sagen, es sind Gratwanderungen, die passieren. Schlimm wäre, wenn der Kreistag dann sagt, ja wir stimmen dem zu.“ [BBo_006](#)

„Eine Missbrauchsgefahr sehe ich nur bedingt. Demokratie sollte das aushalten. Zu bedenken gibt es jedoch, dass auch, wenn sich die Mandatsträger nicht direkt beteiligen könnten, es für sie ein Leichtes ist, die notwendige Zahl an Menschen zu gewinnen, die sich beteiligen und somit ein Thema besetzen. Hier besteht immer die Gefahr der Instrumentalisierung, der Beeinflussung bestimmter Themen.“ [BBo_11](#)

„Bürgerbeteiligung braucht auch ein Mindestmaß an Verantwortung und einen Blick aufs Gemeinwohl. Bürgerbeteiligung heißt nicht, ich setze meine Interessen durch. [...] Also man muss was haben, was verhindert, dass dort einzelne zu Lasten anderer ihre Interessen durchsetzen bzw. anfangen zu glauben, sie könnten dort ihre Interessen durchsetzen, indem sie anfangen, das als Instrument zu benutzen, um Stimmung zu machen und so weiter. Da müsste man vorbeugen!“ BBo_006

„Wenn jetzt völkerverhetzende Äußerungen gemacht werden, dann steht ja ein Name dahinter und dann rückt eben der Staatsanwalt an oder so. Da sind die sozialen Netzwerke, in denen man sich verstecken kann, sicherlich noch etwas anderes. Aber das ist ja eine klare geradlinige Sache und damit kann man schon leben.“ BBo_013

„Also ein wichtiges Kriterium ist natürlich die Ernsthaftigkeit. Also habe ich jetzt wirklich ein ernsthaftes Anliegen oder nutze ich das dazu, um entweder Schabernack zu betreiben, das Ganze irgendwo ad absurdum zu führen, oder eben – und das wäre für mich ein ganz entscheidendes Kriterium, aber das ist ja irgendwo auch selbstverständlich – dass es Themen sein müssen, die unseren demokratischen Gestaltungsprinzipien entsprechen und eben nicht volksverhetzend und die ganze Litanei sein dürfen. Also dort muss man von vornherein einen Riegel davor schieben, um über solche Plattformen nicht Kräften ein Forum zu geben, um ihr Gedankengut zu verbreiten.“ BBo_018

„Da hängen sich Leute dran, die das dann machen. Das Risiko ist immer da. Aber im technischen System habe ich ja die Möglichkeit, die kommen dann halt in den Spam-Filter, sage ich jetzt einmal verkürzt.“ BBo_017

6.4 Handlungsempfehlungen

- ➔ **Konkreten politischen Willen zu mehr Bürgerbeteiligung auf Kreisebene formulieren.**
- ➔ **Klare Zielstellungen, Themenfelder, Rahmenbedingungen und Grenzen für „mehr“ Bürgerbeteiligung auf Kreisebene bestimmen**, um realisierbare Erwartungen für alle Beteiligten zu ermöglichen.
- ➔ **Beauftragung einer zuständigen Struktureinheit für die Entwicklung eines Bürgerbeteiligungskonzeptes für den Landkreis Görlitz als Querschnittsaufgabe**, welche die regionalen, technischen, sozialen und rechtlichen Voraussetzungen berücksichtigen kann.
- ➔ **„MultiplikatorInnen“ in allen Beteiligungsebenen (Bürgerschaft, Vereine, Institutionen, Politik, Verwaltung) gewinnen**, um alle politischen, administrativen und gesellschaftlichen Ebenen des Landkreises Görlitz bei der Entwicklung eines Konzeptes zu „mehr“ Bürgerbeteiligung integrieren zu können.
- ➔ **Klassifizierung einzelner Zielgruppen für politische Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz** anhand ihrer Interessenslagen, Motivationen, Engagementbereitschaft und gegebenen Voraussetzungen für konkrete Beteiligungsverfahren.
- ➔ **Kooperative Zusammenarbeit mit Kommunen im Landkreis Görlitz**, welche unterschiedliche Bürgerbeteiligungsverfahren bereits entwickeln bzw. umsetzen.
- ➔ **Notwendige finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen**, um Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Vorbereitung, Organisation und Koordination konkreter Umsetzungen von Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene zu ermöglichen.
- ➔ **Erfahrungsaustausch mit anderen Landkreisen hinsichtlich ihrer Entwicklungspraxis zu „mehr Bürgerbeteiligung“ suchen**, bspw. mit dem Landkreis Göppingen, der im November 2013 einstimmig entschieden hat, ein Bürgerbeteiligungskonzept zu entwickeln und dafür eine dauerhafte Arbeitsgruppe einsetzt (bestehend aus BürgerInnen, Kreistagsabgeordneten und VerwaltungsmitarbeiterInnen) sowie ein „BürgerFORUM“ initiiert.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Diefenbach**, I. (2013): „Mehr Bürgerbeteiligung? Eine empirische Studie zur Online-Plattform Liquid Friesland“, Masterarbeit an der Hochschule Emden/Leer.
- Gabriel**, O. W. (2011): Funktionen politischer Beteiligung für das politische System. Verfügbar unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/5963/pdf/gab24.pdf>, [01.09.2013]
- Gräßer**, L./ **Hagedorn**, F. (Hrsg.) (2012): „Soziale und politische Teilhabe im Netz? E-Partizipation als Herausforderung, Schriftenreihe Medienkompetenz des Landes Nordrhein-Westfalen, Marl.
- Habermas**, Jürgen (1990): Faktizität und Geltung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- „**Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen**“ herausgegeben 2012 von der Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 88-102., <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligung>.
- „**Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großprojekten im Verkehrssektor**“ herausgegeben 2012 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, , S. 13, http://www.dialog-waren.de/system/files_force/documents/handbuch-buergerbeteiligung.pdf
- Klatt**, J.: „Parteien sind breiter demokratisch legitimiert als jede Bürgerinitiative“ in: Land in Form. Magazin für ländliche Räume, 3.2013, S. 18-19.
- Kuhn**, F. (2006): „Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten – Erklärungsfaktoren und Instrumente“, Wiesbaden.
- Landkreis Friesland** (2012): Projektbeschreibung: Liquid Friesland. Landkreis Friesland, Jever.
- Landkreis Friesland** (2013/1): LiquidFriesland. Evaluierungsbericht – Juni 2013, S. 6, Download unter <https://www.liquid-friesland.de/>
- Landkreis Friesland** (2013/2): Niederschrift über die 8. - öffentliche - Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am Dienstag, 25. Juni 2013, S. 13, Download unter <http://buergerinfo.friesland.de/getfile.php?id=19699&type=do>, Stand 19.05.2014.
- Lehr**, M.: „Das Baumhaus der Demokratie“ Ein Bericht von der Fachtagung „Repräsentation trifft Beteiligung“ der Heinrich-Böll-Stiftung am 29.11.2013 in Berlin. http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Das_Baumhaus_der_Demokratie.pdf
- „**Leitfaden Bürgerbeteiligung - barrierefrei erfolgreich**“ der Stiftung Digitale Chancen und des Instituts für Informationsmanagement im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bremen, 2011, <http://www.digitale-chancen.de/transfer/downloads/md1005.pdf>
- Martinsen**, R. (2009): Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Marcinkowski, F./Pfetsch, B. (2009): Politik in der Mediendemokratie, PVS Sonderheft 42, Wiesbaden, S. 37-69.
- Müller**, P. (2014): Eine offene Bürgergesellschaft in: Kompetenzzentrum Öffentliche IT, Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS (Hrsg.): Menschen in der digitalen Gesellschaft, S. 6.
- Priddat**, B. P. (2002): eGovernment/eDemocracy: Eine neue Dimension der Gemeinwohlermittlung in der Politik, in: Bluhm H./Münkler H. (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn, Berlin: Akademie Verlag, S. 289-310.
- „**Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen**“ herausgegeben vom Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2012, http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/kindergerechtes-deutschland-brosch_C3_BCcre-qualit_C3_A4tsstandards,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf
- Schaller**, C. (2002): Demokratie ist nicht Demokratie. In: Dachs, H./Fassmann, H.(2002): Politische Bildung. Grundlagen Zugänge-Materialien. öbv& hpt Verlag, Wien, S. 14-21.
- Siebenter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft. Demokratie und Staat“**, Drucksache 17/12290 vom 6.2.2013. S. 9.
- Voss**, K. (Hrsg.) (2014): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden.

Internetquellen

- <https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy/>, Stand 20.05.2014.
- <http://kommunalwiki.boell.de/index.php/LiquidFriesland>, Stand 20.05.2014.
- <http://www.e-demokratie.org/definition/politische-beteiligung/> Stand: 21.5.2014.
- <http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Beteiligungskultur>, Stand: 21.5.2014.
- <http://politik-digital.de/online-buergerbeteiligung-als-wunderwaffe-gegen-politikverdrossenheit/>, Stand 21.05.2014.
- <http://www.initiated21.de/portfolio/nonliner-atlas/>, Stand 20.05.2014.
- <http://tsq.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014.
- <http://strategie-lkgr.de/>, Stand 28.05.2014.
- <http://mobilfunk.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014.
- <http://lep.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014.
- <http://rvk.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014.
- <http://lvp.landkreis.gr/>, Stand 28.05.2014.

Weiterführende Informationen

- Gute **Methodenbeschreibungen** und viele Informationen zu Bürgerengagement und Partizipation von der Stiftung Mitarbeit: www.wegweiser-buergergesellschaft.de.
- Die Bertelsmann Stiftung hat in den letzten Jahren das größte Partizipationsforschungsprojekt der Bundesrepublik namens „**mitWirkung!**“ durchgeführt. Die Forschungsergebnisse, Praxishandbücher und Instrumente für die Selbstevaluation von Partizipationsprojekten sind zu finden unter: www.mitwirkung.net.
- Ein **praxisnahes Handbuch für Bürgerbeteiligungsprozesse auf Landes- und Gemeindeebene** hat das Büro für Zukunftsfragen in Zusammenarbeit mit der Beteiligungsexpertin Dr. Kerstin Arbter und verschiedensten AkteurInnen aus Gemeinden und Land Vorarlberg (Österreich) 2012 erarbeitet:
<http://www.vorarlberg.at/pdf/handbuchbuergerbeteiligun.pdf>.
- Die "Bundesarbeitsgemeinschaft **Politische Bildung** Online" betreibt dieses Portal, um die Web-Angebote der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung zusammenzufassen: www.politische-bildung.net.

Praxisbeispiele aus anderen Landkreisen

Handlungsfeld A: Transparente Arbeit des Kreistags

- Kreis Soest: umfassendes Kreistagsinformationssystem (<https://kreistag.kreis-soest.de/ratsinfo/soestlk.html>)
- Landkreis Starnberg: Wiki (Informationssammlung) (https://wiki.piratenpartei.de/BY:Landkreis_Starnberg/Kreiswiki/Energie)

Handlungsfeld B: Dialog und Beteiligung – Angebote an die BürgerInnen

- Landkreis Göppingen: „BürgerFORUM 2014“ zur Entwicklung eines konkreten Bürgerbeteiligungskonzeptes
http://www.landkreis-goeppingen.de/site/LRA-GP-Internet/get/6299770/PR%C3%84SENTATION_B%C3%BCrgerDIALOG_Konzept-B%C3%BCtgerbeteiligung_140405.pdf
- Landkreis Dithmarschen: Dialog Portal (Kombination der Online-Beteiligung mit herkömmlichen face-to-face Beteiligungsinstrumentarien)
http://www.buerger-forum.info/assets/01_BF2011_Buergerprogramm_Dithmarschen.pdf
- Landkreis Böblingen: Blog
<http://blog.lrab.de/>
- Bodenseekreis: Anliegenmanagement Portal (BürgerInnen können ihre Anregungen, Wünsche und Verbesserungsvorschläge direkt einbringen) www.sags-doch.de

A 2 Tagungsdokumentation

Wandel vor Ort gestalten. Neue Governance-Formen im gesellschaftlichen Transformationsprozess



Bericht über die 7. TRAWOS-Novembertagung am 29.11.2013 in Görlitz

Unter dem Titel „*Wandel vor Ort gestalten. Neue Governance-Formen im gesellschaftlichen Transformationsprozess*“ lud das Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung an der Hochschule Zittau/Görlitz (TRAWOS) zu seiner 7. Novembertagung am 29.11.2013 auf den Hochschulcampus in Görlitz ein.

In diesem Jahr wurde die Veranstaltung in Kooperation mit dem Landkreis Görlitz und dem Bündnis Zukunft Oberlausitz unter der Leitung von Prof. Dr. Raj Kollmorgen (Fakultät Sozialwissenschaften) und Vertretungsprof. Dr. Maik Hosang (Fakultät Management- und Kulturwissenschaften) realisiert. Die Organisation lag in den Händen von Frau Katrin Treffkorn (Dipl.-Kffr.) und Frau Susanne Schwarzbach (MA).

An der Veranstaltung nahmen knapp 100 Gäste teil, die zusammen mit über 10 ReferentInnen in verschiedenen Formaten diskutierten, wie gegenwärtige und zukünftige Wandlungsprozesse angemessen vor Ort gestaltet und gesteuert werden können.

Am Vormittag legten drei Vorträge das Fundament für die weitere Debatte. In ihnen wurden nicht nur Möglichkeiten und Grenzen verschiedener sozialer Koordinations- bzw. Governanceformen in Reform- und gesellschaftlichen Umbruchprozessen thematisiert (Prof. Kollmorgen), sondern auch danach gefragt, welche Subjektivitätsformen heute geeignet erscheinen, um gesellschaftliche Evolutionsprozesse anzuregen und solidarisch zu realisieren (Dr. Hosang). Darüber hinaus beschäftigte sich insbesondere Frau Dr. Heike Walk (TU Berlin) mit den Partizipationschancen in gegenwärtigen Wandlungsprozessen. Sie verwies auf die Notwendigkeit, die pluralen Formen von Partizipation auch seitens der Wissenschaft noch differenzierter zu betrachten und kritisch zu reflektieren, um das zivilgesellschaftliche Potenzial für eine nachhaltige Gesellschaftertransformation sinnvoll zu nutzen. Problematisiert wurde auch, dass allzu oft Mitwirkungskonzepte auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene nur pro forma eingeführt werden oder bestimmte soziale (Protest-)Gruppen anhaltend exkludieren.

Wie sich auf den gesellschaftlichen Funktionsebenen neue Konzepte der Steuerung und Mitwirkung durchsetzen und wie vor allem auf lokaler Ebene Menschen neue Methoden der Beteiligung erproben oder bereits etablieren konnten, wurde am Nachmittag von ReferentInnen in vier themenspezifischen Tischgesprächen vorgestellt und diskutiert.

Tischgespräch 1: Bürgerbeteiligung/Politische Partizipation

Hier stellte der Beauftragte im Landkreis Friesland die weltweit erste Umsetzung eines *Online-Liquid Feedback Systems* als Bürgerbeteiligungsverfahren vor und berichtete über die Erfahrungen mit dem mittlerweile verstetigten Modellversuch. Wie die Stadt Görlitz seine BürgerInnen zukünftig beteiligen will, diskutierte Prof. Dr. Joachim Schulze (Fakultät Sozialwissenschaften) in seinem kurzen Input.

Tischgespräch 2: Selbsttransformation – wie lernen Gesellschaften?

In dieser Runde wurde auf Basis dreier Inputs durch Gäste aus dem Beratungs- und Coachingsektor unter Leitung von Dr. Hosang besprochen, wie ein Perspektivenwechsel in der Zukunftsausrichtung von Einzelnen und Gruppen als Lernprozess gestaltet werden kann.

Tischgespräch 3: Neue Wohn- und Eigentumsformen – Wandel auf dem Wohnungsmarkt

Selbstorganisiert wohnen, solidarisch wirtschaften sind Prinzipien und Praxis neuer kollektiver Wohn-Eigentumsformen und möglicherweise auch eine neue *corporate governance* für hiesige Wohnungsunternehmen wie Michael Stellmacher von der Berater AG aus Leipzig im Gespräch mit Prof. Dr. Stefan Kofner, dem Direktor des TRAWOS-Instituts, diskutierte.

Tischgespräch 4: Lokale Selbstbestimmung – Gemeinwesen organisieren

Alternativen der Organisation von (städtischen und ländlichen) Gemeinwesen in der Governance des postindustriellen Strukturwandels stellten Julia Gabler (FSU Jena/Görlitz) anhand einer Untersuchung zu den Städten Pirmasens (Rheinland-Pfalz) sowie Weißenfels (Sachsen-Anhalt) sowie Dr. Ulrike Schuhmacher (Görlitz) mit Bezug auf das aus Amerika stammende Konzept des *community organizing* in das Zentrum ihrer Kurzvorträge, die im Anschluss lebhaft diskutiert wurden.

Der letzte Teil der Tagung begann mit einem Tagungskommentar von Prof. Dr. Eckehard Binas, dem ehemaligen Leiter der Forschungsgruppe Transformation und Regionalentwicklung an der Hochschule Zittau/Görlitz und heutigen Präsidenten der Fachhochschule Potsdam. Seine Ausführungen zum Zusammenhang zwischen Demokratieabbau und fehlender Handlungssouveränität rundeten die Veranstaltung ab und eröffneten eine intensive Diskussion darüber, ob und wie gemeinsames Wirken unterschiedlichster gesellschaftlicher Ebenen und Beteiligter für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation gelingen kann. Hierbei wurde von TeilnehmerInnen nicht nur das Argument vorgetragen, dass zu einer partizipationsorientierten „*good governance*“ Experimentierbereitschaft und Fehlertoleranz gehören. Es wurde auch diskutiert, ob innovative Formen nicht in Modellregionen (wie etwa der Oberlausitz) erprobt werden müssen, um Nachahmer zu finden und gesellschaftsweite Wirkung entfalten zu können.

Umfassende *Tagungsdokumentation* auf der Homepage des Forschungsschwerpunktes: <http://www.hszg.de/hypertransformation/aktuelles.html>.

Ansprechpartnerinnen für die Tagungsserie und inhaltliche Nachfragen: Dipl.-Kffr. Katrin Treffkorn (Telefon: +49 (0)3581-7671414, E-Mail: K.Treffkorn@hszg.de) sowie MA Susanne Schwarzbach (Telefon +49 (0)3581-7671414, E-Mail: S.Schwarzbach@hszg.de).

Prof. Dr. Raj Kollmorgen
Katrin Treffkorn

Tischgespräch 1

Moderation: Susanne Schwarzbach, Hochschule Zittau/Görlitz

1. Bürgerbeteiligung/Politische Partizipation

In dem Tischgespräch zu Bürgerbeteiligung und politischer Partizipation stellte der aus dem Landkreis Friesland kommende und für LiquidFriesland ehrenamtlich Beauftragte **Herr Djure Meinen** in einem Impulsstatement das Konzept des *Liquid Feedback Systems* als Online-Bürgerbeteiligungsverfahren vor. Den Schwerpunkt legte er dabei auf die Anwendung dieses Verfahrens im Landkreis Friesland, auf die dort zu verzeichnenden Erfolge, aber auch die Hindernisse und Hürden, die die Einführung ein solchen Bürgerbeteiligungsverfahrens mit sich bringen, stellte er vor.

Der zweite Impuls ging von **Herrn Prof. Dr. Joachim Schulze** (Hochschule Zittau/Görlitz) aus, der den Weg zu einem Bürgerbeteiligungskonzept für die Stadt Görlitz aufzeigte. Dabei betonte er insbesondere die Notwendigkeit eines solchen Bürgerbeteiligungskonzeptes, die über die kontinuierliche Information von wichtigen Entscheidungen und anstehenden Projekten hinaus geht. Bürger sollen sich zukünftig intensiver in das Gemeinwesen und in relevante Entscheidungen einbringen können, sei es durch vorhabenbezogene Beteiligung über wesentliche Entscheidungen der Stadt Görlitz oder durch konkrete Beteiligung in den einzelnen Stadt- und Ortschaftsteilen. Wesentlich hierbei ist und bleibt die Rolle des Stadtrates und die Rolle der Verwaltung in diesem Prozess.

Beiden Impulsgebern gemeinsam ist die Schlussfolgerung, dass die Einführung eines aktiven Bürgerbeteiligungsprozesses dem Bekenntnis wichtiger Schlüsselpersonen aus Politik und Verwaltung bedarf, die den Prozess unterstützen und vorantreiben. Diese Personen sind MultiplikatorInnen der Idee. Beteiligungsprozesse erwachsen aus einem konkreten Bedarf – die Beteiligungsräume können demnach je nach Themengebiet unterschiedlich sein. Das erfordert die Entwicklung von ortsspezifischen und bedürfnisorientierten Beteiligungskonzepten, einen größtmöglichen Zugang zu Informationen, Transparenz im Verlauf des Prozesses sowie den niedrighwelligen Zugang für alle Bevölkerungsgruppen. Um den Erfolg eines Beteiligungsverfahrens zu gewährleisten, ist es einerseits notwendig, die BürgerInnen von Beginn an mit in den Prozess der Konzepterstellung einzubeziehen und andererseits sollte in der Verwaltung eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Bürgeranliegen geschaffen werden. Die Begleitung des Prozesses durch eine intensive Öffentlichkeits-, aber auch Bildungsarbeit, ist als ein weiterer Schlüsselfaktor für den Erfolg von Beteiligungsprozessen anzusehen.

Durch einzelne Nachfragen und Beiträge der ZuhörerInnen wurde das Tischgespräch beendet. Für eine ausführliche Diskussion fehlte am Ende bedauerlicherweise die Zeit.

A 3 Interviewleitfaden



Interviewleitfaden

Bürgerbeteiligung im Landkreis Görlitz /

Erhebungsverfahren im Auftrag des Landkreises Görlitz (Amt für Kreisentwicklung)

Betrifft: Beschluss des Kreistages des Landkreises Görlitz Nr. 414/2013 (vom 03.07.2013)

	Interviewfragen	Konkretisierungs- / Präzisionsfragen
1	Was verstehen Sie persönlich unter Bürgerbeteiligung?	
2	Welche Möglichkeiten bzw. Formen der Bürgerbeteiligung sind Ihnen bekannt und wie wird in Ihrem Arbeitsumfeld das Thema Bürgerbeteiligung umgesetzt?	<ul style="list-style-type: none"> • In welchen Bereichen kommt der Bürgerbeteiligung eine besondere Bedeutung zu?
3	Können Sie Vor- und Nachteile bisheriger Formen von Bürgerbeteiligung benennen?	<ul style="list-style-type: none"> • konkrete Vorteile • konkrete Nachteile
4	Welche Instrumente der Bürgerbeteiligung wünschen Sie sich für Ihre Arbeit?	<ul style="list-style-type: none"> • Mit Hilfe welcher Instrumente und Verfahren kann die Beteiligungsqualität langfristig qualifiziert und gestärkt werden?
5	Kennen Sie das Verfahren von „LiquidFeedback“ oder ein anderes Online-Beteiligungsverfahren bzw. haben Sie ein solches schon einmal im Zusammenhang mit politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung genutzt?	<ul style="list-style-type: none"> • Wenn ja, welche positiven wie auch negativen Erfahrungen haben Sie damit gemacht? • Wenn nein, unter welchen Bedingungen würden Sie ein solches Verfahren nutzen?
6	Welchen Nutzen und welche Vorteile versprechen Sie sich von einer eventuellen Umsetzung des Online Beteiligungs-Tools Liquid Friesland für den Landkreis Görlitz, vielleicht auch im Hinblick auf bisherige Bürgerbeteiligungsprozesse?	Insbesondere welchen Nutzen für: <ul style="list-style-type: none"> • die politische Arbeit im Landkreis • die BürgerInnen des Landkreises • die Verwaltungsebene im Landkreis
7	Welche Risiken und Gefahren sehen Sie durch die Online-Bürgerbeteiligung im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess?	Umsetzungshindernisse im Bereich der: <ul style="list-style-type: none"> • administrativen Umsetzung • gesellschaftlichen Akzeptanz • politischen Umsetzung • sozialen Chancengleichheit • Wie ist es Ihrer Meinung nach möglich, den Missbrauch einer solchen digitalen Beteiligungsplattform seitens einzelner politischer Gruppierungen bzw. extremer InteressensvertreterInnen zu verhindern?
8	Worin sollte Ihrer Meinung nach der Schwerpunkt eines zukünftigen Bürgerbeteiligungskonzeptes im Landkreis Görlitz liegen?	



